

Martin Gutzeit (Hg.)

Querschnitt einer Diktatur

Die DDR 1952 – 1962 – 1972 – 1982

Berlin 2014

2. Auflage

**Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**

Band 33

Copyright 2012 beim Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
2., unveränderte Auflage, 2014

Umschlagfoto: Ehrentribüne in der Berliner Karl-Marx-Allee, 7. Oktober 1989
Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1007-402/Klaus Franke

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere der Übersetzung, der Vervielfältigung jeder Art, des Nachdrucks, der Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen sowie in Funk- und Fernsehsendungen, auch bei auszugsweiser Verwendung.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

ISBN: 978-3-934085-37-4

Der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Scharrenstraße 17, 10178 Berlin
Telefon: (030) 24 07 92 - 0; Fax: (030) 24 07 92 - 99
Internet: www.berlin.de/stasi-landesbeauftragter

Inhalt

Vorwort	4
<i>Falco Werkentin</i>	
1952 – Ein Schicksals- und Schlüsseljahr der DDR-Geschichte	5
<i>Elena Demke</i>	
1962 – Im Schatten des Mauerbaus	30
<i>Klaus Bästlein</i>	
1972 – Wohlstand gegen Wohlverhalten, Grundlagenvertrag und mehr Staatssicherheit	57
<i>Jens Schöne</i>	
1981 – „Ein schwieriges Jahr“. Die DDR zwischen Hoffnung und Zerrüttung	89
Abkürzungsverzeichnis	113
Zu den Autoren	116
Publikationsverzeichnis	117

Vorwort

Im Frühjahr 1945 kehrten die Spitzenfunktionäre der Kommunistischen Partei Deutschlands aus ihrem Moskauer Exil zurück, um in der sowjetischen Besatzungszone eine neue politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung zu etablieren. Die fatalen Folgen dieses Experiments sind bekannt und sie wirken bis heute nach.

Mehr als vierzig Jahre sollte das SED-Regime existieren; die DDR war zeit ihrer Existenz eine Diktatur, zugleich jedoch kein monolithischer Block, der erstarrt und unveränderlich die Jahrzehnte überdauerte. Sich wandelnde Rahmenbedingungen, veränderte Interessen der sowjetischen Hegemonialmacht und innenpolitische Entwicklungen führten immer wieder zu einem enormen Handlungsdruck für alle Beteiligten. Insofern stellt sich die Frage, welche Transformationen die DDR erlebte und wie sie sich jeweils auswirkten. Darüber ist in der Vergangenheit oftmals diskutiert worden, in der vorliegenden Publikation wird nun ein neuer Ansatz verfolgt: Anhand von vier Jahren – 1952, 1962, 1972 und 1982 – soll diskutiert werden, was sich im Einzelnen änderte und wo die Grenzen dieser Wandlungsprozesse lagen. Dabei stehen die für die Geschichte der DDR sehr unterschiedlich zu gewichtenden Jahre zugleich für das jeweilige Jahrzehnt und ermöglichen damit einen punktuellen und doch tief greifenden Einblick von hohem Erklärungswert.

Die folgenden Beiträge verstehen sich ausdrücklich als Anregung für weitere Debatten. Diesem Anspruch kommt der Landesbeauftragte mit einer Veranstaltungsreihe nach: Im Jahr 2012 wird es zahlreiche Vorträge und Podien zu den genannten Jahren geben, in denen die hier erzielten Befunde Vertiefung erfahren werden. Ich lade Sie herzlich ein, an diesen Veranstaltungen teilzunehmen und wünsche Ihnen zunächst eine erkenntnisreiche Lektüre.

Martin Gutzeit
Landesbeauftragter

Falco Werkentin

1952 – Ein Schicksals- und Schlüsseljahr der DDR-Geschichte

Sieben Jahre nach dem Ende des II. Weltkrieges, drei Jahre nach der Gründung zweier konkurrierender deutscher Staaten im Jahre 1949, begannen beide Seiten, sich von den wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu erholen. Auch die arbeitende Bevölkerung nahm daran Anteil, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau und in der Bundesrepublik mit schnelleren Schritten. Die Hungerjahre waren vorbei, Löhne und Gehälter stiegen. Im März 1952 beschloss das Politbüro der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) für Lehrer, Angehörige der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und Arbeiter in den Volkseigenen Betrieben (VEB) höhere Gehälter bzw. Löhne.¹

In der Bundesrepublik Deutschland waren 1950 die Karten für rationierte Lebensmittel (Lebensmittelkarten) abgeschafft worden; in der DDR gab es sie noch bis 1958. Doch senkte die staatliche Handelsorganisation (HO) 1952 erneut die Preise für Lebensmittel und Konsumgüter, die man ohne solche Einkaufsberechtigungsscheine bei der HO zu weitaus höheren Preisen als mit Lebensmittelkarten erwerben konnte – deutliche Zeichen einer verbesserten Versorgungslage. Dies war nicht zuletzt der einzelbäuerlichen Landwirtschaft zu verdanken, deren Altbauern inzwischen wieder die Leistungsfähigkeit der Vorkriegsjahre erreicht hatten. Andererseits hatten viele Neubauern, die in den frühen Nachkriegsjahren durch die Bodenreform Land erhalten hatten, ihre schlecht ausgestatteten kleinen Höfe wieder aufgegeben, da die Industrie bessere Arbeitsbedingungen bot. Die Liquidierung des Privateigentums an Produktionsmitteln in der DDR war bereits weit fortgeschritten. Nach Angaben Walter Ulbrichts wurden 1952 ca. 78,1 % der gesamten industriellen Bruttoproduktion von volkseigenen Betrieben erwirtschaftet.²

¹ Siehe Politbürobeschluss vom 20.3.1952, in: SAPMO-BArch, DY 30 J IV/2/2/203.

² Vgl. die Rede Ulbrichts auf der 11. ZK-Tagung am 7.2.1953, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/2.01/1.

Gewiss, die Wirtschaft der Bundesrepublik entwickelte sich schneller, u.a. bedingt durch geringere Reparationsleistungen an die westlichen Siegermächte und dank der finanziellen Förderung durch den Marshallplan, während der wirtschaftliche Neuaufbau in der DDR durch erhebliche Reparationsleistungen an die im Kriege schwer zerstörte Sowjetunion erschwert wurde. Dennoch ging es auch in der DDR voran. In der Nähe von Eibenstock im Erzgebirge konnte 1952 die Sosa-Talsperre in Betrieb genommen werden, das erste zentrale Jugendobjekt der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Der Mangel an materiellen Ressourcen wurde bei diesem Projekt nach sowjetischem Beispiel ersetzt durch die soziale Mobilisierung jugendlicher Begeisterungsfähigkeit für die sozialistische Utopie – ein Weg des sozialistischen Aufbaus, der auch in späteren Jahren immer wieder zu nutzen versucht wurde.

In der Nähe von Fürstenberg begann im September 1951 der erste von fünf im Bau befindlichen Hochöfen des neuen Eisenhüttenkombinats zu arbeiten – für die Entwicklung der DDR-Wirtschaft von herausragender Bedeutung, da es auf dem zur DDR gehörenden Territorium Deutschlands zuvor nahezu keine Eisen- und Stahl-Produktion gegeben hatte. Die parallel zum Eisenhüttenwerk gebaute Wohnstadt erhielt am 7. Mai 1953 aus Anlass des Todes von Stalin den Namen Stalinstadt.

Als Symbol des Wiederaufbaus startete in Ost-Berlin der Bau der Stalinallee. Bereits 1952 konnte Hermann Henselmans Hochhaus an der Weberwiese im Süden der Straße bezogen werden.³ Ende 1952, exakt am 21. Dezember, begann der Deutsche Fernsehfunk sein öffentliches Versuchsprogramm mit täglich zwei Stunden Sendezeit – auch dies ein Zeichen, dass es in der DDR wirtschaftlich voranging.

In Literatur und Kunst beherrschte die Kritik am sogenannten Formalismus die Debatte.⁴ Mit dieser Leerformel waren Stilmittel gemeint wie etwa abstrakte oder expressionistische Malerei oder am Bauhaus orientierte Architektur, die im Gegensatz zum sozialistischen Realismus standen.

³ Herbert Nicolaus/ Alexander Obeth, Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße, Berlin 1997.

⁴ Auf der 5. Tagung des ZK der SED vom 15.-17. März 1951 wurde eine Entschließung verabschiedet mit dem Titel „Der Kampf gegen den Formalismus in Kunst und Literatur für eine fortschrittliche deutsche Kultur“, vgl. Neues Deutschland vom 18.4.1951 und Tägliche Rundschau vom 14.8.1951.

Erste Wohnblöcke in der Stalinallee, die schnörkellos im Bauhausstil errichtet worden waren, kamen in die Kritik und wurden durch vorgesetzte Baumreihen „versteckt“ – die weiteren Bauten erfolgten im neoklassizistischen Stil nach Moskauer Vorbild. Und auch Hanns Eisler, der bekannteste kommunistische Komponist und Schöpfer der Musik zur Nationalhymne der DDR, geriet unter Druck. Nachdem der Text zu einer Faust-Oper Ende 1952 im Aufbau-Verlag erschienen war, musste Eisler sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sein Entwurf „die Einflüsse des heimatlosen Kosmopolitismus noch nicht überwunden“ hätte. Auf der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 diktierte Johannes R. Becher kategorisch, dass der „Sozialistische Realismus die einzige Möglichkeit, die einzige schöpferische Methode (ist), welche zum Wiederanstieg einer großen, deutschen, nationalen Kunst führen kann“⁵.

In der Bundesrepublik war es bereits 1950 ein offenes Geheimnis, dass Bundeskanzler Adenauer den Aufbau nationaler Streitkräfte verfolgte, im Bundeskanzleramt vom sogenannten „Amt Blank“ vorangetrieben. Ungeachtet dessen, dass bereits in strategischen Analysen der USA aus dem Jahre 1948 mit kommunistischen Umsturzversuchen in Westeuropa einschließlich der künftigen Bundesrepublik gerechnet wurde,⁶ verhinderten die westlichen Besatzungsmächte in ihrer konkreten Politik bis zum Ausbruch des Korea-Krieges selbst den Ausbau der bundesdeutschen Polizei, die im September 1950 knapp 98.000 Mann umfasste – nahezu ausschließlich Polizeivollzugsbeamte der Länder und Gemeinden.⁷ Erst unter dem Eindruck des Korea-Krieges, der im Juli 1950 begann, gestanden die westlichen Besatzungsmächte der Bundesrepublik als ersten Schritt den Aufbau von Truppenpolizeiverbänden in Gestalt der Bereitschaftspolizei der Länder zu; 1951 wurde in einer geplanten Stärke von 10.000 Mann als

⁵ Für eine Kulturarbeit, die dem Aufbau des Sozialismus dient. Diskussionsrede des Genossen Johannes R. Becher auf der 2. Parteikonferenz der SED, in: Neues Deutschland (ND), 19. Juli 1952, S. 4.

⁶ Vgl. Report des „National Security Council“ vom 23. November 1948 für Präsident Truman, „U.S. Objectives with Respect to the USSR to Counter Soviet Threats to U.S. Security 2, Foreign Relations of the United States, Vol. 1“ (Washington, D.C.: Government Printing Office, Department of State, 1948), pp. 663-669, in Internet (Oktober 2011) unter <http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/coldwar/nsc20-4.htm> zu finden.

⁷ Vgl. Falco Werkentin, Die Restauration der deutschen Polizei, Frankfurt/M. 1984, Tabelle 3, S. 128.

zweiter Polizeitruppenverband der Bundesgrenzschutz zugelassen, organisiert und bewaffnet nach dem Modell der leichten Infanterie.

Unter dem Deckmantel der Kasernierten Volkspolizei hatte die DDR weitaus früher begonnen, eine künftige „Volksarmee“ vorzubereiten. In dieser Zeit hatte die „kleine“ DDR bereits ungleich mehr Männer unter Waffen als die „große“ Bundesrepublik. Anfang 1952 verfügte die sogenannte Hauptverwaltung Ausbildung (HVA) im Ministerium des Innern (MdI) bereits über 50.000 Mann kasernierter Polizeitruppenverbände;⁸ die Bundesrepublik hatte weniger als 20.000 Mann, Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei der Länder zusammengenommen.⁹

Ungeachtet der Bildung zweier deutscher Staaten im Jahre 1949 mit unterschiedlichen ökonomischen und politischen Systemen, deren politische und wirtschaftliche Integration in zwei sich politisch – und in Korea seit 1950 auch militärisch – bekämpfenden Weltlagern voranschritt, bekundeten ost- wie westdeutsche Politiker weiterhin den Willen zur baldigen Vereinigung Deutschlands.

Die Stalin-Note vom 10. März 1952

Vor allem aber konnte die sogenannte Stalin-Note vom 10. März 1952 Hoffnung wecken, mit der der sowjetische Diktator einen Friedensvertrag mit Deutschland forderte und das Angebot einer Wiedervereinigung beider deutscher Teilstaaten machte. Sie war gerichtet an die vier westlichen Sieger- und Besatzungsmächte.

Der Preis, den Stalin mit dieser Note für die Wiedervereinigung im Rahmen der Grenzen forderte, wie sie im Potsdamer Vertrag von 1945 festgelegt worden waren, war ein neutrales, aus den beiden politischen Weltlagern ausscherendes Deutschland. Einem wiedervereinigten Deutschland billigte Stalin nationale Streitkräfte zu, die allerdings in keinem Militärbündnis gegen einen der Teilnehmerstaaten des Zweiten Weltkriegs eingebunden sein sollten. Auch sollte die für nationale Verteidigungsstreit-

⁸ Vgl. Torsten Diedrich, Das Jahr 1952 – Schlüsseljahr der Aufrüstung in der DDR, in: Falco Werkentin (Hg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53, Berlin 2002, S. 31-48.

⁹ Vgl. Roland G. Foerster/Christian Greiner/Georg Meyer, u.a., Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956 (Bd. 1), München/Wien 1982.

kräfte nötige Produktion von Kriegsmaterial zugelassen werden. Schließlich enthielt die Note die seltsam anmutende Forderung, die Entnazifizierung in Deutschland zu beenden. Auffällig war vor allem, dass die Note keine konkreten Vorschläge machte, wie die Einheit zweier Staaten mit inzwischen gegensätzlichen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnungen wiederhergestellt werden sollte. Am 25. März überreichte der amerikanische Geschäftsträger in Moskau dem sowjetischen Außenminister eine ablehnende Antwort.

In einer weiteren Note an die Westmächte vom 9. April 1952 stellte die Sowjetunion die Abhaltung „freier gesamtdeutscher Wahlen“ in Aussicht. In ihrer ablehnenden Antwort vom 13. Mai 1952 bestanden die drei Westmächte darauf, dass ein Friedensvertrag nur dann abgeschlossen werden könne, wenn zuvor eine gesamtdeutsche Regierung aufgrund kontrollierter freier Wahlen entstanden sei. Diese Regierung müsse zudem die Freiheit haben, über Koalitions-, Integrations- und Grenzfragen autonom zu entscheiden.

Gewiss nicht zufällig war der Zeitpunkt dieses Wiedervereinigungsangebots. Der erste Bundeskanzler der jungen Bundesrepublik, Konrad Adenauer (CDU), vertrat mit aller Konsequenz eine Politik der Westintegration, die ein doppeltes Ziel verfolgte – zum einen die volle Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, zum anderen die militärische Sicherheit im Rahmen eines westlichen Militärbündnisses gegenüber der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten. 1952 standen in der Bundesrepublik die heiß umstrittene Wiederaufrüstung sowie, eng damit verbunden, die Mitgliedschaft in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) auf der Tagesordnung. Nachdem am 26. Mai 1952 in Bonn der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten“ unterzeichnet wurde – der sogenannte Generalvertrag, der die Gleichberechtigung der Bundesrepublik innerhalb der westeuropäischen Gemeinschaft vorsah –, folgte am 27. Mai 1952 in Paris die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Ob das sowjetische Angebot ernst gemeint und dessen Ablehnung von Seiten der Westmächte eine „verpasste Chance“ oder die Stalin-Note nur ein propagandistischer Schachzug war – darüber haben Historiker über

Jahrzehnte gestritten. Nachdem seit 1990 sowjetische Archive und die der DDR geöffnet wurden, entflammte der Streit erneut.¹⁰

Vorab lässt sich feststellen, dass – wie immer auch Stalins Motive und Absichten gewesen sein könnten – eine von freien Wahlen begleitete Wiedervereinigung zum Ende der SED-Herrschaft und damit auch zum Abbruch des sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells im Gebiet der DDR geführt hätte.¹¹ Hätte sich Stalin darauf eingelassen? Hier wird Gerhard Wettigs These gefolgt: „Aufgrund der sowjetischen Archivdokumente unterliegt es keinem Zweifel, dass der Kreml mit den Noten vom März und April propagandistische Ziele verfolgte.“¹² Und dies in der Bundesrepublik nicht ohne Erfolg bei der bürgerlichen Anti-Adenauer-Opposition, die in Wiederbewaffnung und Westintegration eine große Gefahr für die Wiedervereinigung sah.

Letztendlich setzten sich auf westlicher Seite – darin von Bundeskanzler Adenauer unterstützt – vor allem die USA durch, die Verhandlungen über Deutschland als zu riskant erachteten, da sie eine Integration der Bundesrepublik in ein westliches Militärbündnis gegen die Sowjetunion hätten verzögern können. Und die Sowjetunion? Wettig resümiert: „In Moskauer Sicht dagegen stand die Gefahr im Vordergrund, dass die UdSSR dazu genötigt werden könnte, einen Offenbarungseid bezüglich der Bereitschaft zu demokratischer Wiedervereinigung abzulegen.“¹³ In unabgesprochener Gemeinsamkeit, so Wettig, wurde von beiden Seiten ungeachtet aller Einheitsrhetorik die Integration der beiden deutschen Teilstaaten in das jeweilige Blocksystem vorangetrieben.

¹⁰ Siehe Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*. München 1996; Bernd Bonwetsch, *Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2008, Berlin 2008, S. 106-113; Jürgen Zarusky (Hg.), *Die Stalinnote vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*, München 2002.

¹¹ Sowohl die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag, bei denen die KPD kaum mehr als 5 % der Stimmen erhielt, als auch die Fluchtbewegung aus der DDR und schließlich der Volksaufstand am 17. Juni 1953 belegen diese These.

¹² Gerhard Wettig, *Die Stalin-Note vom 10. März 1952 in der internationalen Politik*, in: Falco Werkentin (Hg.), *Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53*, Berlin 2002, S. 12-32, hier S. 21.

¹³ Ebd., S. 29.

Entscheidungen im Vorfeld der 2. Parteikonferenz

Seit dem 8. Plenum der SED im Februar 1952, auf dem die Einberufung der 2. Parteikonferenz beschlossen wurde, bis zum Juli 1952 standen die weitere Stärkung der administrativen Strukturen und der weitere Ausbau und die Perfektionierung der Herrschaftsapparate im Zentrum der SED-Politik. Grundlinien der kommenden Politik wurden im April 1952 beim Moskau-Besuch einer SED-Delegation mit Stalin besprochen, darunter der von Wilhelm Pieck notierte Auftrag „Volksarmee schaffen – ohne Geschrei – Pazifistische Periode ist vorbei“¹⁴. Bereits zuvor, im März 1952, begann eine neue Werbekampagne für die Kasernierte Volkspolizei. Und auch die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) war Thema der Gespräche mit Stalin. Allerdings gab Stalin zu diesem Zeitpunkt noch den Rat mit auf den Weg, „daß es auch jetzt nicht nötig ist, lauthals vom Sozialismus zu reden“¹⁵.

Das vielfältige Waffenarsenal für einen neuen Feldzug gegen die eigene Bevölkerung hatte die SED bereits vor der 2. Parteikonferenz geplant und ausgebaut. Nicht nur die Polizei und das im Aufbau befindliche Ministerium für Staatssicherheit (MfS) waren fest in den Händen der SED. Seit 1948 hatte sich die Zentrale Kontrollkommission (ZKK) mit ihren Länderkommissionen unter Leitung von Fritz Lange als „Task force“ für systematische Enteignungswellen bewährt.¹⁶ Mit Gründung der DDR wurde sie in Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle (ZKSK) umbenannt. Die Justiz verfügte inzwischen über genügend neu geschaffene Funktionäre aus dem Kreis der Absolventen der Volksrichterlehrgänge, die ihre große „Bewährungsprobe“ bei den Waldheimer Prozessen im Frühjahr/Sommer 1950 bestanden hatten, in deren Verlauf ca. 3.400 zuvor in sowjetischen Speziallagern internierte Deutsche in geheimen Pseudo-

¹⁴ Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hg.), Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994, S. 395.

¹⁵ Zitiert nach Wladimir K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947-1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 48 (2000) 1, S. 46.

¹⁶ Jutta Braun, Justizkorrektur in der Gründungs- und Frühphase der DDR. Die ZKK als Sonderbehörde im Auftrag der Parteiführung, in: Roger Engelmann/Clemens Vollnhals (Hg.), Justiz im Dienste der Parteiherrschaft, Berlin 1999, S. 115-132; zur Rolle der ZKK in Thüringen vgl. Petra Weber, Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945-1961, München 2000, Kapitel IV.

Gerichtsverfahren zu langjährigen Haftstrafen verurteilt wurden.¹⁷ Der Einfluss von Politikern der Blockparteien auf die Justiz war spätestens seit 1950 gebrochen, als in den Ländern mit Ausnahme Thüringens die Justizministerien aufgelöst und in Abteilungen beim Büro der jeweiligen Ministerpräsidenten umgewandelt wurden.¹⁸ Diverse Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED zur Verbesserung der Arbeit der Justiz, unter anderem ausgelöst durch einen schier paranoid wirkenden Bericht des bereits genannten Fritz Lange über das Versagen der Justiz und ihre Funktionäre vom Sommer 1951,¹⁹ bekräftigt und forciert durch Interventionen der sowjetischen Kontrollkommission (SKK) in Gestalt mehrfacher „Merkblätter“²⁰, nahmen die Justiz stärker denn je zuvor unter die Kontrolle der Partei.²¹ Die Haftanstalten waren inzwischen der 1950 bei der Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei (HVDVP) neu gebildeten Verwaltung Strafvollzug unterstellt worden. Die traditionelle Stellung der Staatsanwälte gegenüber den Gerichten hatte sich weit zulasten der Gerichte verschoben. So verlangte bereits eine Rundverfügung von Justizminister Max Fechner (Nr. 105/50) vom August 1950, dass Richter im Regelfall dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft zu folgen hätten. Abschließend hieß es, dass es allen Gerichten aufgegeben sei, diese Verfügung in der praktischen Arbeit zu beachten.²²

Dies machte durchaus Sinn, erwiesen sich doch die Staatsanwälte, sowohl nach ihrer Parteizugehörigkeit – bereits am 1. April 1950 waren 86,0 % aller Staatsanwälte SED-Mitglieder, bei den Richtern hingegen nur

¹⁷ Vgl. Falco Werkentin, Die Waldheimer Prozesse, in: Klaus Bästlein/Annette Roskopf/Falco Werkentin, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, Berlin 2005, S. 33-52.

¹⁸ Vgl. Petra Weber, Justiz, S. 253ff.

¹⁹ Verschiedene Fassungen vom „Bericht der ZKSK über die Verhältnisse in der Justiz der DDR“ und Brief an Ulbricht vom 27.6.1952, in: BArch, DC 1/2589.

²⁰ Zum Stellenwert dieser Merkblätter vgl. Elke Scherstjanoi, Das SKK-Statut. Zur Geschichte der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland 1949 bis 1953, München 1998, S. 68f.

²¹ Detailliert nachgezeichnet von Herrmann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR 1945-1953, München 2001, hier Kap. IX: Vom Justizbeschluss der SED zum Neuen Kurs (1951-1953), S. 527ff.

²² Dokument in: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.), Unrecht als System, Bonn 1952, S. 78f.

53,6 %²³ – wie nach ihrem praktischen Verhalten – im Gegensatz zur Gruppe der Richter gab es weitaus weniger republikflüchtige Staatsanwälte – als politisch zuverlässiger. Gleichwohl gab es auch mit ihnen Probleme.²⁴ Zwar schrieb das neue Staatsanwaltsgesetz vom Mai 1952 mit dem nach sowjetischem Vorbild eingefügten Auftrag der „Gesetzlichkeitsaufsicht“ dieser Behörde formell eine gewisse Allkompetenz zu. Doch wurde die Position der Staatsanwaltschaft durch die des MfS eingeschränkt. Die Aufsicht über Untersuchungsvorgänge des MfS wie die über dessen eigene Haftanstalten durften nur vom Staatssicherheitsdienst bestätigte Staatsanwälte führen: Einblick in operative Vorgänge vor der Festnahme und in Handakten des MfS war ihnen verwehrt.²⁵

Dem Staatsanwaltsgesetz²⁶ wie einem neuen Jugendgerichtsgesetz (JGG)²⁷ hatte die Volkskammer am 23. Mai 1952 zugestimmt. Analog zu einer Jugendgerichtsgesetz-Novelle (JGG), die die Nationalsozialisten 1943 in Kraft gesetzt hatten, um auch gegen Jugendliche ihr mörderisches Erwachsenenstrafrecht anwenden zu können, eröffneten die §§ 24 und 33 JGG nunmehr auch den Justizfunktionären der DDR die Möglichkeit, gegen Beschuldigte, die zur Tatzeit noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hatten, Erwachsenenstrafrecht anzuwenden.²⁸ Ende Mai 1952 besuchte

²³ BArch, DP1-258, Bl. 221, Prozente eigene Berechnung.

²⁴ Vgl. Gesamtbericht über die Überprüfung der StA (o.J., 1952), in: BArch, DY 30 IV 2/13/419; hier heißt es S. 1: „Im Land Brandenburg setzten sich in den letzten 10 Monaten 5 Staatsanwälte nach dem Westen ab und weitere 12 Staatsanwälte mußten wegen Untragbarkeit ausscheiden.“

²⁵ Vgl. als frühes Dokument: MfS, der Minister, 15.5.1952, Dienstanweisung Nr. 1/52, Betr.: Befehl Nr. 74/52 vom 15.5.1952, in: Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt in Sachsen-Anhalt; Friedrich-Ebert-Stiftung; Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.), Die Steuerung der Justiz im SED-Staat, Magdeburg 1994; insgesamt zum Verhältnis Staatsanwaltschaft – MfS vgl. Clemens Vollnhals, Nomenklatur und Kaderpolitik. Staatssicherheit und die Sicherung der DDR-Justiz, in: Deutschland Archiv 31 (1998) 2, S. 221-238.

²⁶ Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR vom 23. Mai 1952, GBl. Nr. 66, S. 408-410.

²⁷ GBl. Nr. 66, S. 411-418.

²⁸ § 24 besagte: „(1) Zur Sicherung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und zum Schutze der Bürger ist unter den Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 das allgemeine Strafrecht anzuwenden, wenn der Jugendliche des vollendeten oder versuchten Verbrechens des Mordes, der Vergewaltigung, der Sabotage oder eines Verbrechens, das gegen den Artikel 6 der Verfassung der

eine zehnköpfige Justizdelegation unter Leitung von Hilde Benjamin 14 Tage die Sowjetunion. Auch eine Delegation des Ministeriums des Inneren wurde in diesen Monaten in die Sowjetunion geschickt, um sich bei der dortigen Miliz sachkundig zu machen.

Nicht nur bei den zuvor genannten Justizgesetzen orientierte sich die Partei am repressiven Instrumentarium der vorgängigen deutschen Diktatur. Mit der Sekretariats-„Direktive über Haus- und Straßenvertrauensleute“ vom 18. Februar 1952 wurde die Nachbildung des Blockwart-Systems aus der Zeit der NS-Diktatur eingeleitet. Weitere Instrumente zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung, die im zeitlichen Umfeld der 2. Parteikonferenz auf den Weg gebracht wurden, waren das System der Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei (ABV) – pro 10.000 Einwohner ein ABV – sowie ein System freiwilliger Helfer der Volkspolizei.²⁹

Am 13. Mai 1952 beschloss das Politbüro „Maßnahmen eines besonderen Regimes an der Demarkationslinie zwischen der DDR und Westdeutschland und im Küstengebiet“, die am 26. Mai 1952 veröffentlicht wurden³⁰ und innerhalb eines 5-km-Grenzstreifens zu den bekannten Zwangsumsiedlungen an der innerdeutschen Grenze führten.

Auf Betroffene muss der am 15. Februar 1952 zur Uraufführung gekommene DEFA-Spielfilm „Das verurteilte Dorf“ unter der Regie von Martin Hellberg wie blanker Hohn gewirkt haben. Er erzählte die fiktive Geschichte eines fränkisches Dorfes, das auf Befehl der amerikanischen Militärbehörden geräumt werden soll, um Platz für einen Militärflughafen zu

DDR oder gegen das Gesetz zum Schutz des Friedens vom 15. Dezember 1950 gerichtet ist, oder der wiederholten Begehung schwerer Verbrechen schuldig ist. Auf Todesstrafe darf gegenüber Jugendlichen nicht erkannt werden.“

Flankierend regelte § 33: „Für Personen, die zur Zeit der Tat jugendlich waren, zur Zeit der Erhebung der Anklage aber nicht mehr jugendlich sind, kann der Staatsanwalt die Zuständigkeit des Erwachsenengerichts dadurch begründen, dass er bei ihm Anklage erhebt.“

²⁹ Politbürobeschluss vom 29.7.1952 und Anlage Nr. 3 zum Protokoll Nr. 123, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/2/223; die Anlage in: SAPMO-BArch, DY 30 NL 90/316.

³⁰ Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952, GBl., 27.5.1952, Nr. 65.

schaffen. Die Bauern wehrten sich – Bauern aus der DDR bekundeten ihre Solidarität. Doch kaum hatte die SED mit den Zwangsumsiedlungen an der innerdeutschen Demarkationslinie begonnen, erging Ende Mai die Anweisung, den Film nicht mehr in den Grenzregionen zu spielen – zu deutlich waren die Parallelen. Am 23. September 1952 verurteilte das Bezirksgericht Suhl mit Sitz in Meiningen mehrere Leute, die am 4. Juni 1952 in Streufdorf, Kreis Hildburghausen, gegen die Zwangsumsiedlungen protestiert hatten. Der 20-jährige Tischler Günter Drechser aus Hildburghausen erhielt sechs Jahre Zuchthaus. Ihm wurde laut Urteil u.a. vorgeworfen, dass „er auf den demokratischen Film ‚Das verurteilte Dorf‘ hinwies und die Bauern aufforderte, es ebenso zu machen wie die Bauern in diesem Film“.³¹

Noch vor der 2. Parteikonferenz im Juli wurde die Grenzpolizei dem MfS unterstellt. Der dramatische Anstieg der Zahl von Bewohnern, die aus dem Herrschaftsbereich der SED flohen – nicht nur von der SED, sondern auch von der sowjetischen Schutzmacht mit Sorge betrachtet –, ließ sich mit diesen Maßnahmen allerdings nicht eindämmen, solange die Berliner Sektorengrenzen offen waren. Ein Vorstoß der SED-Führung Ende 1952, das Flüchtlingsproblem durch die Schließung der Berliner Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin zu lösen, wurde am 2. Januar 1953 vom ZK der KPdSU verworfen.³²

Das IV. Parlament der FDJ Ende Mai 1952 in Leipzig, auf dem Erich Honecker zum 1. Vorsitzenden der FDJ wiedergewählt wurde, stand ganz im Zeichen der Militarisierung und der Werbung für die Kasernierte Volkspolizei, festgehalten im DEFA-Dokumentarfilm „Heimat, wir schützen dich“, der am 29. August des Jahres zur Uraufführung kam. Und auch die Künstler wollten nicht abseits stehen. Das Gespann Eberhard Schmidt (Musik) / Walter Stranka (Text) schufen in diesem Jahr das Lied „Der Fritz, der Traktorist“, dessen 3. Strophe ironischerweise eine der Quellen der Frauenemanzipation in der DDR offenlegt.

³¹ Das Urteil ist wiedergegeben in der Broschüre von Ilona Rothe, Verraten – Vertrieben – Verkauft, Erfurt 1992. Die Geschichte des Filmes ist dokumentiert: <http://www.staat-kirche-forschung.de/Dokumente/Das%20verurteilte%20Dorf.pdf> (Stand Oktober 2011).

³² Vgl. Document Nr. 2 in: Christian F. Ostermann, Uprising in East Germany 1953, Budapest/New York 2001, S. 43.

„Seit Gefahr für Glück und Frieden
ihn zum Schutz der Heimat rief
hütet Gretel seinen Traktor
und sie schreibt so manchen Brief
Gretel pflügt und sät und erntet
und es hilft ihr die Kombi
sie will stets wie Fritz der erste
Traktorist im Dorfe sein
Wie der Fritz mit dem Traktor“

Da der liebe Fritz „Zum Schutz der Heimat“ nun einen Panzer fährt, muss Gretel seinen Platz auf dem Traktor übernehmen.

Genossen hatten seit der Umbildung der SED zur „Partei neuen Typs“ im Jahre 1948 und der Installation einer Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) bereits mehrere Säuberungswellen durchlitten – der Weg, um ein Klima blinder Ergebenheit gegenüber der Parteiführung zu verstärken. Je nachsichtiger die Partei gegen ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Massenorganisationen wurde, umso stärker galt ihr Misstrauen ehemaligen Westemigranten und zeitweiligen Parteiabweichlern. Ergebnisse waren ein massiver Austausch von Kadern und die Chance sozial ehrgeiziger neuer Genossen, durch absolute Folgsamkeit sozialen Aufstieg und Karriere zu sichern. Kurz vor der 2. Parteikonferenz gab es in der SED Neuwahlen der Mitglieder leitender Parteiorgane auf Ebene der Grundorganisationen, der Kreise und Länder. Das Zentralkomitee, das Sekretariat und das Politbüro waren von diesen personellen Änderungen nicht betroffen. Die Neuwahlen führten dazu, dass 40,9 % aller SED-Sekretäre in den Ländern ausgetauscht wurden. Es wuchs in diesen Funktionen der Anteil junger SED-Mitglieder, auf deren Enthusiasmus und Unerfahrenheit die Parteispitze bei den kommenden Aufgaben setzte.³³

Einen Tag vor Beginn der 2. Parteikonferenz, am 8. Juli, wurde Walter Linse, Mitarbeiter beim Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ), in West-Berlin von MfS-Agenten gekidnappt und nach Ost-Berlin

³³ Nachweise bei Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1963, Paderborn/München 2000, und Heinz Heitzer, Entscheidungen im Vorfeld der 2. Parteikonferenz der SED, in: BzG, 34 (1992), S. 21f.

verschleppt. Monate später wurde er in Moskau hingerichtet.³⁴ Nicht nur West-Berlinern und Bundesbürgern, sondern gewiss auch der DDR-Bevölkerung machte diese Aktion deutlich, zu welcher Brutalität die SED „mit dem Staat als Hauptinstrument“ bereit war.

Aber auch die Kommunisten erhielten in diesen Monaten ihren Märtyrer. Am 11. Mai 1952 wurde in Essen eine sogenannte Jugendkarawane gegen die Wiederaufrüstung und den Generalvertrag, zu der von Kommunisten, aber auch von Pazifisten, sozialistischen Jugendorganisationen und Pfadfindern aufgerufen worden war, von der Polizei unter Schusswaffeneinsatz aufgelöst. Tödlich getroffen starb der 21-jährige Eisenbahnarbeiter Philipp Müller, seit 1948 Mitglied der bereits 1951 in Westdeutschland verbotenen Freien Deutschen Jugend. Weitere Demonstranten wurden schwer verletzt.³⁵

Seit ihrer Herner Konferenz am 28. April 1948 propagierte die KPD den „revolutionären Massenkampf“, um auch in Westdeutschland eine „demokratische Ordnung“ nach dem Vorbild der sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, wie ihre Propaganda unzweideutig erklärte. Als Front- und Bündnisorganisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) wirkten die FDJ, die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) und die sogenannte „Nationale Front des demokratischen Deutschland“, die seit Anfang 1950 auch in der Bundesrepublik aktiv wurde. Die Bundesrepublik reagierte mit dem Verbot der FDJ und anderen Bündnisorganisationen der SED bzw. der westdeutschen KPD. Zudem trat im August 1951 in der Bundesrepublik das 1. Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft – ein ausgefeiltes politisches Strafrecht zur Kommunistenverfolgung noch vor dem Verbot der KPD im Jahre 1956.³⁶

³⁴ Siehe Klaus Bästlein, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus. Dr. Walter Linse, Berlin 2008.

³⁵ Vgl. Wolfgang Buschfort, Philipp Müller und der „Essener Blutsonntag“ 1952, in: Deutschland Archiv 35 (2002), S. 253-257.

³⁶ Vgl. Falco Werkentin, Der politische und juristische Umgang mit Systemgegnern in der DDR und der BRD in den 50er Jahren, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hg.), Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung, Berlin 1999, S. 253-270.

Die 2. Parteikonferenz vom 9.-12. Juli 1952

Die DEFA-Wochenschau „Der Augenzeuge“ hat den frenetischen Jubel der etwa 4.000 Delegierten und Gäste der 2. Parteikonferenz der SED festgehalten, als Walter Ulbricht am Nachmittag des 9. Juli in der Ost-Berliner Werner-Seelenbinder-Halle den Aufbau des Sozialismus als Tagesaufgabe verkündete. Im Protokoll ist es nachzulesen:

„Sechstens: Die politischen und die ökonomischen Bedingungen sowie das Bewusstsein der Arbeiterklasse und der Mehrheit der Werktätigen sind so weit entwickelt, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der DDR geworden ist. (...)

Siebtens: Das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist die Staatsmacht.“³⁷

Eine Woche zuvor hatte das Politbüro der SED Stalin den Entwurf von Ulbrichts Hauptreferat für die Parteikonferenz zugeleitet.³⁸ Stalins Billigung der Rede war erst am 8. Juli in Ost-Berlin eingetroffen. Nun durfte die SED in aller Offenheit bekunden, was bisher nur kaschiert Kern ihrer Politik gewesen war, die Entwicklung des zweiten deutschen Nachkriegsstaates nach dem Modell der anderen „volksdemokratischen“ Länder im Einflussbereich der Sowjetunion. Dass diese Konferenz keine qualitativ neue Entwicklung einleitete, sondern nur jene „Revolution von oben“ offiziell machte, die bereits längst betrieben worden war – diese Einschätzung wird seit langem in der Literatur weitgehend übereinstimmend geteilt.³⁹ Insbesondere, soweit es die Eigentumsverhältnisse betrifft, war die DDR im Sommer 1952 längst auf dem sozialistischen Weg. Gegenüber

³⁷ Zitiert nach: Dokumente der SED, Bd. IV, Berlin (Ost) 1954, S. 70ff.

³⁸ Wortlaut des Briefes des Politbüros an Stalin vom 2. Juli in: Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Deutschland Archiv 24 (1991) 7, S. 686-700, Brief S. 698-699.

³⁹ Vgl. Heinz Heitzer, Entscheidungen im Vorfeld der 2. Parteikonferenz der SED, in: BzG, 34 (1992) 4, S. 18-32; Dietrich Staritz, Die SED, Stalin und der Aufbau des Sozialismus in der DDR, in: Deutschland Archiv 24 (1991) 7, S. 686-700; Elke Scherstjanoi, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslösung und Kollektivierungsbeschluß in sowjetischer Perspektive, in: Deutschland Archiv 27 (1994) 4, S. 354-363; Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter, Klassen und Schichten an der Schwelle zum Sozialismus, in: dies./Stefan Wolle (Hg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 31-74, hier S. 34f.

den anderen volksdemokratischen Ländern waren nur noch die Sozialisierung des Handwerks, des Handels und des Bauernstandes in Form von Produktionsgenossenschaften nachzuholen.

Gleichwohl bedeutete die auf der 2. Parteikonferenz verkündete und in den folgenden Monaten praktizierte Politik eine Zäsur. Es wurde nicht nur die bisherige Entwicklung als unumkehrbar deklariert, sondern vor allem rabiatisch beschleunigt und mit steigendem Terror die „Revolution von oben“ an allen nur denkbaren Fronten geführt. Dies betraf sowohl die weitere Veränderung der Eigentumsverhältnisse als auch die ideologische Front – hier ist insbesondere der Kampf gegen die Kirchen zu nennen. Im Bemühen, der Arbeiterklasse ein „zeitgemäßes“ Wertebewusstsein einzubläuen, wurden Arbeiter sei dem „Gesetz zum Schutz des Volkseigentums“ vom Oktober 1952 bei geringsten Vergehen gegen das Volkseigentum zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und mehr verurteilt. Es gab buchstäblich keine soziale Schicht, die nicht alsbald unter den Folgen des radikalisierten „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus mit dem Staat als Hauptinstrument“ zu leiden hatte. Und so schuf die SED nahezu mit der gesamten Gesellschaft jene Konfrontation, die elf Monate später zum großen Debakel für die Partei führte, zum Volksaufstand am 17. Juni 1953. Selbst die in der Partei organisierte „Avantgarde“ der Arbeiterklasse und vor allem leitende Genossen sollte die große Zuchtpeitsche treffen. Im Juli noch wenig beachtet, hatte Ulbricht in seiner Rede auf der 2. Parteikonferenz⁴⁰ u.a. von Verrätern am Sozialismus in Osteuropa gesprochen und insbesondere die sogenannte Slansky-Gruppe in der Tschechoslowakei genannt. Was dies bedeutete und welche antijüdische Politik sich damit verband, wurde erst erkennbar, als im November 1952 in Prag am zweiten Verhandlungstag gegen Slansky und Genossen die Anklage verlesen wurde.⁴¹

Und wie bereits in den Jahren zuvor, bemühte sich die SED auch anlässlich der 2. Parteikonferenz darum, ihre Politik als Vollzug des Volkswillens zu präsentieren. Dies wird insbesondere deutlich an der mit dieser Konferenz eingeleiteten Kollektivierung der Landwirtschaft. Wenige Tage vor Beginn der 2. Parteikonferenz hatte die SED Emissäre in die Dörfer geschickt, um Neubauern aufzufordern, die Gründung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu beantragen. Auf der Partei-

⁴⁰ Siehe ND, 11.7.1952.

⁴¹ Siehe ND, 21.11.1952.

konferenz selbst wurde nun erklärt, dass sich die Partei dem drängenden Wunsch der Bauern nach Bildung von LPG anschließe.

Die Umsetzung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz und ihre Folgen

Bereits auf der 2. Parteikonferenz angekündigt, trat unter Bruch der Verfassung vom Oktober 1949 am 23. Juli 1952 das „Gesetz über die Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe“ in Kraft, mit dem die bisher föderalistische Struktur der DDR aufgehoben, die Länder aufgelöst und stattdessen 14 Bezirke und 217 Kreise gebildet wurden. Damit war auch auf Ebene der Staatsorganisation das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ durchgesetzt. In der „Richtlinie zur Zusammensetzung der Bezirks- und Kreistage“ des Politbüros vom 15. Juli 1952 ist zu lesen: „Die SED muß in allen Bezirks- und Kreistagen die Mehrheit haben, was der führenden Rolle der Arbeiterklasse entspricht einschließlich der Sitze von Genossen in den Massenorganisationen.“⁴²

Zugleich bot die Länderauflösung die Chance, nachdem dies auf Parteebene bereits im Vorfeld der 2. Parteikonferenz geschehen war, auch in der Verwaltung und Justiz eine neue Welle politischer Säuberungen durchzusetzen. In der Justiz wurden zum 1. September 1952 weitere 104 Richter durch Verzicht auf deren formelle Neueinstellung, „de facto fast 10 % der gesamten Richterschaft“, entlassen.⁴³ Auf Ebene der Bezirksgerichte (BG) sicherte die Partei ihre personalpolitische Vorherrschaft zu 100 % – alle 14 BG-Direktoren waren SED-Mitglieder.

Am 2. Oktober 1952 akklamierte die Volkskammer mehreren neuen Justizgesetzen – darunter einem neuen Gerichtsverfassungsgesetz (GVG), in dem (§ 2) völlig unmaskiert deklariert wurde: „Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden.“⁴⁴ Angesichts der bereits eingeschliffenen Praxis war dies allerdings kaum mehr als ein

⁴² Anlage 4, in: SAPMO-BArch, DY 30 J IV/2/2/220.

⁴³ Thomas Lorenz, Das Disziplinarrecht für Berufsrichter in der DDR von 1949 bis 1963, in: Hubert Rottleuthner (Hg.), Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994, S. 381.

⁴⁴ GBl. Nr. 141, S. 983ff.

klarstellender Programmsatz. Die am selben Tag verabschiedete Strafprozessordnung (StPO)⁴⁵ sollte einerseits zur Beschleunigung von Strafverfahren beitragen, indem den Richtern abverlangt wurde, nach Eingang der Anklageschrift innerhalb von vier Wochen die Hauptverhandlung anzusetzen und mit der Urteilsverkündung auch das schriftliche Urteil vorzulegen. Zum anderen hebelte sie mit § 14 faktisch das Prinzip des „gesetzlichen Richters“ aus – eine Regelung, die später in die StPO des Jahres 1968 übernommen wurde. Der Paragraph besagte: „(3) örtlich zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist.“ Hier hatte man sich, wie bereits beim Jugendgerichtsgesetz vom Mai 1952, am Verfahrensrecht der nationalsozialistischen Diktatur orientiert; eine entsprechende Regelung war 1935 in die StPO übernommen worden. Diese Norm bot dem MfS die vielfach genutzte Möglichkeit, sich zum jeweiligen Zeitpunkt als besonders zuverlässig eingeschätzte Gerichte bzw. Richter für das angestrebte Urteil auszuwählen, indem Beschuldigte unabhängig vom ansonsten den Gerichtsstand begründenden Tatort in MfS-eigenen U-Haftanstalten untergebracht wurden.

Als „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“ oblag der Justiz nicht nur die Aufgabe, echte und vermeintliche Gegner der sozialistischen Entwicklung einzuschüchtern und zu verurteilen – die klassische Aufgabe der politischen Justiz. Vielmehr leistete sie auch einen Beitrag zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse mit einer Vielzahl von Wirtschaftsstrafverfahren, deren vorrangiges Ziel die Enteignung von Bauern und mittelständischen Betrieben war. Zudem wurden entsprechende Prozesse genutzt, um die massiven Versorgungsprobleme, die durch den verstärkten Rüstungs- und Militarisierungskurs der SED sowie durch die Kollektivierung und die Bemühungen um die soziale Liquidierung der Mittelschichten ausgelöst worden waren, der Bevölkerung als Ergebnis sich steigernder Sabotagetätigkeit des Klassenfeindes in der Phase des Aufbaus des Sozialismus zu präsentieren. Sabotage, so versuchten Justiz und „Neues Deutschland“ die Bevölkerung zu überzeugen, sei nicht nur vonseiten privater Unternehmer betrieben worden, sondern gleichzeitig auch von

⁴⁵ GBl. Nr. 142, S. 995ff.

Funktionären der staatlichen Handelsorganisationen⁴⁶ und Mitarbeitern aus der Leitungsebene volkseigener Betriebe. Im Juli 1952 verurteilte das Oberste Gericht unter Vorsitz Hilde Benjamins sieben leitende Mitarbeiter und Ingenieure des Martin-Hoop-Werks, ein Steinkohleschacht im Zwickauer Revier, unter dem Vorwurf der Sabotage, nachdem infolge eines Grubenbrands 48 Bergleute zu Tode gekommen waren.⁴⁷

Prominentestes Opfer wurde der Vorsitzende der LDPD, Dr. Karl Hamann, zugleich Minister für Handel und Versorgung. Zusammen mit anderen Mitarbeitern wurde er unter dem Vorwurf der „bewussten desorganisierenden Tätigkeit der Leitung des Ministeriums für Handel und Versorgung“ verhaftet und abgeurteilt.⁴⁸ Presse und Justiz oblag es, durch die Lieferung entsprechender Szenarien die Bevölkerung von dieser Erklärung zu überzeugen.

Seit Dezember 1952 traf es den privaten Großhandel und das Transportgewerbe, vorbereitet mit dem Kommuniqué der 10. ZK-Tagung vom 22. November 1952. Hier hieß es, dass die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus „die Entwicklung des staatlichen und genossenschaftlichen Handels sowie den Kampf gegen jede Spekulation und Sabotage“⁴⁹ erfordere. Ein ausgefeilter Beschluss des Politbüros zur Liquidierung des Großhandels findet sich im Protokoll vom 20. Januar 1953.⁵⁰

⁴⁶ Siehe ND, 3.1.1952, S. 2: „Saboteure in der HO Thüringen abgeurteilt“; und ND, 15.3.1953: „Saboteure im staatlichen Einzelhandel erhielten gerechte Strafe“.

⁴⁷ Siehe Tägliche Rundschau, 6.6.1952: „Gerichtliche Untersuchung des Zwickauer Grubenunglücks angeordnet“.

⁴⁸ Vgl. ND, 18.12.1952: „Minister Dr. Hamann abberufen“; B-Ausg., 5.1.1953: „Dr. Hamann – bewußter Volksschädling“, und ND, 10.1.1953: „Die Lehren aus dem Fall Hamann“. Im Mai 1954 verkündete das Oberste Gericht der DDR gegen Hamann eine lebenslange Haftstrafe, die wenige Wochen später, am 17.6.1954, in einem neuen Prozess des Obersten Gerichts auf 15 Jahre reduziert wurde. Er sowie der ehemalige Staatssekretär im Handelsministerium, Paul Baender (SED), wurden 1956 vorzeitig entlassen. Siehe Rudi Beckert, Die erste und letzte Instanz. Schau- und Geheimprozesse vor dem Obersten Gericht der DDR, Goldbach 1995, S. 114-144.

⁴⁹ Vgl. Tägliche Rundschau, 23.11.1952, S. 1.

⁵⁰ Anlage Nr. 4 zum Protokoll, SED, ZK, 21.1.1953, Die Aufgaben des Handels ..., in: SAPMO-BArch, DY 30 J IV/2/2/258.

Militarisierung

Wie bereits eingangs angesprochen, hatte die DDR weitaus früher als die Bundesrepublik begonnen, in Gestalt der Kasernierten Volkspolizei (KVP) heimlich militärische Streitkräfte vorzubereiten. Auf Weisung Stalins anlässlich des Besuchs führender SED-Genossen in Moskau, April 1952, wurde diese Entwicklung forciert, begleitet durch den Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie. Nicht nur die Neurekrutierung junger Leute für die KVP entzog der Wirtschaft Arbeitskräfte. Auch der nach der 2. Parteikonferenz auf den Weg gebrachte Arbeitsdienst unter dem Namen „Dienst für Deutschland“⁵¹ trug dazu bei. Für die vormilitärische Ausbildung der Jugend wurde schließlich im August 1952 die „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) gegründet, im Volksmund spöttisch „Gesellschaft für Mord und Technik“ bezeichnet.⁵² Neben den unmittelbaren Ausgaben für die KVP verschlangen auch diese im Fünfjahresplan nicht vorgesehenen Organisationen im Haushalt nicht eingeplante Millionen-Beträge. So kostete der Dienst für Deutschland 1952 69 Mio. DM; bis zur Auflösung 1953 kamen nochmals 7,4 Mio. DM hinzu. Für die GST wurden 1952 41,6 Mio. DM ausgegeben, im folgenden Jahr 45,5 Mio. DM.⁵³

Die mit der forcierten militärischen Aufrüstung verschärften ökonomischen Probleme ließen sich nur lösen durch Einsparungen im Konsum der Bevölkerung, durch Steuererhöhungen und Kürzungen im Sozialversicherungswesen. Dies hatte bereits die Sowjetische Kontrollkommission im April 1952 vorgeschlagen, die zu diesem Zeitpunkt die zusätzlichen Kosten für den Ausbau der KVP auf 1,5 Mrd. DM veranschlagte.⁵⁴ Die nach der 2. Parteikonferenz verschärfte Steuerpolitik und die radikale Praxis beim Eintreiben von Steuer- und Ablieferungsschulden, unter denen vor allem die Mittelschichten zu leiden hatten, waren mithin nicht nur politisch bewusst eingesetzte Klassenkampfinstrumente, sondern zugleich der verzweifelte Versuch, mit den selbst verursachten ökonomischen Proble-

⁵¹ Mit Beschluss des Politbüros vom 6.5.1952, in: SAPMO-BArch, DY 30 J IV/2/2/210.

⁵² Beschluss des Sekretariats vom 5.5.1952, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/3/287.

⁵³ Siehe Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Die Geschichte der Kasernierten Volkspolizei 1952-1956, Berlin 2001, S. 307f.

⁵⁴ Ebd., S. 274.

men fertig zu werden.⁵⁵ Seit September 1952 deklarierte das Politbüro ein ums andere Mal ein Sparsamkeitsregime.⁵⁶

Kollektivierung der Landwirtschaft

Die Bodenreform im Herbst 1945 mit der kleinteiligen Parzellierung des Bodenreformlandes hatte dazu geführt, dass 1950 73 % der Betriebe in der DDR landwirtschaftliche Nutzflächen zwischen einem und zehn Hektar mit einer durchschnittlichen Größe von 5,6 Hektar bewirtschafteten. Nicht berücksichtigt sind bei diesen Angaben jene weiteren knapp 238.000 Kleinstbetriebe mit Nutzflächen unter einem Hektar aus der Zählung des Jahres 1950. Ziel dieser kleinteiligen Parzellierung war es offensichtlich, der KPD (seit April 1946 SED) im ländlichen Raum ein Klientel zu schaffen. Vorgängige Anstrengungen der KPD zur Zeit der Weimarer Republik, sich auch im ländlichen Raum zu verankern, waren vergeblich geblieben. Wie zutreffend die anlässlich der Diskussion um die Bodenreform 1945 formulierten Einwände gegen einen zu kleinflächigen Zugschnitt der Neubauernstellen waren, zeigte sich in den folgenden Jahren vor allem daran, dass gerade Neubauern – trotz aller staatlichen Förderungen – die Landwirtschaft wieder aufgaben. Neben der betriebswirtschaftlich unrentablen Größenordnung der Neubauernstellen kamen weitere Gründe hinzu: die schlechte Ausstattung mit Betriebsmitteln, der Mangel an Wohn- und Betriebsgebäuden trotz eines 1947 begonnenen Bauprogramms für Neubauern, geringe oder keine Erfahrung in der Landwirtschaft und/oder mit der Führung eines Betriebes, Alter, Todesfälle ohne Hofnachfolger aus der Familie und schließlich die zunehmende Möglichkeit, in der Industrie leichtere und besser bezahlte Arbeit zu finden. Dies und der sich 1948/49 entwickelnde und zunehmend radikalisierende Kampf der SED gegen Großbauern mit dem Ziel ihrer Enteignung und sozialen Ausschaltung führte mit Stichtag 1. Januar 1951 zu unbewirt-

⁵⁵ Zu den ökonomischen Problemen siehe Jan Foitzik, Berichte des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland aus den Jahren 1953/1954. Einleitung, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode), hg. vom Deutschen Bundestag, Bd. II/2, S. 1350ff.

⁵⁶ Siehe Politbürositzungen vom 2.9.1952; 14.11.1952; 13.1.1953; 17.2.1953; 14.4.1953.

schafteten landwirtschaftlichen Flächen in einer Größenordnung von rund 172.000 Hektar, davon circa 68 % Bodenreformland. Ihre Bewirtschaftung durch angrenzende Volkseigene Güter (VEG) oder örtliche Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) wurde im Sinne einer effektiven Nutzung zunehmend zum Problem. Wenngleich die Bodenreform mithin wirtschaftlich kein Erfolg war (gemessen an den landwirtschaftlichen Erträgen), begünstigte sie doch die langfristigen Ziele der SED: Sie veränderte die Sozialstruktur im Dorf bzw. ländlichen Raum, schwächte die alten dörflichen Eliten und schuf ein neues Landproletariat aus Neubauern, das verzweifelt auf staatliche Hilfe angewiesen war und die Erfahrung gemacht hatte, dass kleinbäuerliche Betriebe nicht überlebensfähig waren. Damit war der Boden für die ab Sommer 1952 beginnende Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften bereits vorbereitet. Es stand im ländlichen Raum ein Potenzial an Menschen bereit, für die der Weg in die LPG nahezu die einzige Chance des Überlebens mit bäuerlicher Tätigkeit war.

Bis 1950 hatte sich die landwirtschaftliche Produktion so weit konsolidiert, dass in den wichtigsten Produktionsbereichen das Vorkriegsniveau erreicht worden war. Dies war in erster Linie ein Ergebnis von Leistungssteigerungen bei den Mittel- und Großbauern, während die kleinen Landwirte und Neubauern Probleme hatten und überproportional Höfe aufgaben. Unter dem Gesichtspunkt von Produktionssteigerungen gab es keinen Anlass, nach der Bodenreform erneut die ländliche Sozialstruktur mit politischen Mitteln zu ändern. Doch waren neben dem gewerblichen Mittelstand die Landwirte die zweite große Gruppe selbstständiger Produzenten, die bis zum Sommer 1952 noch nicht auf den sozialistischen Weg gebracht worden waren. Seit der 2. Parteikonferenz ging es nicht mehr nur um die bereits eingeleitete soziale Liquidierung der Großbauern, sondern um die Kollektivierung der Klein- und Mittelbauern vor dem Hintergrund massiver Versorgungsprobleme mit Nahrungsmitteln. Während einerseits die LPG-Bildung mit einem umfangreichen Katalog von Maßnahmen „über die Vergünstigungen für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“, vom Politbüro am 19. Juli 1952 entschieden und Tage später als Regierungsbeschluss veröffentlicht⁵⁷, befördert wurde, wurde andererseits der sozialen Liquidierung der Großbauern, deren Beitritt in die LPG nicht vorgesehen war, mit administrativen und justiziellen Mit-

⁵⁷ GBl., S. 619.

teln nachgeholfen. Klein- und Mittelbauern sollten zu sozialistischen Bauern umerzogen werden. Für Großbauern wurde keine Option eröffnet – die Politik zielte auf ihre Vernichtung als soziale Schicht, begründet mit dem Vorwurf der Sabotage.

Die Bildung der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften durch Neu- und Kleinbauern im Sommer 1952 erfolgte zweifellos auf freiwilliger Grundlage, wenn auch mit tatkräftiger Unterstützung durch die Partei und den Staatsapparat.⁵⁸ Dabei zählt es zu den Kuriositäten, dass noch wenige Monate zuvor eine im später berühmt werdenden thüringischen Dorfe Merxleben gegründete „Liefergemeinschaft“ von Neubauern auf Weisung der Partei wieder aufgelöst werden musste.⁵⁹ Seit der 10. Tagung des ZK der SED am 20. November 1952 forcierte die Partei den „Klassenkampf auf dem Lande“, so der SED-Sprachgebrauch.

Über den Beitrag der Justiz zum Klassenkampf auf dem Lande geben die folgenden Zahlen Auskunft. Sie sind einem Bericht der Abteilung Staatliche Verwaltung des Zentralkomitees der SED vom April 1953 entnommen:

„In der Zeit vom 1.8.1952 bis 31.1.1953 wurden in der Republik gegen Großbauern 583 Verfahren, Mittelbauern 311 Verfahren, Kleinbauern 353 Verfahren durchgeführt.“⁶⁰

Diesen Prozessen, in denen Urteile bis zu zehn Jahren Haft ausgesprochen wurden, konnten sich die Bauern nur durch die Flucht entziehen. Auffällig

⁵⁸ Vgl. Jens Schöne, *Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft*, Berlin 2005; ders., *Das sozialistische Dorf. Bodenreform und Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone und DDR*, Leipzig 2008; Falco Werkentin, „Sozialismus auf dem Lande“. Von der Bodenreform zur Zwangskollektivierung. Etappen der DDR-Landwirtschaftsentwicklung bis 1961, in: *Landwirtschaft 2011. Der Kritische Agrarbericht*, Hamm 2011, S. 261-268.

⁵⁹ Siehe Barbara Schier, *Die Ablieferungsgemeinschaft der Merxlebener Neubauern als Klassenkampfinstrument?*, in: Ulrich Kluge/Winfried Halder/Katja Schlenker (Hg.), *Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirtschaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre*, Stuttgart 2001, S. 213-228.

⁶⁰ Bericht über die Tätigkeit der Justizorgane im Kampf gegen feindliche Tätigkeit, Berlin, 8.4.1953, in: SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/13/409.

ist, dass nicht nur Großbauern in die Flucht getrieben wurden, sondern auch viele Neu-, Klein- und Mittelbauern sich offensichtlich durch die Agrarpolitik der SED bedroht sahen und flohen. Bitter spotteten Bauern:

„Wir gründen eine LPG Typ vier: der Bauer ist weg, das Land bleibt hier.“⁶¹

Über die Zahl der Bauern, die zwischen September 1952 und Juli 1953 die DDR verließen, gibt folgende Tabelle Auskunft:

Flucht von Bauern 1952/53⁶²

Monat	insg.	Großbauern	Mittelbauern	Kleinbauern	Neubauern
September 1952	424	106	127	105	86
Oktober	526	247	102	91	86
November	643	295	96	101	151
Dezember	737	300	120	108	209
Januar 1953	1.089	514	175	193	207
Februar	1.955	1.053	305	272	325
März	2.641	1.463	421	372	385
April	1.945	1.055	324	303	263
Mai	1.408	727	257	251	173
Juni	2.038	1.061	393	333	251
<u>Juli</u>	<u>281</u>	<u>89</u>	<u>73</u>	<u>52</u>	<u>67</u>
Sept. 1952 bis Juli 1953:	13.687	6.910	2.393	2.181	2.203

⁶¹ Seit 1952 gab es in der DDR drei unterschiedliche LPG-Typen: In Typ I wurden nur die Ackerflächen gemeinsam bewirtschaftet; in Typ II brachten die Bauern auch Zugtiere, Maschinen und Geräte zur Bodenbearbeitung in die LPG mit ein; in Typ III wurden nicht nur die gesamte Fläche und alle Gerätschaften eingebracht, sondern auch das Vieh. Formalrechtlich blieb der Boden Eigentum der Bauern, doch konnten sie nicht mehr über den Boden verfügen.

⁶² Zusammengestellt aus diversen Angaben, in: BArch, DO 1/11/961 und /962.

Die Zahl der nicht mehr bewirtschafteten Höfe und landwirtschaftlichen Flächen nahm dramatisch zu und als Folge die Versorgungsprobleme mit landwirtschaftlichen Produkten.

Trotz aller Förderung: Bis zum 31.12.1952 hatten sich erst 1.906 LPGs mit 37.000 Mitgliedern gebildet, davon 19.725 Neu- und 2.415 Altbauern, die lediglich 3,4 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten.⁶³

Fazit

Der seit dem Frühjahr 1952 eingeschlagene und seit der 2. Parteikonferenz radikalisierte Kurs der Partei wurde in der ersten Jahreshälfte 1953 fortgeführt. Um die gewaltigen Rüstungskosten aufzubringen, kam die SED nicht umhin, im Frühjahr 1953 nach und nach auch das Lebensniveau der „herrschenden Klasse“, der in der Propaganda vergötterten Arbeiter und Werktätigen, zu senken. Es kam zu diversen Preiserhöhungen für Waren des täglichen Bedarfs bis hin zum Schnaps, aufgehoben wurden bisherige Fahrpreismäßigungen für Berufstätige (Arbeiterrückfahrkarten der Reichsbahn) und auch die Aufhebung der Rationierung von Textilien und Schuhen führte zu nachhaltigen Ausgabensteigerungen privater Haushalte. Während die Bevölkerung mit ständigen Preissteigerungen konfrontiert wurde, wusste das „ND“ von zunehmenden Forderungen aus den Betrieben nach Normerhöhungen zu berichten, die nichts anderes bedeuteten als Lohnsenkungen.⁶⁴ Sie führten schließlich im Juni 1953 zu den Streikaufrufen und Demonstrationen der Bauarbeiter in der Berliner Stalinallee, die ein Fanal wurden zum allgemeinen Volksaufstand am 17. Juni 1953.

Erfolgreich erwies sich die Politik der SED letztlich nur bei der Produktion von Staatsfeinden und Republikflüchtigen und der Zunahme landwirtschaftlich brachliegender Flächen.

⁶³ Wolfgang Bell, Enteignungen in der Landwirtschaft der DDR nach 1945 und ihre politischen Hintergründe, Münster 1992, S. 25.

⁶⁴ Siehe ND, 13.3.1953: „Jetzt mit der Erhöhung der Arbeitsnormen beginnen“; ND, 19.3.1953: „Arbeitsnormen richtig festlegen“, ND, 22.3.1953: „Unsere Partei kämpft um technisch begründete Arbeitsnormen“, ND, 22.3.1953: „Wir erhöhen unsere Normen freiwillig um 10 %“, ND, 26.3.1953: „Weg mit den ungesunden Normen“.

Als Begleiterscheinung des „Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus“ verschwanden nicht nur Zehntausende Bürger in den Zuchthäusern, so stieg die Zahl der in den Haftanstalten Einsitzenden von ca. 36.000 im Juli 1952 bis zum Mai 1953 auf knapp unter 70.000 Personen. Noch weitaus mehr DDR-Bewohner verschwanden ohne Abmeldung in die Bundesrepublik.

Ohne das Eingreifen der Roten Armee am 17. Juni 1953 wäre die SED-Herrschaft bereits zu diesem Zeitpunkt am Ende gewesen.

Elena Demke

1962 – Im Schatten des Mauerbaus

Das Zentralorgan der SED ließ das Jahr 1961 in hämischen und triumphalen Tönen ausklingen: Wohnungsbrände in West-Berlin kommentierte das „Neue Deutschland“ als Folge von „Brandstiftung“, weil dem Aufruf des West-Berliner Senats folgend zahlreiche Menschen als Zeichen der Verbundenheit mit den Ost-Berlinern Kerzen in die Fenster gestellt hätten. Den Leserinnen und Lesern in der DDR hingegen wurde ein Würfelspiel vorgeschlagen: „Für die lange Silvesternacht wurde dieses Spiel erdacht“ hieß es neben einer Karte mit 62 Feldern, die mit Spielzügen wie „War RIAS-Agent, wurde in der DDR von den Sicherheitsorganen verhaftet. Scheidet aus dem Spiel aus“¹ ausgestattet war. Ob jedoch außer der SED-Führung überhaupt jemand bereit war, den Mauerbau und die folgende Phase der verschärften Repressionen in der DDR als Party-Anlass zu betrachten,² darf bezweifelt werden.

In der Neujahrsansprache Ulbrichts traten die Ereignisse in Berlin zurück hinter einer Würdigung des XXII. Parteitags der KPdSU. Dessen historische Bedeutung beschwor Ulbricht zwar blumig, ohne diese jedoch explizit zu machen – immerhin hatte die durch den sowjetischen Parteitag eingeleitete Phase der fortgesetzten Entstalinisierung in der Sowjetunion auch in der DDR in Form der landesweiten Demontage der StalinDenkmäler Nachhall gefunden. Davon war jedoch im Jahresresümee nicht die Rede, vielmehr stellte er den „von allen Völkern bewunderte[n]“ bemanneten sowjetischen Weltraumflug als das zweite zentrale Ereignis des Jahres 1961 ins Zentrum seiner Rede. Die rituelle Verneigung gegenüber der Sowjetunion bot zugleich den Hintergrund, um das einschneidende Ereignis des Jahres 1961 in der DDR ins rechte ideologische Licht zu rücken, indem Ulbricht vom Weltraumflug übergang zum Mauerbau: „Es ist schon so: 1961 war im Großen und Ganzen ein gutes Jahr. Was haben wir er-

¹ ND, 31.12.1961, S. 8.

² Die sehr oft und meist verkürzt zitierte Charakterisierung des Mauerbaus als heimlicher Gründungstag der DDR wurzelt in dem fiktiven Entwurf eines Party-Szenarios: „Seither aber beging die SED den 13. August stets festlich ... Und womöglich traf man sich an diesem Tage in Wandlitz im kleinen Kreis und gratulierte einander: zum heimlichen Gründungstag der DDR.“, Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, Frankfurt a.M. 1996, S. 196.

reicht? Den deutschen Militaristen und Revanchepolitikern wurde vor dem Brandenburger Tor eine Niederlage zugefügt.“³

Das Jahr 1962 in der DDR stand im Schatten des Mauerbaus: Dabei ging es der SED einerseits um die Ausnutzung des erweiterten Handlungsspielraums – die Einführung der Wehrpflicht etwa wäre vor dem Mauerbau nicht denkbar gewesen – und andererseits um eine Neujustierung der Balance zwischen Repression und Mobilisierung der Bevölkerung nach einer Phase offenen Terrors durch Staatsapparat und Massenorganisationen.

„Strammstehen!“ – Die Einführung der Wehrpflicht in der DDR

Nachdem das FDJ-Aufgebot für den „freiwilligen“ Armeedienst unmittelbar nach dem Mauerbau trotz Anwendung massiver Repressionen, insbesondere gegen Abiturienten, offensichtlich nicht die hinreichende Zahl von Rekruten sicherstellen konnte, war noch im September 1961 ein Wehrgesetz auf den Weg gebracht worden – ein Schritt, der bei offenen Grenzen nach West-Berlin und entsprechenden Fluchtchancen nicht möglich gewesen wäre. Die Maßnahme war bei der betroffenen Generation der Kriegskinder besonders unpopulär. So notierte das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), unter den kritischen Stimmen „... folgende typische Meinungen: Daß nie mehr ein Gewehr angefaßt werde, da Soldaten der ehem. Faschistischen Wehrmacht als ‚Kriegsverbrecher‘ bezeichnet wurden [...] mit der Einführung des Wehrpflichtgesetzes in der DDR gingen wir denselben Weg wie Hitler und damit könne sich kein Deutscher, der die Lehren aus dem 2. Weltkrieg gezogen habe, einverstanden erklären.“⁴

Mögliche Pazifisten belehrte die SED-Propaganda jedoch darüber, dass der Ausbau militärischer Stärke ein Beitrag zur friedlichen Koexistenz sei: „Wir werden der militärischen Macht des deutschen Friedensstaates ein solches Gewicht verleihen, daß wir nicht zuletzt auch durch sie die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz in Deutschland erzwingen und wesentliche Voraussetzungen für die allgemeine und vollständige Abrüstung

³ ND, 1.1.1962, S. 1.

⁴ MfS, ZAIG 541, Bericht über die Reaktion der Bevölkerung der DDR zum Beschluß des Gesetzes über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vom 29.1.1962, Bl. 2.

schaffen.“⁵ Die „allgemeine Wehrpflicht“ war in der Dialektik der SED also als Beitrag zur „allgemeinen Abrüstung“ zu verstehen. Darüber hinaus wurde sie als eine umfassende erzieherische Instanz angepriesen. Bereits im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes berichteten Eltern von den positiven Wirkungen des – vorerst noch freiwilligen – Dienstes ihrer Söhne in der NVA: „Ein Junge hat uns verlassen, ein Mann ist zurückgekehrt.“⁶ Dass die SED dabei bereitwillig auf Prägungen aus dem Nationalsozialismus zurückgriff, wird an MfS-Einschätzungen deutlich: „Besonders bei älteren Bürgern ist die Auffassung verbreitet, daß die Dienstzeit in der NVA wesentlich zur besseren Erziehung der Jugend, zur Eindämmung des teilweise noch vorhandenen Rowdy- und ‚Halbstarkentums‘ beitragen wird ...“⁷

Als schließlich offiziell angekündigt wurde, dass das Wehrgesetz Gegenstand der Volkskammersitzung vom 23. Januar sein würde, wurde die rituelle Befürwortung in sozialistischer Multiperspektivität präsentiert: Väter, Mütter, Mädchen bzw. junge Frauen und schließlich die jungen Männer selbst trugen rollenkonforme Zustimmungen vor: Während der Ingenieur vom „ureigensten Verteidigungsrecht [des] souveränen Staates“⁸ sprach, die Sekretärin und Mutter von vier Kindern die Erinnerung an Bombennächte beschwor, äußerten junge Frauen im Alter der Freundinnen der Wehrpflichtigen, dass „die Zeit bei den Soldaten für die Jugendlichen wertvoll ist, sozusagen zum richtigen Burschen unserer Republik gehört“. Die jungen Männer selbst schließlich sprachen von einer „Einsicht in die Notwendigkeit“, während ihnen SED-Funktionäre wie der SED-Chef des Berliner Bezirks Köpenick, Hans Modrow, in Aussicht stellten, dass sie die Liebe zum Waffendienst – als einen weiteren Schritt der Reifung – noch entdecken würden. Die Schlagzeilen, die anlässlich der Verabschiedung des Gesetzes schließlich die SED-Presse dominierten, unterschieden sich von der vorangegangenen Propaganda nicht.⁹ Die konkreten Informationen – etwa, dass Männer bis zum 26. Lebensjahr zum Grundwehrdienst für 18 Monate einberufen werden konnten und die bis zu Fünfzigjährigen der Reserve angehörten – wirkten dazwischen fast wie

⁵ ND, 7.1.1962, S. 2.

⁶ ND, 21.1.1962, S. 3.

⁷ MfS, ZAIG 541, Bl. 2.

⁸ Diese und die zwei folgenden Zitate: ND, 24.1.1962, S. 1ff.

⁹ Siehe ND, 26.1.1962.

Nebensächlichkeiten. Ihnen jedoch galt das Interesse: „Tageszeitungen mit der Veröffentlichung des vollen Wortlautes des Gesetzes [waren] ... in vielen einschlägigen Zeitungskiosken bereits in den frühen Morgenstunden vergriffen.“¹⁰ Bereits ab Mitte Februar wurden schließlich in je einer Woche die jungen Männer eines ganzen Jahrgangs für den aktiven Wehrdienst erfasst, sodass bis Anfang März die Erfassung der Geburtsjahrgänge 1940 bis 1943 abgeschlossen war.

In knapp 700 Fällen verweigerten junge Männer den Waffendienst und riskierten damit eine Verhaftung, denn das Gesetz sah keinen Wehrersatzdienst vor.¹¹ Dass die Forderung nach einer solchen Option virulent war, zeigten auch die Schwerpunktsetzungen der SED-Presse: Argumentationen wie die, dass die „Losung der Pazifisten, kein Gewehr mehr in die Hand zu nehmen“¹², nicht helfe, Kriege zu verhindern und in der DDR sogar friedensgefährdend sei, wurden häufig abgedruckt wie auch Stimmen von Pfarrern, nach deren Meinung es in der DDR keinen Grund gäbe, aus christlichem Gewissen den Wehrdienst zu verweigern.¹³ Tatsächlich berichtete das MfS: „... aus allen Bezirken ..., daß die Frage nach dem ‚Recht der Kriegsdienstverweigerer‘ besonders unter Teilen der Jugend auftritt. Daß auch in der DDR ... Organisationen gleichen Charakters wie in Westdeutschland bestehen müßten, um Begriffe wie Demokratie und Freiheit nicht vollkommen untergehen zu lassen.“¹⁴ Die Kirchen traten als Institution nicht prompt und zuerst auch nicht einheitlich auf hinsichtlich der Frage nach der Einführung eines Wehrersatzdienstes. Einzelne Geistliche und Kreissynoden schickten Telegramme an die Volkskammer mit einer solchen Forderung.¹⁵ Zwar hatte sich das Konsistorium Berlin-Brandenburg in einer Erklärung gegen eine den Wehrdienst für Christen befürwortende öffentliche Stellungnahme der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität gewandt und dagegeengehalten, „... daß Glieder der Kirche im Gehorsam des Glaubens und Bindung ihres Gewissens jeden Waffendienst ablehnen ... [und die Evangelische Kirche] für den Schutz

¹⁰ MfS, ZAIG 541, Bl. 2.

¹¹ Elke Stadelmann-Wenz, *Widerständiges Verhalten und Herrschaftspraxis in der DDR. Vom Mauerbau bis zum Ende der Ulbricht-Ära*, Paderborn u.a. 2009, S. 82.

¹² ND, 8.2.1962, S. 3.

¹³ ND, 4.2.1962, S. 4.

¹⁴ MfS, ZAIG 541, Bl. 5.

¹⁵ MfS, ZAIG 541, Bl. 10.

des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissen Gründen eintritt ...“,¹⁶ und das MfS mutmaßte, „... daß die Kirche versucht, mit ihren Organisationen zum Sammelbecken von Kriegsdienstverweigerern und Pazifisten zu werden“. Konkrete Protestaktionen verzeichnete das MfS jedoch vor allem in Betrieben, wo Flugblätter auftauchten, und in Schulen, wo Jugendliche den Unterricht mit Zwischenrufen wie „Strammstehen“ störten. Auch der Fakt, dass Flugblätter gegen den Wehrdienst häufiger aus dem Papier von Schulheften angefertigt worden waren, verwies darauf, dass der Protest vor allem von Jugendlichen ausging.¹⁷ Die SED intensivierte folglich die Anstrengungen zur vormilitärischen Erziehung, so „ordnete sie im November 1962 die flächendeckende Bildung der Kommissionen für die sozialistische Wehrerziehung an“¹⁸.

Unter den „Unklarheiten“ der Bevölkerung in Reaktion auf die Einführung der Wehrpflicht registrierte das MfS auch das Argument, dass „... die Spaltung Deutschlands durch diese Maßnahme weiter vertieft würde ...“.¹⁹ Die SED versuchte, dem entgegenzusteuern, indem sie den mit Mauer und Schießbefehl abgeriegelten deutschen Staat nicht nur als das einzig friedliche Deutschland darstellte, sondern mit nationalistischen Untertönen seine politische Elite auch als die wahrhaft patriotische darstellte.

Die DDR als Staat der „wahren Patrioten“ – Deutschlandpolitik nach dem Mauerbau

Seit Gründung der DDR hatte die SED in aufwändigen Kampagnen das Verhältnis zur Bundesrepublik als Form des „Klassenkampfes“ propagiert und sich dabei als die wahre Interessenvertreterin aller werktätigen und friedliebenden Deutschen dargestellt. Nationale Rhetorik war auf diese Weise mit aggressivem Gebaren gegen den anderen deutschen Staat kombinierbar. Mit dem Mauerbau trat die SED-Führung jedoch besonders augenfällig und unabweisbar als die Macht in Erscheinung, die in bis dahin für unvorstellbar gehaltener Weise Verwandtschafts- und Freundschaftsbande zerriss sowie befahl, dass „Deutsche auf Deutsche“ schossen – wie es in der Rhetorik des westlichen Mauerprotests zum Schlagwort

¹⁶ Ebd., Bl. 9.

¹⁷ Ebd., Bl. 11.

¹⁸ Stadelmann-Wenz, *Widerständiges Verhalten*, S. 89.

¹⁹ Ebd.

wurde. Der Mauerbau brachte die SED somit deutschlandpolitisch in besondere Erklärungsnot. Sie intensivierte deshalb propagandistische Anstrengungen, die DDR als das „gute Deutschland“ darzustellen. Indem Nazi-Verstrickungen der westdeutschen Eliten gebrandmarkt wurden, wurde die Bundesregierung pauschal als faschistisch denunziert. 1961 rückte dabei vor dem Hintergrund des Eichmann-Prozesses in Jerusalem Hans Globke ins Zentrum der Aufmerksamkeit.²⁰ Der Staatssekretär im Kanzleramt war als Kommentator der Nürnberger Gesetze sowie mit der Erarbeitung von Verwaltungsvorschriften zu ihrer Umsetzung maßgeblich in den Holocaust involviert gewesen; der Propaganda-Chef der SED, Albert Norden, hatte Globke bereits 1960 als „Eichmann Bonns“²¹ bezeichnet. 1962 arbeitete die SED daran, den Fall Globke zu einer internationalen Kampagne zu machen, welche die DDR auch außenpolitisch gegenüber der Bundesrepublik aufwerten sollte. Sie erhielt jedoch Abfuhr, unter anderem von israelischen Kommunisten, die eine derartige Instrumentalisierung des Holocaust ablehnten. Von der SED in Auftrag gegebene Leserzuschriften prominenter DDR-Intellektueller wie Arnold Zweig und Anna Seghers an amerikanische Zeitungen änderten nichts daran, dass im Laufe des Jahres das internationale Interesse abebbte. So wurde der 1963 schließlich vor dem Obersten Gericht der DDR durchgeführte Schauprozess, in welchem der abwesende Globke zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, zum Ausweg aus der 1962 die strategischen Ziele der SED verfehlenden Kampagne.²²

Die Globke-Kampagne war jedoch nur die Spitze einer breiten Propaganda, welche die DDR nicht nur als antifaschistische, sondern auch als deutsch-patriotische Alternative zur Bundesrepublik entwarf. So publizierte das „Neue Deutschland“ eine Serie biografischer Porträts von Generalen der NVA und der Bundeswehr, die einander jeweils als „General des Friedens“ und „General des Krieges“ gegenübergestellt wurden, und setzte diese Reihe mit Parallel-Porträts von Ulbricht und Adenauer fort, die mit Titeln wie „Streiter für Frieden und Freiheit“ versus „Verräter an un-

²⁰ Michael Lemke, Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik 1960-1968, in: Jürgen Danyel (Hg.), Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in den beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61-86.

²¹ Zitat ebd., S. 70.

²² In diesem Sinne ebd., S. 73.

serem Volk“²³, „Der kühne Volkstribun“ versus „Der smarte Großverdienter“²⁴ und „Der wahre Patriot“ versus „Der braune Stipendiat“²⁵ versehen wurden. Feindbild und Berliner Mauer waren dabei fortgesetzt aufeinander bezogen. Die täglich beschworenen Schrecken des Lebens im Westteil Berlins bzw. im westlichen Deutschland wurden regelmäßig mit Rechtfertigungen der Abriegelung verknüpft, und dabei wurde 1962 die bereits seit dem XXII. KPdSU-Parteitag im Oktober 1961 auf „Antifaschistischer Schutzwall“ getaufte Mauer zum Teil auch noch „Mauer“ genannt, etwa: „Mauer schützt vor Revanchisten“²⁶. Selbst die Flutkatastrophe in Hamburg im Februar 1962 wurde in diesem Sinne kommentiert: „Die Katastrophengefahr ist nicht gebannt, solange die Urheber und Mitschuldigen an der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges in Westdeutschland schalten und walten.“²⁷ Die SED inszenierte sich aber nicht nur in defensiver Kontrastierung zur Bundesrepublik als Verteidigerin der deutschen Nation. Das am 26.3.1962 unter dem Titel „Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands“ publizierte „Nationale Dokument“, das im Januar 1963 vom VI. Parteitag der SED förmlich bestätigt wurde, wurde zum „Grundgesetz nationaler Politik“ deklariert.²⁸

Inszenierung als Friedens-Großmacht und das Ringen um staatliche Souveränität

SED-Propaganda stellte die DDR nicht nur als Hort nationaler Interessen, sondern auch als international bedeutsamen Friedensstifter dar. Die Verhandlungen der Sowjetunion und der USA über den Status West-Berlins machten keine konkreten Fortschritte, und die SED nutzte die festgefahrene Situation, um sich als den wahren Friedenshelden darzustellen, der selbst der amerikanischen Supermacht die Stirn bot.²⁹ Das Verhältnis zur Sowjetunion, deren Bedeutung in der Berlin-Frage zumindest in der SED-

²³ ND, 15.2.1962, S. 5.

²⁴ ND, 2.3.1962, S. 4.

²⁵ ND, 4.3.1962, S. 6.

²⁶ ND, 1.2.1962, S. 1.

²⁷ ND, 19.2.1962, S. 1.

²⁸ ND, 26.1.1962, S. 1.

²⁹ Gerhard Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006, S. 215ff.

Propaganda eher heruntergespielt wurde, war dabei angespannt. Die Kreml-Führung unterstützte zwar Ulbrichts Souveränitäts-Streben, indem sie beispielsweise Provokationen gegen die West-Alliierten mit Forderungen nach staatlicher Anerkennung der DDR verknüpfte. So störten sowjetische Militärflugzeuge im Februar 1962 mehrfach gezielt den Flugverkehr nach West-Berlin und gefährdeten dabei unter anderem eine amerikanische Maschine, mit der General Clay und Willy Brandt unterwegs waren. Die protestierenden Amerikaner wurden von den Sowjets jedoch darauf verwiesen, dass sie die DDR-Behörden zu informieren hätten, wenn sie deren Territorium überflögen. Allerdings hatte die sowjetische Unterstützung für die Ambitionen der SED-Führung Grenzen. So erteilte Chruschtschow Ulbricht hinsichtlich eines separaten Friedensvertrages bereits im Februar 1962 eine Absage.³⁰

Die SED fuhr derweil ihre Friedensvertrags-Propaganda auf Hochtouren. Dabei betrieb sie eine Erfindung historischer Tradition,³¹ mit der sie selbst dem großen Bruder Sowjetunion die Rolle eines Sekundanten zuwies. So feierte am 13. Februar das „Neue Deutschland“ auf mehreren Seiten den zehnten Jahrestag eines „Schreibens der Regierung der DDR an die vier Großmächte“ vom 13.2.1952. Dieses außenpolitisch bedeutungslose Papier wurde als historische Initiative dargestellt, auf die 1952 allein die Sowjetunion reagiert hätte – mit der bekannten Stalin-Note vom März 1952. Tatsächlich hatte Stalin im März 1952, als er die DDR als Tauschobjekt für eine Verhinderung der Westeinbindung der Bundesrepublik anbot, nicht einmal Bezug genommen auf die SED-Kampagne vom 13. Februar.³²

Dass es der SED 1962 bei der Friedensvertrags-Propaganda nicht nur allgemein um den Zugewinn an staatlicher Souveränität ging, sondern sie auch darauf hoffte, West-Berlin nicht auf Dauer als politischen Fremdkörper in der Mitte ihres Territoriums dulden zu müssen, zeigten interne Gespräche ebenso wie die propagandistisch verbreiteten düsteren Szenarien von West-Berlins Zukunft. So berichtete unter der Überschrift „Alltag in Westberlin: Flucht aus der Frontstadt“ das „Neue Deutschland“ im Febru-

³⁰ Ebd., S. 223.

³¹ Siehe für das Konzept der „Erfundenen Tradition“: Eric Hobsbawm/Terence Ranger, *The Invention of Tradition*, Cambridge 1992.

³² Michael Lemke, *Einheit oder Sozialismus. Die Deutschlandpolitik der SED*, Köln/Weimar 2001, S. 207ff.

ar 1962: „Ärzte lösen ihre Praxen auf, Rechtsanwälte kündigen ihre Büros, Geschäftsleute verkaufen ihre Läden und Betriebe – Symptome der Frontstadtflucht beherrschen nach wie vor den Alltag in Westberlin.“³³ Der sowjetische Staatschef bestärkte die SED-Führung in ihrer Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Kollaps West-Berlins. So teilte Chruschtschow Ulbricht in einer Unterredung am 26. Februar mit, dass er davon ausgehe, West-Berlin würde sich nur noch höchstens zehn Jahre lang halten.³⁴ Den Erfolg der massiven Anstrengungen der Bundesregierung, mit vielfältigen Subventionen die Auswirkungen des Mauerbaus auf die West-Berliner Wirtschaft abzufedern und die Bevölkerung zum Bleiben bzw. zum Zuzug zu motivieren, antizipierten die östlichen Staatschefs nicht. Tatsächlich schätzten Historiker ein, dass die West-Berliner Bevölkerung aufgrund der Unterstützungen bereits 1962 materiell besser gestellt gewesen sei als vor dem Mauerbau.³⁵

Mitte Juni kündigten die Warschauer Pakt-Staaten an, einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abzuschließen, wenn das „Besatzungsregime“ in West-Berlin fort dauern sollte.³⁶ Die SED-Presse ging so weit, West-Berlin zum Jahrestag des Mauerbaus als „Die billigste Atombombe“ zu bezeichnen und zu klagen, „die Rolle des Störenfriedes ... die Frontstadt des Kalten Krieges ... das alles soll erhalten bleiben, um die ‚Türklinke zum Osten‘ mit Gewalt, mit Krieg und Atombomben aufdrücken zu können. Seit zwölf Monaten sind diese Berserker, diese Fackelschwinger eines neuen Weltbrandes hinter Mauern ...“³⁷ Groteskerweise wurde dieses Szenario West-Berlins als Atombomben-Basis just zu dem Zeitpunkt entworfen, als die UdSSR auf Kuba vorerst unbemerkt atomare Waffen stationierte und damit die im Oktober aufbrechende Kuba-Krise anbahnte.

Während auf der weltpolitischen Ebene der Kalte Krieg in einen heißen umzuschlagen drohte, rang die SED weiterhin um internationale Anerkennung für das kleine Staatsgebilde DDR. Die konkreten Erfolge blieben dabei 1962 deutlich hinter den Erwartungen zurück. Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten hatte darauf spekuliert, dass im Zuge der

³³ ND, 22.2.1962, S. 6.

³⁴ Wettig, Chruschtschows Berlin-Krise, S. 218.

³⁵ Wolfgang Ribbe, Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002, S. 132.

³⁶ ND, 13.6.1962, S. 5.

³⁷ ND, 12.8.1962, S. 4.

Entkolonialisierung bis Ende 1962 mit sechzehn afrikanischen Staaten diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten – schließlich waren es jedoch nur vier.³⁸ So blieb das wichtigste Aktionsfeld die symbolische Politik. Dafür wurde auch eine so unpopuläre Maßnahme wie die Grenzabriegelung in Berlin zum Austragungsfeld. Bilder von internationalen Gästen bei der Besichtigung der Grenzanlagen am Brandenburger Tor häuften sich im Verlauf des Jahres 1962.³⁹ Die Botschaft dieser Bilder – die Berliner Mauer als vor internationalem Publikum vorzeigbarer Ausdruck staatlicher Souveränität – war für die eingesperrte DDR-Bevölkerung, die sich selbst kein Bild von der Grenze machen durfte, eine der besonderen Zumutungen.

Exemplarische Schicksale: Geglückte Fluchten und Mauertote im ersten Jahr des Grenzregimes

1962 zählte die Notaufnahme-Statistik der Bundesrepublik mehr als 21.000 Antragsteller aus der DDR⁴⁰; einem Großteil von ihnen war noch die Flucht über die vermauerte Berliner Grenze gelungen. Jede erfolgreiche oder auch nur versuchte Flucht wurde vom MfS ausgewertet, um das Grenzregime immer weiter zu perfektionieren. Als im April 1962 etwa drei junge Männer mit einem eigens schwer beladenen LKW in einem spektakulären Akt die Grenzanlagen an der Heinrich-Heine-Straße durchbrachen, wurden prompt darauf vor Grenzübergängen Slalomstrecken mit Sperrelementen eingerichtet.⁴¹ Außer den konkreten Sperranlagen wurde die Kontrolle im Grenzgebiet durch besondere Genehmigungs- und Bewegungsaufgaben für die Anwohner sowie die Einbeziehung „freiwilliger

³⁸ Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System, München 2007, S. 289.

³⁹ In den Monaten September und Oktober konfrontierte das ND seine Leser teilweise fast täglich mit Bildern von Besichtigungen der Grenzanlagen, so am 1.9., 27.9., 28.9., 29.9., 1.10., 9.10., 17.10., 20.10., 22.10., 25.10. und 29.10.

⁴⁰ Bettina Effner/Helge Heidemeyer, Flucht im geteilten Deutschland, Berlin 2005, S. 28.

⁴¹ Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke u.a., Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch, hg. vom Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer, Berlin 2009, S. 80; obwohl alle drei Flüchtlinge nach West-Berlin gelangten, starb einer von ihnen an Schussverletzungen.

Helfer“ in das Grenzregime ausgebaut.⁴² Die Wirkungen waren deutlich: Während 1962 über 70 % der Festnahmen Fluchtwilliger direkt an den Sperranlagen erfolgten, waren es 1988 nur noch gut 30 % – die Mehrzahl wurde im vorgelagerten Grenzgebiet oder bei der Fluchtplanung verhaftet.⁴³

22 Menschen starben 1962 an der Berliner Mauer. Ihre Schicksale beleuchten die verschiedenen Dimensionen der Gewalt des Grenzregimes schlaglichtartig: Elf von ihnen wurden als Flüchtlinge und zwei als Fluchthelfer von DDR-Grenzern erschossen. Vier ertranken bei dem Versuch, über eines der Grenzgewässer nach West-Berlin zu gelangen. Der dreizehnjährige Wolfgang Glöde wurde versehentlich von einem Grenzsoldaten erschossen, als dieser Kindern seine Waffe vorführte.⁴⁴ Vier DDR-Soldaten wurden im gleichen Jahr in Zusammenhang mit Fluchten an der Berliner Grenze erschossen. Die Umstände waren dabei sehr unterschiedlich und reichten von den Schüssen eines fahnenflüchtigen Kameraden, dem Querschläger aus der Pistole eines West-Berliner Polizisten, einem versehentlichen Schuss eines Kameraden bis hin zum gezielten Schuss eines Fluchthelfers, dessen Tat auf Basis der erst nach 1990 offenliegenden Akten auch in der differenzierten Bewertung des bundesdeutschen Gerichts als Mord gewertet wurde.⁴⁵

Die Flüchtlinge waren überwiegend jung; von den sechzehn Todesopfern des Jahres 1962 waren dreizehn jünger als fünfundzwanzig Jahre; zwei waren minderjährig. Dieses überwiegend junge Alter entsprach dem Bild der Fluchtbewegung insgesamt. In den Fluchtmotiven schlugen sich aber auch die Nachwirkungen des Mauerbaus spezifisch nieder. Hierfür können wiederum die Schicksale der Mauertoten des Jahres 1962 exemplarisch betrachtet werden.⁴⁶ Es handelte sich um junge Menschen, die durch

⁴² Gerhard Sälter, Grenzpolizisten. Konformität, Verweigerung und Repression in der Grenzpolizei und in den Grenztruppen der DDR 1952-1965, Berlin 2009, S. 59.

⁴³ Patrick Major, Behind the Berlin Wall. East Germany and the Frontiers of Power, Oxford 2010, S. 149f.

⁴⁴ Hertle/Nooke, Die Todesopfer, S. 95f.

⁴⁵ Vgl. Auszug aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 5.7.2000, abgedruckt in: Neue Juristische Wochenschrift 2000, H. 41, S. 3079, zitiert auf: www.chronik-der-mauer.de (Zugriff am 14.11.2011).

⁴⁶ Hertle/Nooke, Die Todesopfer, S. 73-105.

die Abriegelung von einem Elternteil, Geschwistern oder Großeltern und von Freunden in West-Berlin getrennt worden waren und in ganz verschiedenen persönlichen Situationen diese Bindungen wieder zum Zentrum ihres sozialen Lebens machen wollten. Unter ihnen waren mehrere vormalige „Grenzgänger“, die ihre Ausbildung oder Berufstätigkeit fortsetzen wollten. Die Einführung der Wehrpflicht spielte ebenfalls eine Rolle bei den Fluchtmotiven, so fand man den Musterungs- bzw. Einberufungsbefehl bei mehreren der Mauertoten des Jahres 1962. Hinzu kam die Rolle von Verfolgungserfahrungen. So war der siebzehnjährige Otfried Reck, den DDR-Grenzer im November 1962 erschossen, nachdem er seinen Fluchtversuch bereits aufgegeben und die unmittelbare Grenznähe verlassen hatte, im September 1961 nach Beteiligung an Mauerprotesten verhaftet und für ein Jahr eingesperrt worden; der zwanzigjährige Günter Wiedenhöfft, der im Dezember 1962 über das Eis des Griebnitzsees nach West-Berlin gelangen wollte und auf der Flucht vor den Schüssen der Grenzer einbrach und ertrank, war bereits wegen Fluchtplanungen zu acht Monaten Haft verurteilt worden.

Auch das Schicksal der zwei 1962 erschossenen Fluchthelfer wirft ein typisches Schlaglicht auf die spezifischen Konstellationen im Jahr nach dem Mauerbau: ideelle Motive, materielle Anreize und der Wunsch, Angehörige über die Grenze zu holen, wirkten in je unterschiedlicher Mischung beim Entschluss zur gefährvollen Fluchthilfe mit. Heinz Jercha etwa war selbst wenige Jahre vor dem Mauerbau aus der DDR geflüchtet. Im März 1962 beteiligte er sich an einer Fluchttunnel-Aktion in der Heidelberger Straße, an der sowohl Männer teilnahmen, die Fluchthilfe gegen Entgelt anboten, als auch solche, die aus ideellen Motiven handelten. Jercha wurde von Schüssen der MfS-Leute, die nach dem Verrat eines Ost-Berliners den Fluchthelfern auflauerten, tödlich verwundet.⁴⁷ Der Fluchthelfer Siegfried Noffke starb zwei Monate später auf ähnliche Weise; auch er war vor dem Mauerbau aus der DDR geflüchtet. Er hatte seine Ehefrau durch einen unterirdischen Stollen von Berlin-Mitte nach Kreuzberg holen wollen.⁴⁸

Insbesondere West-Berliner Studenten betätigten sich unter hohem persönlichem Risiko als Fluchthelfer aus Überzeugung; Pässe kooperierender

⁴⁷ Ebd., S. 73ff.; s.a. Marion Detjen, Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961-1989, München 2005.

⁴⁸ Hertle/Nooke, Die Todesopfer, S. 98ff.; ND, 8.7.1962.

Studierender beispielsweise aus skandinavischen Staaten ermöglichten etlichen jüngeren Menschen aus der DDR die Grenz-Passage. Mehr als einhundert Menschen wurden 1962 durch unterirdische Stollen nach West-Berlin gebracht. Die Tunnelfluchten dienten der SED-Propaganda dazu, mit Klischees von Dunkelheit und Untergrund die Fluchtbewegung mit Kriminalität und Unmoral zu assoziieren und die Fluchthelfer in einer Weise, die an nationalsozialistische Propaganda erinnerte, mit Ratten zu vergleichen.⁴⁹ Ein Tunnel, der unterhalb der Wollankstraße verlief und entdeckt worden war, wurde wegen des Risikos einsackender Bahngleise als potenzielle „Rutschbahn in den Krieg“⁵⁰ und „Attentat auf den Frieden“⁵¹ dramatisiert. Schließlich wurde das Ereignis in propagandistischer Verdichtung sogleich als Argument für den Wehrdienst und gegen die Präsenz der Westalliierten in West-Berlin herangezogen: „Wir sind von unserer Volksarmee begeistert, und wie wichtig und richtig ist doch unser Wehrpflichtgesetz ... Während meiner Arbeit am S-Bahnhof Wollankstraße wurde mir so richtig bewußt: ... Wir brauchen einen Friedensvertrag ...“⁵²

Ein Todesfall des Jahres 1962 rückte mehr als alle anderen die Brutalität des Grenzregimes nachhaltig in die Aufmerksamkeit der westlichen Welt. Das Sterben des neunzehnjährigen Peter Fechter, der wenige Tage nach dem ersten Jahrestag des Mauerbaus vor den Augen und Ohren entsetzter und hilfloser Beobachter auf Westseite im Todesstreifen verblutete, vergeblich um Hilfe rufend, war fotografisch dokumentiert worden und wurde so zum zeitüberdauernden Symbol der Unmenschlichkeit des SED-Grenzregimes.⁵³ Unmittelbar nach dem Ereignis demonstrierten West-Berliner spontan. Dabei richtete sich der Protest nicht nur gegen das SED-Regime, sondern gegen die West-Berliner Polizei und die Alliierten, die nicht eingegriffen hatten.⁵⁴

⁴⁹ ND, 2.2.1962, S. 1.

⁵⁰ ND, 4.2.1962, S. 1.

⁵¹ ND, 6.2.1962, S. 6.

⁵² ND, 13.2.1962, S. 6.

⁵³ Christoph Hamann, *Fluchtbilder. Schlüsselbilder einer mörderischen Grenze (1962)*, in: Gerhard Paul (Hg.), *Das Jahrhundert der Bilder. Bd. 2: 1949 bis heute*. Göttingen 2008, S. 266-273.

⁵⁴ Wolfgang Ribbe, *Berlin 1945-2000*, S. 130.

Aber nicht nur in der Zimmerstraße, sondern an allen Orten, an denen West-Berliner Augen- oder Ohrenzeugen von Todesschüssen geworden waren, errichteten sie Gedenkkreuze – in der Regel zuerst in privaten, spontanen Aktionen, die dann durch amtliche Maßnahmen verstetigt wurden. Dabei wurde der politische Gehalt des Gedenkens auch Gegenstand spontaner öffentlicher Aushandlung. So errichteten Jugendliche ein Gedenkkreuz für den im Oktober erschossenen Anton Walzer. Sie distanzieren sich jedoch von einem neben dem Kreuz bald aufgestellten Transparent „Todesstrafe für Ulbricht und seine Mörder“.⁵⁵

Die SED versuchte, „ihre Mauertoten“ dem westlichen Mauertoten-Gedenken entgegenzustellen. Bereits im April 1962 waren zwei DDR-Grenzsoldaten zu Tode gekommen – erschossen von flüchtigen Kameraden. Aber erst, als Ende Mai ein DDR-Soldat durch einen Schusswechsel mit der West-Berliner Polizei starb, entwickelte die SED ein Propaganda-Muster der Helden-Stilisierung, auf das fortan zurückgegriffen werden sollte. Peter Göring war durch einen Querschläger tödlich getroffen worden, als die West-Berliner Polizei einem 14-Jährigen, der den Spandauer Schifffahrtskanal durchschwamm und dabei von DDR-Grenzern beschossen wurde, mit Feuerschutz das Leben rettete. Göring wurde in der DDR jedoch als Opfer eines „Mordüberfalls“ dargestellt, Volkszorn wurde beschworen und zu Gewalt aufgerufen in einem Stil, der an den Untergrundkampf gegen Nazis erinnerte („Macht Schluß mit den Mördern!“).⁵⁶ Am Tag von Görings Beisetzung „unter starker Anteilnahme der Bevölkerung“ wurde eine Schweigeminute für den „meuchlings ermordeten Unteroffizier“ und „toten Helden“ im DDR-Rundfunk angeordnet.⁵⁷ Dass Göring allein knapp 50 Schüsse auf ein flüchtiges Kind im Wasser abgegeben hatte, fand selbstverständlich keine Erwähnung. Fortan wurde an diese Rhetorik und Heldentod-Rituale stereotyp angeknüpft, ungeachtet der spezifischen Umstände, unter denen DDR-Grenzer zu Tode kamen. Das Gedenken wurde dabei immer auch erzieherisch auf die DDR-Bevölkerung gewendet. Nicht nur Schulen, sondern auch „Produktions-

⁵⁵ So für Ernst Mundt, Hertle/Nooke, Die Todesopfer, S. 111.

⁵⁶ ND, 25.5.1962, S. 1f.

⁵⁷ ND, 27.5.1962, S. 1.

aufgebote“ wurden nach den toten DDR-Grenzern benannt; und für Huhn wurde bereits 1962 eine erste Gedenkstätte eingerichtet.⁵⁸

Einen großen Raum nahmen in der SED-Propaganda Berichte über Rückkehrer ein. Sie dienten der Inszenierung einer sozialistischen Menschenfamilie, insbesondere wenn es um junge Menschen ging, die sich gegen ihre flüchtige Herkunftsfamilie und für die DDR entschieden hatten – nach dem Motto: „Ein Kind unserer Republik hat viele Eltern und Geschwister.“ So porträtierte das Zentralorgan der SED auf mehreren Seiten eine Sechzehnjährige, deren Eltern als verlogene, kleinkriminelle DDR-Bürger dargestellt wurden, die nach ihrer Flucht ihre Tochter eingesperrt oder ständig bewacht hätten, um deren Rückkehr in die DDR zu verhindern. Die Sechzehnjährige dagegen hätte, abgestoßen von der westlichen Welt, in der für Mädchen nur „Mode, Kosmetik und Jungen“ zählten, „dem anderen deutschen Staat, der ihr fremd war, kalt und feindlich, weil sie die Wärme des Sozialismus kannte“, und den Eltern den Rücken gekehrt, um heimlich in die DDR zurückzukehren – „endlich wieder zu Hause, endlich wieder frei!“⁵⁹ Tatsächlich ging die Zahl der Rückkehrer und Umsiedler aus der Bundesrepublik in die DDR nach dem Mauerbau deutlich zurück. Der Zahl von 40.000 Menschen, die 1960 in West-Ost-Richtung übersiedelten, stand 1962 die Zahl 14.000 gegenüber. Unter den vielfältigen Motiven der West-Ost-Migranten fand sich besonders häufig die Kombination von „finanzielle[n] Probleme[n], verbunden mit fehlenden beruflichen Perspektiven, und Mangel an Unterstützung durch nahe Bezugspersonen ...“⁶⁰ – also Anlässe, die bei entsprechend selektiver Präsentation das Negativ-Bild der Bundesrepublik in der SED-Propaganda zumindest partiell zu bestätigen schienen. Dabei verschwiegen die SED-Propagandisten allerdings, dass insbesondere DDR-Rückkehrer wiederum gehäuft unter den West-Flüchtlingen der frühen sechziger Jahre waren; so auch die 1962 bei ihrem Fluchtversuch ertrunkenen Erna Kelm und Philipp Held und der im gleichen Jahr erschossene Anton Walzer. Der Fall einer 17-Jährigen, die ihre erneute Flucht knapp überlebte, beleuchtet die Grausamkeit und die Absurdität des Grenzregimes exemplarisch. Auf

⁵⁸ Zuerst in seinem Heimatort Adorf im Vogtland (ND, 12.11.1962), 1972 am Ort seines Todes in Berlin als zentrale Gedenkstätte.

⁵⁹ ND, 17.2.1962, Beilage, S. 1, 3.

⁶⁰ Cornelia Röhlke, Entscheidung für den Osten. Die West-Ost-Migration, in: Effner/Heidemeier, Flucht, S. 97-113.

eigene Faust aus der DDR geflohen, war sie in einem Heim der Heilsarmee in Schöneberg gelandet. Dort herrschten Zustände, die offenbar selbst die DDR erträglicher erscheinen ließen. Gemeinsam mit einer Gleichaltrigen, die sich in derselben Situation befand, beschloss sie, in die DDR zurückzukehren. Die beiden Jugendlichen sprechen Grenzposten im Raum Teltow an, die ihnen auch prompt beim „Überwinden der Grenzanlagen“ in die DDR helfen. Anschließend sollen die Jugendlichen auf der Stelle verhaftet werden. Offenbar jetzt erst ahnend, welche Repressionen ihnen mit der Rückkehr drohen, versuchen die Mädchen, sich loszureißen; einem gelingt es, einen Soldaten in die Hand zu beißen und wieder zur Grenze zu laufen. Der Soldat befiehlt dem Posten, die Verfolgung aufzunehmen. Auf zwei Warnschüsse folgt „ein gezielter Feuerstoß“ aus der MPi. Das Mädchen wird getroffen, kann aber noch unter den Sicherungsanlagen hindurchkriechen und bleibt auf Westseite liegen. Eine Rückführung der Verwundeten auf DDR-Territorium, so vermerkt der Bericht, unterbleibt, weil sich bereits mit Blaulicht die West-Berliner Feuerwehr nähert.⁶¹

Wo es tatsächlich um Flucht vor politischer Justiz der Bundesrepublik ging, kannte der propagandistische Überschwang keine Grenzen. Unter dem Titel „Dramatische Flucht ins Vaterland aller guten Deutschen“⁶² berichtete die SED-Presse über Josef Angenfort, der 1953 als westdeutscher FDJ-Vorsitzender und KPD-Abgeordneter zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, aber 1957 begnadigt worden war, 1962 erneut verhaftet werden sollte und sich in die DDR abgesetzt hatte. Dabei vergaß die Propaganda nicht, eine Art gesamtdeutsche Einheitsfront zu beschwören: „Viele Westdeutsche ... versteckten den Patrioten vor den Häschern ... Um ihn hatten Millionen Herzen gebangt.“

Zugleich ging die SED mit dem Abwanderungswillen ihrer Bevölkerung pragmatisch um, wenn wirtschaftliche Zwänge dies erforderten: Da die Bevölkerung der DDR durch die überwiegend jugendliche bzw. junge Erwachsene ergreifende Fluchtbewegung überaltert war, beschloss das Politbüro am 17.6.1962, dass Rentner in die Bundesrepublik übersiedeln – gleichwohl noch nicht zu Besuchsreisen fahren - dürften.

⁶¹ MfS, ZAIG, Einzelinformation vom 2.6.62 über die Anwendung der Schusswaffe durch Angehörige der 2. Grenzbrigade zur Verhinderung eines Grenzdurchbruchs im Raum Teltow am 1.6.62, Bl. 26ff. ⁶² ND, 19.4.1962, S. 1ff.

⁶² ND, 19.4.1962, S. 1ff.

Politisch-ideologische Desorientierung: Die Justiz zwischen Mauer-Terror und Rechtspflegeerlass

Die Monate nach dem Mauerbau stellten einen Höhepunkt in der Ausübung von Repression, insbesondere von justizieller Verfolgung durch das SED-Regime dar. Aufgrund des harten Vorgehens selbst gegen auch nur halböffentlich geäußerte Kritik gingen die Verurteilungszahlen dramatisch in die Höhe.⁶³ Auch Verfahren, deren Gegenstand keinen Bezug zu den Ereignissen vom 13. August 1961 hatten, führten nach diesem Datum zu deutlich härteren Strafen. Hinzu kam mit der „Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung“ vom 25.8.1961 ein für die DDR neues Repressionsinstrument, das zugleich Erziehungsmittel sein sollte: die Einweisung in Arbeitserziehungslager, die „auch ohne Verletzung eines bestimmten Strafgesetzes ...“ angeordnet werden konnte, „... wenn [...] die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist“.⁶⁴ Trotz der dramatisch gestiegenen Verhaftungszahlen resümierte das MfS Anfang 1962: „Ein Teil unserer Richter und Staatsanwälte erkannte das Neue in der politischen Situation nicht, unterschätzte die Staatsgefährlichkeit der auftretenden Staatsverbrechen und ging nicht mit der notwendigen Konsequenz gegen Feinde unseres sozialistischen Staates vor.“⁶⁵ Das MfS deutete die Situation als Ausdruck „politisch-ideologischer Zersetzung“ unter den Justizmitarbeitern. So hießen offenbar nicht alle Richter die Kriminalisierung von Flucht und Verweigerung gut: „Einige Richter am Kreisgericht Prenzlau/Neubrandenburg sahen z.B. die Ursachen von R.-fluchten in einigen Versorgungsschwierigkeiten in der DDR, durch die – nach Meinung der betreffenden Richter – DDR-Bürger zur Republikflucht veranlaßt werden müssen“.⁶⁶ Andere Richter waren der Meinung, dass in Fällen, „die in Zusammenhang mit LPG-Austritten stehen [...], die rechtlichen Grundlagen für Gegenmaßnahmen unzulänglich seien“.⁶⁷ Das MfS stellte dabei fest, dass im

⁶³ Den 1.521 Aburteilungen wegen Staatsverbrechen im ersten Halbjahr 1962 standen 7.200 Fälle im zweiten Halbjahr gegenüber, s. Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1997, S. 248.

⁶⁴ Werkentin, ebd., S. 245.

⁶⁵ MfS, ZAIG 535, Bericht über einige Mängel und Schwächen in der Arbeit der Justizorgane, Bl. 4; siehe zur Interpretation des Dokuments auch Werkentin, Politische Strafjustiz, S. 251ff.

⁶⁶ MfS, ZAIG 535, Bl. 7.

⁶⁷ Ebd.

Justizapparat selbst solche Verhaltensweisen praktiziert wurden, die verfolgt werden sollten, so würden „in einigen Dienststellen Hinweise auf kommende Programme [des Westfernsehens] ausgetauscht“. Es haperte offenbar an tiefgreifender Loyalität unter den SED-Juristen. Über die Rechtsanwälte wurde beispielsweise notiert: „... daß der Eintritt [...] in die SED mehrfach aus karrieristischen Gründen heraus erfolgte. Das kommt auch ... in der Ablehnung des Tragens von Parteiabzeichen zum Ausdruck, oftmals unter dem Vorwand, andernfalls ‚Klienten‘ zu verjagen.“⁶⁸ Die Steuerung der Justiz funktionierte auch in der Phase der verstärkten Repressionen nach dem Mauerbau offenbar nicht reibungslos, denn „selbst die Leitungen der einzelnen Justizeinrichtungen arbeiten nur ungenügend zusammen, so daß oftmals [...] das gemeinsame Vorgehen von Gericht und Staatsanwaltschaft ... im negativen Sinne beeinträchtigt wird. Dabei zeigen sich besonders zwei Extreme: - Eine Anzahl Staatsanwälte übertreten ihre Befugnisse, indem sie die Richter zu bevormunden versuchen; - Eine Reihe Richter lehnen Absprachen und Vereinbarungen mit der Staatsanwaltschaft mit der Argumentation ab, daß das Gericht neutral und unabhängig ist.“⁶⁹ Die Kritik des MfS an den zwei „Extremen“ verwies auf ein strukturelles Problem, das von den Autoren selbstverständlich nicht adressiert wurde: Die Balance zwischen dem Anschein justizieller Eigenständigkeit und der Durchsetzung maximaler Kontrolle musste immer wieder neu justiert werden. Im Frühjahr 1962 brachte das SED-Politbüro eine solche Neu-Justierung auf den Weg. Es gab neue Richtlinien zur „Durchsetzung des Staatsratsbeschlusses [vom Januar des Jahres] über die weitere Entwicklung der sozialistischen Rechtspflege“ aus, die auf eine „strafpolitische Wende“⁷⁰ hinausliefen. Während noch im Februar das MfS beklagt hatte, „die bürgerliche These von der ‚absoluten‘ Neutralität und politischen Unabhängigkeit der Justiz [sei] noch nicht restlos überwunden“,⁷¹ diktierte das Politbüro nun: „Ein wichtiges Prinzip der sozialistischen Gerichte ist das Prinzip der Unabhängigkeit der Richter und das Prinzip ihrer alleinigen Unterordnung unter die Gesetze.“⁷² In der Folge wurden ab Juni 1962 knapp 16.000 Häftlinge vorzeitig freigelassen.

⁶⁸ Ebd., Bl. 13.

⁶⁹ Ebd., Bl. 5f.

⁷⁰ Werkentin, Politische Justiz, S. 253.

⁷¹ MfS, ZAIG 535.

⁷² Zitiert nach Werkentin, Politische Justiz, S. 253.

Höhepunkt der „innenpolitischen Entspannung“⁷³ sollte schließlich im justiziellen Bereich der Rechtspflege-Erlass vom April 1963 werden. Der augenfällige Bruch wurde ideologisch überspielt, indem die Liberalisierung als Ausdruck einer erst durch den Mauerbau möglich gewordenen Chance zu Auseinandersetzung und Erziehung statt Abstrafung deklariert wurde.

Gerne Gesamtdeutsch: Die DDR im internationalen Sport

Auch im Leistungssport ging es 1962 vor allem um das Thema Anerkennung der DDR, aber noch war vom „Sportwunder DDR“ wenig zu ahnen. Letzteres kündigte sich erst mit dem ersten Olympia-Start einer eigenen DDR-Mannschaft in Mexiko 1968 und dem „Leistungssportbeschluss“ von 1969 an.⁷⁴ Anfang der sechziger Jahre ging es um die basale Akzeptanz der DDR auf dem internationalen Parkett, ausgetragen anhand der Frage nach den für NATO-Staaten blockierten Einreisegenehmigungen für DDR-Sportlerinnen und -Sportler, und um die nationale Identität, ausgetragen anhand der Frage nach der Bildung gesamtdeutscher Mannschaften. In diesen Zusammenhängen konnte sich die DDR einerseits als Opfer und andererseits als Vorkämpfer für zwischenstaatliche Verständigung und gesamtdeutsche Einigkeit präsentieren.

Wenn es um die Verweigerung der Einreise von DDR-Sportlern zu Wettkämpfen in NATO-Staaten ging, beobachtete das MfS genau, an welchen Stellen die westliche Front möglicherweise bröckelte. So wurde registriert, dass die Entscheidung über die Teilnahme der DDR an den alpinen Skiweltmeisterschaften von der französischen Regierung an den ständigen NATO-Ausschuss delegiert worden war und dort nicht einmütig getroffen wurde – Dänemark und Norwegen hatten sich gegen das Einreiseverbot für DDR-Sportler ausgesprochen.⁷⁵ Bei diesem blieb es jedoch vorerst,

⁷³ Werkentin, Politische Justiz, S. 254.

⁷⁴ Siehe einführend: Jutta Braun, „Jedermann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport“. Triumph und Trugbild des DDR-Sports, in: Thomas Großbölting (Hg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009; sowie Uta Andrea Balbier, Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972, München 2007.

⁷⁵ MfS, ZAIG 545, Einzel-Information über weitere DDR-feindliche Pläne Bonns auf dem Gebiet des Sportverkehrs, Bl. 2.

auch zur Eishockey-WM in die USA durften DDR-Sportler nicht einreisen. Vor diesem Hintergrund trug die SED-Presse stolz und wortreich Wertschätzung für westliche Sportler als Ausdruck praktizierter friedlicher Koexistenz zur Schau: Die Leistungen kanadischer und westdeutscher Eiskunstläuferpaare bei den Weltmeisterschaften im März des Jahres in Prag wurden überschwänglich und deutlich vor denen sowjetischer Läufer gepriesen. Auch als es um die Vorbereitung der deutschen Olympia-Teilnahme 1964 ging, konnte die DDR sich als Akteur der Verständigung präsentieren: Den Beschluss des Internationalen Olympischen Komitees vom März 1962, dass nur eine gemeinsame deutsche Mannschaft antreten könnte, begrüßte sie prompt und emphatisch.⁷⁶

Als im September 1962 eine gesamtdeutsche Mannschaft bei den Leichtathletik-Europameisterschaften in Belgrad starten sollte, drohte sie an der Frage, wo die Qualifikationwettkämpfe stattfinden würden, zu scheitern. Schließlich fanden die deutsch-deutschen Qualifikationwettkämpfe in Prag statt. Die SED-Propaganda frohlockte, dass mit der Bildung einer gemeinsamen Mannschaft der Düsseldorfer Beschluss vom 16.8.1961,⁷⁷ mit dem der Deutsche Sportbund den Austausch von Spitzensportlern angesichts der für die Bevölkerung geschlossenen Grenzen unterbunden hatte, relativiert worden war und erzeugte den Eindruck, die Position der Bundesrepublik sei isoliert: „Zürich entschied gegen Bonn. Weg der gemeinsamen deutschen Leichtathletikmannschaft nach Belgrad geebnet.“⁷⁸ Die DDR erhielt tatsächlich Unterstützung von internationalen Sportverbänden. So sagte der Internationale Kanu-Verband 1962 die Weltmeisterschaft in Essen ab mit der Begründung, dass nicht alle Mitgliedsverbände teilnehmen könnten.⁷⁹ Allerdings verweigerte das Internationale Olympische Komitee der DDR die Anerkennung, ohne jedoch DDR-Sportler ausschließen zu wollen. So forderte es im Mai 1962 die Nationalen Olympischen Komitees beider Staaten auf, Verhandlungen über die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft für Olympia 1964 aufzunehmen.

⁷⁶ ND, 19.3.1992, S. 3.

⁷⁷ Siehe Uta Balbier, *Kalter Krieg auf der Aschenbahn*, S. 121.

⁷⁸ ND, 14.4.1962, S. 8.

⁷⁹ ND, 21.4.1962, S. 6.

„Wer seine Frau schlägt, schlägt die Genossenschaft“ – Aufbruchs-Rhetorik in der Geschlechterpolitik

Ihren ideologischen Wurzeln – namentlich der Bezugnahme auf Engels und Bebel – entsprechend, stand die Gleichberechtigung der Frau von Anfang an auf der politischen Agenda der SED. Da der Kern dieses Emanzipations-Konzepts in der Teilnahme der Frauen am Produktionsprozess bestand, ergänzten das ökonomisch Notwendige und das ideologisch Postulierte in diesem Bereich einander ideal, ohne dass dabei „prinzipielle Veränderungen der patriarchalen Geschlechterverhältnisse ... vorgesehen [waren]“.⁸⁰ Gleichwohl konnte insbesondere in den sechziger Jahren ein „rasanter sozialer Wandel“⁸¹ in den Geschlechterbeziehungen beobachtet werden. Anfang des Jahrzehnts stellte der Mauerbau noch einen Höhepunkt der Inszenierung des traditionellen Geschlechter-Bilds der SED dar: Frauen brachten den Grenzposten Blumen und Erfrischungsgetränke, hoben Kinder auf Panzer und dankten den wehrhaften Männern für den Schutz der großen sozialistischen Familie.⁸² Ende 1961 dagegen veröffentlichte die SED mit dem Kommuniké „Die Frauen, der Frieden und der Sozialismus“ ein „Schlüsseldokument“,⁸³ das eine – zwar staatlich zensierte und gesteuerte, jedoch für DDR-Verhältnisse ungewohnt offene und kritische – Diskussion einleitete, bei der gerade auch der Fortbestand traditioneller Geschlechterbilder beklagt wurde. Unter der Überschrift: „Den Werkleiter möchte ich sprechen, nicht eine Frau“, wurde beispielsweise geschildert, dass Frauen – anders als Männer – in de facto ausgeübten Leitungspositionen nicht bestätigt und entsprechend entlohnt würden, bevor sie sich nicht in besonderer Weise bewährt hätten. Den Anbruch einer neuen Zeit ankündigend, endete die Klage mit den Worten: „Aber – was wir erleben mußten, geschah ja im alten Jahr. Heute schreiben wir

⁸⁰ Marina Beyer, Anspruch und Realität der Emanzipation in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Bd. V, Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern, S. 220-247, Zitat S. 222.

⁸¹ Stefan Wolle, Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961-1971, Berlin 2011, S. 223.

⁸² Elena Demke, Mauerfotos in der DDR. Inszenierungen, Tabus, Kontexte, in: Karin Hartewig/Alf Lüdtke (Hg.), Die DDR im Bild. Zum Gebrauch der Fotografie im anderen deutschen Staat, Göttingen 2004, S. 89-106.

⁸³ Mary Fulbrook, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2008, S. 171.

1962.⁸⁴ Fortan wurden fast täglich Berichte aus Betrieben veröffentlicht. Der Parteisekretär eines Betriebes, in dem die Hälfte der Beschäftigten Frauen waren, stellte fest: „Aber keine Frau findet man in leitender Funktion. Da wägt man ab und läßt dort, wo man Männer mit durchschnittlichen Leistungen einsetzen würde, bei Frauen nur äußerst hervorragende Leistungen gelten.“⁸⁵ Auch die Gewerkschaft wurde deutlich kritisiert: Überwiegend weibliche Brigaden (Arbeits-Teams) würden im „sozialistischen Wettbewerb“ benachteiligt. Arbeitsaufteilung und Gewalt in den Familien wurden ebenfalls thematisiert. Allerdings sollte der geforderte Wandel von Geschlechterbeziehungen vor allem dem sozialistischen Großprojekt dienen, denn „Es ist am Einsatz der Frauen im Betrieb meist zu spüren, ob der Mann zu Hause den Pascha spielt oder ob für ihn die Hilfe im Haushalt eine Selbstverständlichkeit ist.“⁸⁶ Auch die Verurteilung häuslicher Gewalt wurde nicht mit der Würde des Individuums, sondern dem Ansehen des Kollektivs begründet: „Wer seine Frau schlägt, schlägt die Genossenschaft.“⁸⁷

Dass aber Schattenseiten des Sozialismus überhaupt jenseits des Herausstellens individueller Entgleisungen zur Sprache kamen und als gesellschaftliches Problem – der Verquickung von Vorurteilen und politischen Strukturen – diskutiert wurden, war bemerkenswert und kann als Vorläufer einer ab 1963 deutlicher greifbaren, kurzen Liberalisierungsphase der SED-Diktatur gewertet werden. „Unsere Funktionäre sprechen viel davon, daß sie gern Frauen für leitende Funktionen qualifizieren möchten, aber die Frauen es nicht wollten. Anders herum wird ein Schuh daraus ...“⁸⁸, wurde die Rolle der politischen Elite im Ausbremsen der Gleichstellung der Geschlechter angeprangert. Allerdings wurde nach der Diskussions-Offensive der ersten Jahreshälfte 1962 bald deutlich, dass Emanzipation nicht als Spielraum für individuell und mündig zu treffende Entscheidungen zu verstehen war, sobald diese in Konflikt mit den wirtschaftlichen Interessen des Staates standen. So wurde unter der Überschrift: „Nicht nur wegen des Geldes. Berufstätigkeit wird zum Bedürfnis. Aber manche

⁸⁴ ND, 1.1.1962, S. 3.

⁸⁵ ND, 3.1.1962, S. 3.

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ ND, 9.2.1962, S. 3.

⁸⁸ ND, 5.1.1962, S. 3.

sagen: mein Mann verdient genug und bleiben daheim.“⁸⁹ erklärt, dass nur die individuellen Bedürfnisse zeitgemäß seien, die sich auch mit dem volkswirtschaftlichen Bedarf an einer weiteren Erhöhung der Frauenerwerbsquote deckten.⁹⁰

Tatsächlich konnte sie zwischen 1960 und 1970 von 66 auf 82 % erhöht werden.⁹¹ Um dies zu erreichen, standen die berufliche Qualifikation von Frauen und der Ausbau der staatlichen Kinderbetreuung immer wieder im Fokus der SED-Politik, 1962 etwa mit der Frauenkonferenz des ZK der SED im Januar und dem im April folgenden Ministerratsbeschluss über die Frauenförderung. In der Praxis blieben die Wirkungen der Geschlechterpolitik jedoch nicht immer im Rahmen der Zielsetzungen der SED. So ist die prominente Beteiligung von Frauen an Arbeitsniederlegungen auf Grund von Lohnkürzungen ein Indiz von einem im Kontext der propagandistischen „Frauenoffensive“ des Frühjahrs 1962 gestiegenen Selbstbewusstsein.⁹² Aber auch höchst individuell wussten Frauen die sozialpolitischen Maßnahmen in systemwidrigem Sinne zu nutzen: So nahm eine SED-Parteisekretärin „zur besseren Abdeckung ihres Vorhabens für den 3.2. ihren Haushaltstag“⁹³ – und floh an diesem Tag gemeinsam mit ihrem Chef vorerst unbemerkt in die Bundesrepublik.

⁸⁹ ND, 3.8.1962, S. 5.

⁹⁰ André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, Berlin 2007, S. 145.

⁹¹ Ebd., S. 144.

⁹² MfS, ZAIG 557, Einzelinformation vom 17.3.1962 über eine Arbeitsniederlegung im Niederschloftofenwerk Calbe/S., Krs. Schönebeck sowie Einzelinformation vom 21.3.62 über die Arbeitsniederlegung in der Cos-Montage des VEB Luwal/Luckenwalde/Potsdam.

⁹³ MfS, ZAIG 546, Einzelinformation vom 7.2.62 über die Republikflucht des Instruktors für gesamtdeutsche Arbeit beim VdGB-Bezirksvorstand Gera.

Verzweiflung bei den Planern und Frust an der Basis: Die anhaltende Wirtschaftskrise

Der Mauerbau hatte die Wirtschaftskrise von 1960/1961 noch verschärft.⁹⁴ Zu den zwei Milliarden Mark für seine praktische Umsetzung kamen in seiner Folge hohe Investitionskosten und Verluste von Exporterlösen wegen der verstärkten Anstrengungen zur „Störfreimachung“, also des Versuchs, wirtschaftlich von NATO-Staaten unabhängig zu werden. Dabei kam es zu Teufelskreisen: Hatte der Mauerbau bereits „Hamsterkäufe“ bei Grundnahrungsmitteln befördert, wurden diese angesichts der angekündigten „Störfreimachung“ auf importabhängige Genussmittel ausgeweitet, sodass das Warenangebot immer weiter hinter der Nachfrage zurückblieb.⁹⁵ Schließlich fielen positive wirtschaftliche Effekte der Abriegelung – etwa die Stabilisierung der verfügbaren Zahl an Arbeitskräften durch Fluchteindämmung – geringer aus als erhofft.

Die Wirtschaftskonferenz des ZK der SED Mitte Oktober 1961 hatte auf Verbesserung des Planungssystems orientiert, aber Hinweise auf drastische Probleme häuften sich bereits zu Jahresbeginn 1962. Dass die strukturellen Ursachen nicht angegangen, sondern eher noch verschärft wurden, zeigte beispielsweise die „Forderung des 14. Plenums [im November 1961] nach stärkerer Rechenschaftslegung“⁹⁶. So stellte das MfS bei einer Auswertung der Situation in der Baumwollindustrie fest: Das aufgrund dieser Forderung „aufgeblähte Berichtswesen stößt bei Betrieben auf Unverständnis und Ablehnung ...“. Man war sich auch bewusst darüber, dass es „gar nicht möglich [war], alle anfallenden Berichte auszuwerten ...“ und dass „diese Form der Anleitung und Kontrolle ... teilweise desorganisierende Auswirkungen [hatte]“. Betriebsfunktionäre kritisierten, dass zentrale „Weisungen ... ohne nennenswerte Berücksichtigung der konkreten betrieblichen Bedingungen ... [durchgesetzt werden sollten]“ und erklärten dies mit „fehlende[r] Eigeninitiative oder Verantwortungsfreudig-

⁹⁴ Steiner, Von Plan zu Plan, S. 141ff.

⁹⁵ Patrice Poutrus, Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR, Köln u.a. 2002, S. 60.

⁹⁶ Dieses und die folgenden Zitate: MfS, ZAIG 563, Bericht vom 27.3.62 über Mängel in der politisch-organisatorischen Führungstätigkeit der VVB Baumwolle bei der Durchsetzung des wiss.-techn. Fortschritts in den Baumwollspinnereien der DDR, Bl. 1ff.

keit“ der übergeordneten Funktionäre. Exemplarisch und in klaren Worten umreißt dieser Bericht damit das Problemfeld, dem ab 1963 mit dem Reformprogramm des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung begegnet werden sollte.

Die fortdauernden Mängel in der Lebensmittelversorgung und die dementsprechende Unzufriedenheit der Bevölkerung trugen im Verlaufe des Jahres 1962 das Ihre dazu bei, die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen zu verdeutlichen. Es fehlte an Milch, Butter, Fleisch, Kartoffeln. Im Februar 1962 konnten in einigen Bezirken selbst Kinder und Kranke nicht mehr ausreichend mit Vollmilch versorgt werden.⁹⁷ Gleichzeitig kündigte sich die Fortdauer der Engpässe an; es fehlte an Saat- und Pflanzgut und an planerischem Gestaltungswillen, den Problemen zu begegnen. Wo sich Initiative regte, wurde diese ausgebremst: „Nach unseren Feststellungen besteht gegenwärtig bei den örtlichen und zentralen staatlichen Organen noch kein konkreter und realer Überblick, wie diese Schwierigkeiten ... überwunden werden sollen.“⁹⁸, notierte das MfS; ursächlich sei die „Orientierung an Staatsplänen“. Funktionären, die flexible Vorschläge unterbreiteten, würde „vorgeworfen, daß ihre Hinweise opportunistisch seien und auf die Nichterfüllung des Staatsplanes orientierten“⁹⁹. Die Verzweiflung der lokalen Funktionäre angesichts des fehlenden Saat- und Pflanzguts ging so weit, dass sie sogar „in zahlreichen Fällen ... erwogen, in Haushalten der Bevölkerung noch pflanzfähige Kartoffeln zu sammeln ...“¹⁰⁰

Verschärfend kam eine in wirtschaftlichen Fragen „grundlegende Kehrtwende der sowjetischen Politik im Verlaufe des Jahres 1962“¹⁰¹ gegenüber der DDR hinzu. Ulbricht stieß bei Chruschtschow mit Bitten um großzügigere wirtschaftliche Unterstützung im Interesse einer Störfreimachung gegenüber dem Westen zunehmend auf taube Ohren. Auch das Argument, die DDR müsse als Schaufenster des Sozialismus besonders gefördert werden, führte nicht zum gewünschten Erfolg, vielmehr bemerk-

⁹⁷ Poutrus, Goldbroiler, S. 62f.

⁹⁸ MfS, ZAIG 549, Bericht vom 13.2.1962 über Mängel und Schwächen bei der Bereitstellung von Saat- und Pflanzgut für die Frühjahrsbestellung 1962, Bl. 1.

⁹⁹ Ebd. S. 6.

¹⁰⁰ Ebd., S. 9.

¹⁰¹ Wentker, Außenpolitik, S. 216.

te der sowjetische Staatschef: „Wenn die deutschen Genossen meinen, ein Schaufenster des Sozialismus zu sein, mögen sie es auch bitte mit eigener Kraft zu füllen versuchen ...“¹⁰²

Das vermochte die DDR-Wirtschaft jedoch nicht. Man versuchte, den Mangel strategisch zu verteilen: Gemäß dem Versorgungsplan für 1962 sollte Berlin bevorzugt behandelt werden, Bezirke mit „Zentren der Arbeiterklasse“ standen an zweiter und überwiegend ländliche Bezirke an letzter Stelle.¹⁰³ Die Versorgung der Bevölkerung selbst mit Grundnahrungsmitteln blieb das Jahr über prekär, Fleisch und Butter wurden de facto wieder rationiert, der Fleischanteil in der Wurst per zentralem Beschluss gesenkt. Schließlich musste die SED – entgegen dem Ziel der „Störfreimachung“ – auf zusätzliche West-Importe zurückgreifen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung, die sich schlechter versorgt als im Vorjahr sah, wuchs. Gerüchte zeugten vom Versuch, den Gegensatz zwischen Propaganda und Realität zu erklären, so munkelte man, Fleisch wäre vielleicht vorhanden, aber würde zurückgehalten, um nach Übernahme West-Berlins die dortige Bevölkerung versorgen zu können.¹⁰⁴ Propaganda-Veranstaltungen wurden zur Peinlichkeit. So mussten auf der 10. Landwirtschaftsausstellung der DDR „eine Reihe von Themen neu gestaltet bzw. nachträglich geändert werden, wie die Ausstellung ‚Milch, Milch, Milch‘, da sie das Problem der Aufholung von Planrückständen nicht genügend berücksichtigte“¹⁰⁵. Man befolgte auch den Hinweis eines sowjetischen Delegationsleiters, „daß es zweckmäßig wäre, den Wirtschaftshof der Landwirtschaftsausstellung zu schließen, da er nicht ausstellungswürdig sei. Anlaß dazu war der schlechte Zustand der Tiere im Schweinestall.“¹⁰⁶

Unter dem Eindruck der fortdauernden Schwierigkeiten war die SED-Spitze bereit, über Wirtschaftsreformen nachzudenken bzw. nachdenken zu lassen. Am 25.6.1962 hatte mit Erich Apel die bald darauf zentrale Figur für die Einführung des „Neuen Ökonomischen Systems der Planung

¹⁰² Ebd.

¹⁰³ Poutrus, Goldbroiler, S. 61.

¹⁰⁴ Ebd., S. 65.

¹⁰⁵ MfS, ZAIG 637, Einzelinformation vom 2.8.62 über Mängel, Schwächen und kritische Hinweise während der 10. Landwirtschaftsausstellung der DDR in Leipzig-Möckern, Bl. 2.

¹⁰⁶ Ebd.

und Leitung“ im Ministerrat die Verantwortung für Forschung und Entwicklung, Industriebau und Verkehrswesen übernommen, im Januar 1963 wurde er Chef der Staatlichen Plankommission. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Politbüro bereits mit der Konzeption der Industriepreisreform die Vorbereitung des Kernstücks der Wirtschaftsreform auf den Weg gebracht. Für das spätere Scheitern der Reformen steht der Suizid Erich Apels im Dezember 1965 symbolisch. Dies war aber nicht der erste Selbstmord eines verzweifelten Funktionärs der Staatlichen Plankommission. So erschoss sich im Oktober 1962 der stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission für Leicht- und Lebensmittelindustrie, Versorgung und Landwirtschaft, Fritz Müller, im Ministerratsgebäude, wie später Apel, mit seiner Dienstwaffe.¹⁰⁷ Während bei Apels Suizid der Zusammenhang mit „zunehmender Isolierung ... innerhalb der Partei“ rekonstruierbar ist,¹⁰⁸ erlaubt im Falle Müllers die Quellenlage weniger Aussagen über den Einfluss seiner Erfahrungen mit der Polit-Bürokratie auf den Entschluss. Es mag deshalb eine Über-Interpretation einer individuellen Verzweiflungstat sein, wenn man in dem Ereignis ein schlechtes Omen für die sich im Jahr 1962 anbahnende Reformphase sieht. Gewiss ist jedoch, dass Reformen, deren Notwendigkeit nur im Geheimen diskutiert werden konnte, von vornherein den Stempel der Halbherzigkeit trugen. So verfügte die SED-Führung noch zu Jahresbeginn 1963 – als parteiintern die wirtschaftlichen Reformen bereits auf der Tagesordnung standen – die Absetzung des wenige Monate zuvor uraufgeführten Theaterstücks „Die Sorgen und die Macht“ des 1955 aus der Bundesrepublik in die DDR übersiedelten Peter Hacks mit der Begründung, es stelle die Verhältnisse in der DDR verzerrt dar. In dem Stück ging es – durchaus realitätsnah – um die Arbeitenden in einer Brikett- und Glasfabrik, die wegen mangelhafter Kohle ihr Plansoll nicht erfüllen können.

¹⁰⁷ MfS, ZAIG 677, Über den Selbstmord des Stellvertreters des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Fritz Müller.

¹⁰⁸ Udo Grashoff, „In einem Anfall von Depression ...“ Selbsttötungen in der DDR, Berlin 2006, S. 113.

Klaus Bästlein

1972 – Wohlstand gegen Wohlverhalten, Grundlagenvertrag und mehr Staatssicherheit

Das Jahr 1972 begann in der DDR so wie jedes Jahr, seit das Fernsehen zum Massenmedium geworden war – nämlich mit der Neujahrsansprache Walter Ulbrichts. Unter seinem Konterfei wurde die Rede am Neujahrstag auch auf der Titelseite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ wiedergegeben. Doch nur wenige werden den Text gelesen haben – die Phrasen bei solchen Gelegenheiten waren schon zu abgedroschen. Allerdings gab es deutliche Abweichungen von früheren Reden Ulbrichts. Selbst die Neujahrsansprache dokumentierte damit Veränderungen in der DDR.

Hier wird über das Jahr 1972 in der DDR berichtet. Das gilt für den Wechsel von Ulbricht zu Erich Honecker und die Mini-Liberalisierungen der Folgezeit. Behandelt werden die wirtschaftliche Entwicklung und der bescheidene Wohlstand im Lande. Es geht um die innerdeutschen Beziehungen mit dem Grundlagenvertrag und die internationale Anerkennung der DDR. Dann werden die These von den „glücklichen Jahren der DDR“ und Honeckers Angebot von Wohlstand gegen Wohlverhalten diskutiert. Dazu gehörte auch mehr Staatssicherheit. Deren Strategie wandelte sich: Regimegegner sollten nicht mehr vor Gericht gestellt, sondern von der Stasi vorab „zersetzt“ werden.

Zudem werden deutsch-deutsche Wechselwirkungen behandelt. Das gilt für die von der Staatssicherheit vereitelte Abwahl Willy Brandts als Kanzler. Es gilt aber auch für die Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch, mit der die DDR die Bundesrepublik überholte. Die deutsche Vergangenheit war durch die NS-Prozesse in Ost und West präsent. Böll erhielt den Literatur-Nobelpreis. 1972 erging aber auch der „Radikalenerlass“, der im Westen eine ganze Generation unter Verdacht setzte und für die DDR ein willkommenes Stück Propaganda wurde. Das geteilte Berlin geriet unterdessen immer weiter ins Abseits der internationalen Entwicklungen.

1. Von Ulbricht zu Honecker und die Mini-Liberalisierungen

Ulbrichts wenig beachtete Neujahrsansprache 1972 stand in einem merkwürdigen Kontrast zu seinen früheren Reden. Denn in den 1960er Jahren hatte der Erste Sekretär der SED noch Opfer für den Aufbau des Sozialismus gefordert, während er nun der neuen Parole „alles für das Wohl des Volkes“ folgte. War Ulbricht früher gern als Oberlehrer des sozialistischen Lagers aufgetreten, so zitierte er jetzt pflichtschuldig den sowjetischen Generalsekretär. Und hatte „der Spitzbart“ – wie er allgemein genannt wurde – vor 1972 eher die Konfrontation gesucht, so sprach er nun von „friedlicher Koexistenz“ in Europa und lobte die deutsch-deutschen Verträge.¹

Tatsächlich hatte Ulbricht die Rede wohl nicht selber verfasst. Denn er war Mitte 1971 entmachtet worden. Sein Nachfolger als Erster Sekretär wurde Erich Honecker. Ulbricht blieb Staatsratsvorsitzender, nahm aber kaum noch am öffentlichen Leben teil. Seit seiner Abwahl musste er eine Reihe von Demütigungen hinnehmen. So zeigte ihn ein Foto im Morgenrock mit Hauspantoffeln, um deutlich zu machen, dass er nicht mehr handlungsfähig war. Das Politbüro-Ghetto in Wandlitz verließ er kaum noch. Bei den wenigen öffentlichen Auftritten musste er vorgefertigte Texte vortragen.

Ulbricht war zweifellos der unbeliebteste deutsche Politiker des 20. Jahrhunderts. Die geistige Beweglichkeit des Leipziger Tischlers übertraf aber die seines Nachfolgers. Ulbricht hatte die „Parteidisziplin“ der 1920er Jahre und den stalinistischen Terror in der Sowjetunion verinnerlicht. Daran beteiligte er sich auch selbst und lieferte Weggefährten aus. Auch in der DDR beseitigte er Gegner, ohne mit der Wimper zu zucken. Selbst seinen engsten Mitstreitern im Politbüro war er verhasst.² Ein Bonmot lautete: „Wer liebt Walter Ulbricht?“ Antwort: „Nicht einmal seine Frau Lotte.“ Die Angewohnheit des Sachsen mit der Fistelstimme, jedem wichtigen Satz ein „nu ...“ oder „ja ...“ anzuhängen, wirkte enervierend.

¹ Alle Zitate nach ND vom 1. Januar 1972, Titelseite.

² Zu Ulbricht siehe vor allem: Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966; Norbert Podewin, Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995.

Ulbrichts Ablösung bedurfte der Zustimmung Moskaus. Darum bemühte sich Erich Honecker. Im September 1970 kam es im Politbüro – in Abwesenheit Ulbrichts – zu heftiger Kritik. Es ging um die Wirtschaftspolitik. Verworfen wurden schlecht vorbereitete Automatisierungen in den Betrieben und Prestigeprojekte in der „Hauptstadt“ sowie den Bezirksstädten. Das betraf die innerstädtische Hochstraße in Halle, Hotel-Neubauten in Dresden und den Berliner Fernsehturm. Gefordert wurde die „Erhöhung der Produktion von Konsumgütern zur Versorgung der Bevölkerung“.³

Auch das Zentralkomitee (ZK) übte im Dezember 1970 Kritik. Im Januar 1971 schlugen 13 Mitglieder des Politbüros Breschnew die Ablösung Ulbrichts vor. Der stimmte im April zu. Am 3. Mai 1971 folgte bei der 16. Tagung des ZK der SED die Abwahl Ulbrichts. Das geschah ebenso einstimmig wie die Wahl Honeckers zum Nachfolger. Dahinter stand auch ein Richtungswechsel. Wirtschaftliche Verbesserungen und kleine Liberalisierungen waren überfällig. Ulbrichts Besserwisserei hatte den großen Bruder verärgert. Das alles war von Bedeutung, aber nicht entscheidend. Das Kernproblem lag in Ulbrichts hohem Alter von 78 Jahren und seiner Gesundheit.⁴

Nachfolger Erich Honecker war 1971 „erst“ 59 Jahre alt. Der Historiker Stefan Wolle hat ihn – treffend – als „den unauffälligen Buchhaltertyp mit der schief sitzenden Kassenbrille“ bezeichnet.⁵ Die langjährige Haft im Zuchthaus Brandenburg unter der NS-Herrschaft hatte den Dachdecker aus dem Saarland geprägt. Böse Zungen behaupteten, auch sein intellektueller Horizont habe der Zuchthaus-Bibliothek entsprochen. Nach 1945 wurde Honecker FDJ-Vorsitzender, organisierte 1961 den Mauerbau und avancierte zum Sekretär für Sicherheitsfragen, d.h., er leitete Stasi und Justiz an. Er war eitel und ein ähnlich schlechter Redner wie Ulbricht. Mit der Biermann-Ausbürgerung begann 1976 Honeckers politischer Stern zu sinken. Zu Reformen war er nicht fähig. Die DDR erstarrte immer mehr.⁶ Doch 1971/72 erschien Honecker noch als Hoffnungsträger. Zunächst gab es kleine Erleichterungen. Von Ulbrichts „sozialistischer Menschengen-

³ Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989*, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 31.

⁴ Ebd., S. 32f.

⁵ Ebd., S. 39.

⁶ Zu Honecker siehe vor allem: Norbert F. Pötzl, *Erich Honecker. Eine deutsche Biographie*, Stuttgart/München 2002.

meinschaft“ war nicht mehr die Rede. Die „10 Gebote der sozialistischen Moral“ hatten ausgedient. Frauen durften kurze Röcke und Männer lange Haare tragen – was das Spießertum allerdings so wenig wie im Westen von Pöbeleien abhielt. Auf Parteigruppen-Sitzungen der SED wurden nicht länger außereheliche Beziehungen behandelt. „Blue Jeans“, die unter Ulbricht noch für die Relegation von Schülern ausreichten, wurden nun sogar importiert. Literatur, bildende Kunst und Musik hatten größere Freiräume. Sogar West-Rock war zugelassen – bei offiziellen „Tanzvergnügen“ aber nur zu einer geringeren Quote als „sozialistische“ Produktionen.

Es gab sogar eine „Krönungsamnestie“, durch die die Gefängnisse bei der Inthronisation Honeckers geleert wurden.⁷ Am 1. Januar 1972 folgte die Einführung des visafreien Reiseverkehrs mit Polen. Diese Liberalisierungen weckten Hoffnungen auf weitere Veränderungen. Dabei waren viele Freiräume den X. Weltfestspielen der Jugend geschuldet, die 1973 in OstBerlin stattfanden. In der DDR hielten die kleinen Kompromisse Einzug. Westfernsehen war nicht mehr verboten, aber auch nicht richtig erlaubt. Der Gebrauch der D-Mark (West) als „Zweitwährung“ war weder zulässig, noch wurde er geahndet. Ausreisearträge waren bis zum Helsinki-Prozess nicht vorgesehen; ihnen wurde aber oft stattgegeben. Auf Normen und Verfahrensgrundsätze wurde mehr und mehr verzichtet. Der Alltag nahm regressiv Züge an. Die Partei- und Staatsorgane agierten wie in vormodernen Gesellschaften nach Gutdünken – also mit offener Willkür.⁸

2. Die wirtschaftliche Entwicklung: Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“

Bei alledem hatte sich in den 1960er Jahren ein bescheidener Wohlstand entwickelt. Die westdeutschen Standards wurden zwar nicht erreicht und Ulbrichts Parole vom „Überholen ohne Einzuholen“ blieb ein Wunschtraum. Aber Investitionen und Modernisierungen wirkten sich positiv aus. Der Abstand zur Bundesrepublik nahm aber zu. Der Reallohnzuwachs betrug in den 1960er Jahren in der DDR 2 % im Jahr, im Westen 5 bis 6 %. Die zentrale Kommandowirtschaft blieb der freien Marktwirtschaft

⁷ Siehe Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995.

⁸ Siehe Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 42.

mit sozialen Komponenten unterlegen. Für Grundnahrungsmittel, Kleidung und Unterkunft war gesorgt. Gaststätten wie „Goldbroiler“ und „Gastmahl des Meeres“ standen für eine auch in der DDR um sich greifende „Fresswelle“. Für Missmut sorgten Versorgungsengpässe – und die oft schlechte Qualität der Waren. Viele SED-Funktionäre und Wirtschaftslenker meinten immer noch, sie könnten „die Konsumenten so ... erziehen, dass sie ihre Bedürfnisse dem vorhandenen Angebot anpassen“⁹.

Tatsächlich wuchs die Nachfrage nach hochwertigen Konsumgütern. Nur jeweils ein Viertel der Haushalte in der DDR verfügte 1965 über eine Waschmaschine oder einen Kühlschrank; und nur zehn Prozent hatten einen PKW. Das durchschnittliche Netto-Einkommen lag zu Beginn der

Ausstattung mit Konsumgütern je 100 DDR-Haushalten 1960-80:¹⁰					
	1960	1965	1970	1975	1980
Kühlschränke	6,1	25,9	56,4	84,7	108,8
Fernsehgeräte	18,5	53,7	73,6	87,9	105,0
Waschmaschinen	6,2	27,7	53,6	73,0	84,4
PKW	3,2	8,2	15,6	26,2	38,1

1970er Jahre bei rund 500 Mark der DDR monatlich. Ein Kühlschrank oder eine Waschmaschine kosteten 1.350 Mark; ein Fernseher war sogar erst ab 2.050 Mark zu haben.¹¹ Die Statistik zeigt, dass die Versorgung der DDR-Bevölkerung mit Konsumgütern hinter der Bundesrepublik zurückblieb. Das galt vor allem in Hinblick auf Farbfernseher und PKW.

Honecker wollte durch Wohlstand zur Schaffung von mehr wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit anreizen. Wie sein Vorgänger glaubte er an die Allmacht der Politik über die Wirtschaft. 1975 formulierte Honecker die neue „Hauptaufgabe“ der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Sie sollte bis zum Ende der DDR gültig bleiben. Die neue Linie war konservativ. Hatte Ulbricht noch Strukturwandel und Innovation betrieben, so

⁹ André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 155-158, Zitat S. 156.

¹⁰ Ebd., S. 157 und 189.

¹¹ Ebd., S. 158.

waren sie fortan Nebeneffekte. Honecker betrieb eine Wirtschaftspolitik der – so der Wirtschaftshistoriker André Steiner – „kurzfristigen, einfachen und überschaubaren Lösungen“. Das kam bei den Funktionären in der DDR-Ökonomie gut an. Aber weitere Exporte und eine Steigerung des Lebensstandards überforderten die DDR-Ökonomie, worauf die Staatliche Plankommission frühzeitig hinwies.¹² Die Verschuldung im Westen wuchs.

Eine Besonderheit im sozialistischen Lager stellten die privaten und halbstaatlichen Betriebe sowie Handwerker-genossenschaften in der DDR dar. 1971 gab es noch 11.000 solcher Betriebe, die elf Prozent der industriellen Bruttoproduktion erwirtschafteten. 1972 sollten auch diese letzten „Bastionen des Kapitalismus“ fallen. Die SED legte klassenkämpferischen Elan an den Tag. Formal wurden die meisten Eigentümer bzw. Komplementäre ausbezahlt. Tatsächlich erhielten sie aber nur geringe Entschädigungen. Vielen Familienbetrieben, die die Eigentümer geführt hatten, fehlte fortan die Leitung. Sie stellten nun keine Endprodukte mehr her, sondern wurden Zulieferer. So gab es bald eine Reihe von Produkten nicht mehr. Neue Versorgungslücken taten sich auf. Honecker unterminierte seine eigenen Zielsetzungen. „Der Konsumpolitik war ein Bärendienst erwiesen worden“, so André Steiner.¹³

Ein großes Problem war die unzureichende Versorgung mit Wohnraum. Die Zahl der Neubauten blieb nach 1945 gering. 1971 hatten nur 39 % der Wohnungen in der DDR Bad oder Dusche und nur 36 % eine Innentoilette.¹⁴ So verkündete Honecker auch ein „Wohnungsbauprogramm“. Bis 1975 sollten 500.000 und bis 1990 sogar 3.000.000 Wohnungen neu gebaut oder rekonstruiert werden. An Architektur und Qualität wurden keine hohen Ansprüche gestellt. Honecker und Genossen wünschten vor allem lichte Arbeiterwohnungen, wie sie in den zwanziger Jahren als vorbildlich galten und ihre Vorstellungswelt geprägt hatten.

So entstanden einfach und billig zu errichtende „Plattenbauten“. Überall in der DDR wuchsen monotone Wohnwaben empor, die der Volksmund bald „Arbeiterschließfächer“ taufte. Heiner Müller nannte sie gar „Fick-

¹² Ebd., S. 168ff.

¹³ Ebd., S. 175ff., Zitat S. 177.

¹⁴ Pötzl, Erich Honecker, S. 98f.

zellen mit Fernheizung“.¹⁵ Alle Zimmer wurden einheitlich mit 21 bis 24 Grad beheizt. Die Raumtemperatur war nur durch das Öffnen der Fenster zu regulieren. Das bedeutete Energieverschwendung pur, die mit einem „Neuerer-Vorschlag“ zur Einsparung von modernen Heizungsthermostaten begründet wurde, deren Produktion in der DDR nicht vorankam. Es entstanden deprimierende Großsiedlungen wie Berlin-Marzahn, Halle-Neustadt oder Rostock-Lichtenhagen. Gleichzeitig verkamen die Innenstädte vollends: „Ruinen schaffen ohne Waffen!“, spottete der Volksmund.

Honecker wollte sich durch den bescheidenen Wohlstand in der DDR Loyalität zum SED-Regime erkaufen. Doch die zentralistische Planwirtschaft blieb störanfällig. Die Verschuldung im Westen wuchs. Ab 1979 musste die DDR höhere Rohstoffpreise an die Sowjetunion zahlen. Nun trat ökonomischer Stillstand bei weiterer Verschuldung ein. Die Industrie lief immer mehr auf Verschleiß, und die Infrastruktur verkam.

3. Die innerdeutschen Verträge und die internationale Anerkennung der DDR

Auf die „neue Ostpolitik“ der Regierung Brandt/Scheel reagierte die SED zunächst mit ideologischer Abgrenzung. Die alte Hassliebe der deutschen Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie trat hervor.¹⁶ Doch das Angebot zu Gesprächen ohne Vorbedingungen konnte die DDR nicht zurückweisen. So kam es zu dem Treffen von Ministerpräsident Willi Stoph mit Bundeskanzler Willy Brandt in Erfurt am 19. März 1970. Dort entglitt der Staatssicherheit die Kontrolle, als eine Menschenmenge die Absperrungen durchbrach und „Willy Brandt ans Fenster!“ rief. Bei dem Gegenbesuch von Stoph in Kassel am 21. Mai 1970 kam es zu Begleitscheinungen ganz anderer Art. Rechtsextremisten, die die Ostpolitik für „Verrat“ hielten, marschierten auf. Der braune Mob forderte auf Plakaten „Hängt Brandt und Wehner!“ und skandierte öffentlich: „Brandt an die Wand!“

Die Treffen eröffneten den Weg zu innerdeutschen Verträgen. Das bedurfte aber der Zustimmung der „großen Brüder“. Denn die Souveränität der

¹⁵ Zitiert nach ebd., S. 99.

¹⁶ Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 59ff.

beiden deutschen Staaten war beschränkt.¹⁷ Entspannung wollten aber auch die Supermächte. Die Bundesrepublik war endlich bereit, die 1945 entstandenen Realitäten anzuerkennen. Das galt vor allem für die Oder-Neiße-Grenze. Sie wurde in den Verträgen von Moskau am 12. August 1970 und Warschau am 7. Dezember 1970 bestätigt. Was heute selbstverständlich erscheint, war damals höchst umstritten. Nicht nur Rechtsextremisten und Vertriebenenverbände, sondern auch CDU und CSU lehnten die Ostverträge ab. Sie sprachen von „Verzichtspolitik“ und dem „Ausverkauf deutscher Interessen“. Die Ratifizierung der Verträge wurde einer der härtesten Konflikte der Bonner Republik (siehe Kapitel 6).

Im Kammergerichtsgebäude war am 3. September 1971 das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin paraphiert worden. Am 3. Juni 1972 wurde an demselben Ort das Schlussprotokoll unterzeichnet, das das Abkommen in Kraft setzte. Es bestätigte die Bindungen des Westteils der Stadt zur Bundesrepublik. Das Transitabkommen, das Anfang 1972 in Kraft trat, brachte Erleichterungen für den Straßen- und Schienenverkehr. Danach ging es um den Verkehrs- und Grundlagen-Vertrag. Die DDR verlangte ihre völkerrechtliche Anerkennung. Dazu war die Bundesregierung aufgrund des Wiedervereinigungsgebotes nicht bereit. Am 26. April 1972 – einen Tag vor dem Misstrauensvotum gegen Willy Brandt – wurde das Verkehrsabkommen paraphiert. Am 8. November 1972 – elf Tage vor der Bundestagswahl – folgte der Grundlagenvertrag. Beides war kein Zufall.¹⁸

Der Grundlagenvertrag sah „die Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen“ auf gleichberechtigter Basis vor. Es wurden der gemeinsame Beitritt zu den Vereinten Nationen, ein genereller Gewaltverzicht und die „Unverletzlichkeit der Grenzen“ vereinbart. Abkommen zu Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport sollten folgen. Der Austausch „ständiger Vertreter“, also nicht „Botschafter“, wurde vereinbart. Eine Regelung der offenen Vermögensfragen gelang nicht. Der Bundestag ratifizierte den Vertrag am 11. Mai 1973 gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion. Bayern rief das Bundesverfassungsgericht an. Es wies die Beschwerde ab, betonte aber das Gebot der Wiedervereinigung. Die Ausführungen zur

¹⁷ Vgl. Klaus Bästlein, Ein neues Deutschland. Die Herstellung der Einheit 1990, in: ders. (Hg.), Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990, Berlin 2010, S. 5-19.

¹⁸ Wollé, Die heile Welt der Diktatur, S. 61ff.

völkerrechtlichen Stellung der Bundesrepublik nach 1945 überzeugten dabei nicht.¹⁹

Die SED-Führung fürchtete eine ideologische Aufweichung. So wurde die Parole ausgegeben, die Entspannung verschärfe gesetzmäßig den ideologischen Kampf. Erhöhte Wachsamkeit sei nötig. Die Propaganda dröhnte: „Nichts verbindet uns mit der imperialistischen BRD und alles mit unserem sozialistischen Vaterland.“ 1974 verabschiedete sich die SED ganz von der deutschen Nation. Die Volkskammer strich sie ohne vorherige Diskussion aus der Verfassung. Deren Art. 1 lautete nun nicht mehr: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation“, sondern: „... ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.“²⁰

Gleichzeitig sonnte sich die Staats- und Parteiführung in der endlich erreichten internationalen Anerkennung. Sie erfolgte durch Schweden und Österreich noch am Tag der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages. Bis Ende der 1960er Jahre hatten dies nur elf Länder des sozialistischen Lagers getan. 1968/69 kamen fünf arabische und afrikanische Staaten hinzu (Irak, Syrien, Ägypten, VR Kongo, Algerien). Ab 1973 folgte dann eine breite Welle der internationalen Anerkennung. Am Ende unterhielt die DDR zu fast 200 Ländern diplomatische Beziehungen.

4. Wohlstand gegen Wohlverhalten - die frühen Siebziger als „glückliche Jahre der DDR“?

Die frühen 1970er Jahre in der DDR wurden als „die glücklichen Jahre“ unter Honecker bezeichnet. Dafür gab es manche Gründe. Die Versorgung mit Konsumgütern und Wohnraum besserte sich. Wer in verfallenen Altbauten mit Ofenheizung und Toilette auf dem Hof gelebt hatte, wusste eine Neubau-Plattenbauwohnung zu schätzen. Eine Waschmaschine

¹⁹ So behauptete das Bundesverfassungsgericht die Fortexistenz des Deutschen Reiches, das mit der „Berliner Erklärung“ der Alliierten vom 15. Juni 1945 untergegangen war, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) Bd. 36, S. 1-239. In den 1950er Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht dagegen in seinen Beamten-, Soldaten- und Gestapo-Entscheidungen jedenfalls hinsichtlich dieser Berufsgruppen noch eine Diskontinuität angenommen (BVerfGE Bd. 3, S. 58-168 und S. 288-352, Bd. 6, S. 132-322).

²⁰ Zitiert nach Wolle, Die heile Welt der Diktatur, S. 67.

machte das Leben leichter. Die DDR wurde international anerkannt. Nicht wenige identifizierten sich mit ihrer Heimat und freuten sich über das Erreichte.

Die DDR hatte zudem ein positives Image von sich erzeugt. International wurde kolportiert, sie nehme nach der Wirtschaftsleistung den zehnten Platz unter den Industrienationen ein. Hinzu kamen Erfolge auf sportlichem Gebiet. 1972 trat die DDR mit eigener Fahne und Hymne bei Olympischen Spielen an. Ausgerechnet in München nahm sie nach dem „Medaillenspiegel“ den dritten Platz hinter der UdSSR und den USA und vor der Bundesrepublik ein.²¹ Die DDR war eine Großmacht im Sport. Doping und ein rücksichtsloses Training ermöglichten prestigeträchtige Erfolge.

Das Fernsehen hatte sich als Freizeitbeschäftigung durchgesetzt – allerdings wurden dabei viele „republikflüchtig“. Mit Sendungen wie „Ein Kessel Buntes“, der 1972 seine Premiere hatte, suchte das Regime dagegenzuhalten.²² Auch die Motorisierung auf zwei und vier Rädern mit „Spatz“, MZ, „Trabbi“ und Wartburg schritt fort. Unerfüllte Sehnsüchte rankten sich um West-Reisen. Das politische Klima war weniger verkrampft. Sogar das „Neue Deutschland“ hielt sich zurück – jedenfalls im Vergleich zu den Klassenkampf-Parolen der 1950er Jahre oder den falschen Erfolgsmeldungen der 1980er Jahre. 1972 war sogar Kritik an schlechten Dienstleistungen möglich – wenn auch nur auf Seite 3 in der rechten unteren Ecke.²³

²¹ Bodo Harenberg, München 1972. Daten zu den Olympischen Spielen, Königswinter 1982. 1968 waren die beiden deutschen Mannschaften in Tokio noch mit gemeinsamer Olympia-Fahne und Hymne angetreten; die Medaillen wurden aber schon den jeweiligen deutschen Mannschaften zugeordnet. 1964 hatte es noch eine gesamtdeutsche Mannschaft gegeben.

²² Bericht zur ersten Sendung im ND vom 2.2.1972, S. 4.

²³ Glosse „Leicht gemacht“ im ND vom 2.2.1972, S. 3. Dort hieß es: „Einkaufserleichterungen? Kein Problem. Mancher Dorfkonsum ... hat dafür überraschende Lösungen zur Hand. ... Der Ladenschluss wird auf 16 Uhr vorverlegt. ... Wer keine andere Arbeit hat, geht jetzt einfach einholen. Wer es trotzdem nicht bis 16 Uhr schafft, wird einige Pfunde leichter, wenn er zum Einkaufen ins Nachbardorf spurtet. Und nicht zu vergessen die Erleichterungen für den Konsum, der sich einige Arbeit spart. Nicht auszudenken gar, wenn der Konsum seinen Laden erst gar nicht aufmacht.“

Zu Beginn der 1970er Jahre traten selbst Widerstand und Opposition kaum in Erscheinung. Die Gegner der SED-Diktatur aus den 1940er und 1950er Jahren waren meist mit hohen Strafen belegt worden. Nach der Haftentlassung verließen viele das Land. Im Anschluss an den Bau der Mauer 1961 kam es noch einmal zu einer Welle verschärfter Repression. 1968 ging es – allerdings mit geringeren Strafen – gegen jene, die gegen den Einmarsch in die CSSR protestiert hatten. Danach herrschte relative Ruhe. Erst in den späten 1970er Jahren entwickelte sich eine Subkultur unangepasster junger Leute und in den 1980er Jahren eine neue Opposition.²⁴

Honeckers Konzept, sich durch etwas Wohlstand Loyalität zu erkaufen, schien aufzugehen. Freiheitsrechte sollten zurückstehen, wenn eine hinreichende materielle Versorgung gegeben war. Dies ging auch in eine DDR-spezifische Interpretation der Menschenrechte ein. Danach kam den „bürgerlichen Freiheiten“ weniger Bedeutung zu als den „grundlegenden“ Rechten auf Arbeit, Wohnung und gesundheitliche Versorgung.²⁵ Doch so wenig die DDR damit international überzeugen konnte, so wenig vermochte Honecker sich Zustimmung mit Wohlstand zu erkaufen. Die DDR blieb ein „Homunculus sovieticus“, ein sowjetisches Kunstprodukt.²⁶ Kein anderer Staat unterhielt ein Grenzregime mit Schießbefehl zur Internierung der eigenen Bevölkerung. Die Mauer blieb das Kainsmal des SED-Staates.

Viele Menschen in der DDR hatten nicht vergessen, was nach 1945 geschah. Hunderttausende waren von der sowjetischen Besatzungsmacht willkürlich inhaftiert worden; Zehntausende kamen um. Die Gleichschaltung des politischen und kulturellen Lebens wurde mit brachialer Gewalt umgesetzt. Die Einführung einer ineffektiven Planwirtschaft erfolgte öf-

²⁴ Siehe hierzu vor allem: Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Berlin 1997.

²⁵ DDR-Rechtsphilosophen wie Hermann Klenner vertraten diese Menschenrechts-Ideologie auch international. Zu Klenner siehe Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann/Andreas Herbst, *Wer war wer in der DDR?*, 5. Ausgabe, Berlin 2010. Als Klenner, der auch IM der Stasi war, offiziell gegen Israel und dessen „Zionismus“ hetzte, wurde ihm bei einer UNO-Menschenrechtskonferenz seine eigene Mitgliedschaft in der NSDAP 1944 vorgehalten. Er wurde als Leiter der DDR-Delegation abgelöst.

²⁶ Wollé, *Die heile Welt der Diktatur*, S. 103f.

fentlich. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde blutig niedergeschlagen. Unvergessen waren die Schauprozesse gegen Oppositionelle in den 1950er Jahren. Es folgte die Zwangskollektivierung auf dem Lande. Gerade die Verzweiflung der Bauern führte zum Massenexodus in den Westen. Nach dem Bau der Mauer konnte sich niemand mehr dem Regime entziehen.

Die Überwachung war fast lückenlos. Sie reichte vom „Hausbuch“, in das nächtliche Besucher einzutragen waren, bis hin zum Aushorchen von Kindern in der Schule, ob zu Hause Ost- oder Westfernsehen lief. Die SED hatte ein System der „Sippenhaft“ etabliert, das die Gesellschaft durchzog. Kinder von staatsfernen Pfarrern erhielten keinen Studienplatz.²⁷ Wurde die Tochter einer DDR-Richterin „republikflüchtig“, folgte die Entlassung der Mutter.²⁸ Hatte der Vater Westkontakte, durfte der Sohn für seinen Betrieb keine mehr wahrnehmen – mochte der ökonomische Schaden noch so groß sein. Wer nicht zur „Jugendweihe“ ging, riskierte das Abitur. Wer als Wissenschaftler z.B. den Einmarsch in die CSSR nicht befürwortete, musste um den Arbeitsplatz fürchten. Und wer als Lehrer, Kindergärtnerin oder Fußballtrainer die Ausreise begehrte, wurde entlassen.²⁹

Nie hat es in Deutschland eine so engmaschige Kontrolle gegeben wie unter der SED-Diktatur. Die Repressionsorgane, vor allen Staatssicherheit und Justiz, griffen erst relativ spät ein. Wichtiger für die Konformität im Alltag waren die Partei und die von ihr beherrschten Staatsorgane. Die Menschen in der DDR hofften auf Erleichterungen, freuten sich über Konsumgüter und neue Wohnungen. Aber weder die Erfahrungen mit der SED-Diktatur noch die allgegenwärtige Überwachung und Repression waren vergessen. Als offene SED-Gegner traten nur wenige auf. Viele passten sich an. Die Zahl der Anhänger des Regimes blieb allerdings ebenfalls gering. Die „glücklichen Jahre“ unter Honecker sind eine Schimäre.

²⁷ Vgl. Bettina Ernst-Bertram/Jens Planer-Friedrich, Pfarrerskinder in der DDR. Außenseiter zwischen Benachteiligung und Privilegierung, Berlin 2010.

²⁸ Siehe Inga Markovits, Gerechtigkeit in Lüritz. Eine ostdeutsche Rechtsgeschichte, München 2006.

²⁹ Siehe Hans-Hermann Lochen/Christian Meyer-Seitz (Hg.), Die geheimen Anweisungen zur Diskriminierung Ausreisewilliger. Dokumente der Stasi und des Ministeriums des Innern, Köln 1992.

5. Mehr Staatssicherheit: Personelles Wachstum und strategische Neuausrichtung

Seit den 1960er Jahren übernahm die Staatssicherheit immer neue Aufgaben. Darunter war manches, was mit der Tätigkeit einer Geheimpolizei nichts zu tun hatte. Erich Mielke wollte damit aber seine Bedeutung erhöhen. So übernahm die Stasi schon 1962 die Personenkontrollen an den Grenzen. Ab 1967 lagerte sie immer mehr Schriftgut bei sich ein. Und 1968 ging die „Gewährleistung“ des Besuchsverkehrs aus West-Berlin an sie über. Beobachter meinten ironisch, die Stasi sei zum „Mädchen für alles“ geworden.³⁰ Ihr Personalbedarf wuchs. Die Zahl der Hauptamtlichen nahm 1968 bis 1973 von knapp 40.000 auf über 50.000 exponentiell zu.³¹

Mit dem Ende der Ära Ulbricht konnte auch Erich Mielke seinen Aufstieg fortsetzen. Zwar verdankte er seine Karriere dem „Spitzbart“. Aber der verlegte ihm den Weg ins Politbüro. Ulbricht vermochte sich Mielke dabei vom Hals zu halten, weil er um dessen Verfehlungen aus den 1950er Jahren wusste. Nach dem Sturz Ulbrichts stellte sich Mielke sofort Honecker zur Verfügung – und kam damit seinem sehnlichsten Wunsch näher. Denn im Juni 1971 wurde er Kandidat und am 25. Juli 1976 Mitglied des Politbüros. Der Stasi-Chef sprach nun sogar nach jeder Sitzung des Politbüros unter vier Augen mit Honecker – und zwar noch vor dem „Wirtschaftslenker“ Günter Mittag. Damit war Erich Mielke der zweite Mann im Staat.³²

Unter Honecker wurde – anders als unter Ulbricht – großer Wert auf die internationale Reputation der DDR gelegt, die nicht durch offene Repression gefährdet werden durfte. So prüfte die Staatssicherheit, wie ihre Ziele mit verfeinerten Methoden zu erreichen waren. Mielke ließ schon Ende 1971 Einschätzungen „zur Analysierung (sic!) der politisch-operativen Lage unter Künstlern und Schriftstellern“ erarbeiten. Auf einer Dienstkonferenz entwickelte er dann am 13. Juli 1972 Vorgaben für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Arbeit der Staatssicherheit. Die Rede markiert

³⁰ Klaus Bästlein, Der Fall Mielke. Die Ermittlungen gegen den Minister für Staatssicherheit der DDR, Baden-Baden 2002.

³¹ Jens Gieseke, Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945-1990, Stuttgart/München 2001, Übersicht S. 289.

³² Bästlein, Der Fall Mielke, S. 68f.

den Übergang zu ebenso subtilen wie perfiden Methoden der „Zersetzung“ von Kritikern und Gegnern des SED-Regimes.³³

Mielke ging von den „Kulturschaffenden“ aus, bei denen er „noch relativ viele“ negative Erscheinungen konstatierte. Hoffnungen, es werde ein „politisches Tauwetter“ geben, erteilte er eine Absage. Er forderte aber, „sehr klug zu differenzieren“. Der Minister erklärte, an die „operative Bearbeitung von Schriftstellern, Künstlern usw.“ müsse „anders herangegangen werden“ als an die von „Spionen und Agenten“. Denn: „Bei feindlich-negativen Kulturschaffenden ist die Anwendung strafrechtlicher Maßnahmen nicht so ohne weiteres angebracht ...“ Und: „... die Vorgangsbearbeitung, die operative Bearbeitung solcher Personen und Gruppierungen muss von vornherein stärker auf die Zielrichtung ausgerichtet sein, zersetzend zu wirken, sie unglaubhaft zu machen und zu isolieren, Misstrauen zu erzeugen, um sie am feindlich-negativen Wirken zu hindern ... Erfolge ... in dieser ... Richtung sind wirksamer als ... Verurteilungen.“³⁴

Nach diesen Vorgaben wurde die Tätigkeit der Staatssicherheit neu ausgerichtet. Gegner der SED-Diktatur sollten durch die „Zersetzung“ handlungsunfähig gemacht werden. Das Repertoire der Maßnahmen reichte von der Organisation beruflicher Misserfolge über die „Lieferung“ nicht bestellter Braunkohle bis hin zum Zerstechen von Fahrradreifen. Sehr beliebt war die Aufgabe falscher Annoncen mit dem Angebot gesuchter Waren, was wochenlang Nachfragen zur Folge hatte. Gerne setzte die Staatssicherheit Schlüpfriges oder Schmuddeliges aus der Welt des Sexuellen ein, um Regimegegner zu diskreditieren. Klassisch war das Ausstreuen von Verdächtigungen über Oppositionelle, sie seien Zuträger der Stasi; Derartiges konnte nur schwer widerlegt werden und lähmte viele SED-Gegner.³⁵

In der Richtlinie 1/76 des Ministeriums für Staatssicherheit „zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“ wurden Zersetzungsmaßnahmen sogar „normiert“. 12 Methoden führte die Richtlinie auf, darun-

³³ Siehe Joachim Walther, *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1996, S. 82.

³⁴ Ebd., S. 82-84, Zitate S. 83f.

³⁵ Siehe hierzu mit Einzelbeispielen vor allem Gieseke, *Mielke-Konzern*, S. 186-195.

ter: Die „systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufs ..., systematische Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Misserfolge ..., Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive; Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen ..., Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze.“³⁶ Für die Planung und Durchführung waren die Abteilungen XX vom Ministerium über die Bezirksverwaltungen bis zu den Kreisdienststellen zuständig. Die „Linie XX“ befasste sich mit Religionsgemeinschaften, Kultur und Medien, Blockparteien, gesellschaftlichen Organisationen, Bildung, Gesundheit und Sport – also dem gesamten öffentlichen Leben. Die Umsetzung der „operativen Kombinationen“ erforderte viel zusätzliches Personal.

6. Die Stasi im Westen, das von ihr vereitelte Misstrauensvotum gegen Willy Brandt und sein Rücktritt

Seit ihrer Gründung tummelte sich die Staatssicherheit in der Bundesrepublik. Schon die sowjetischen „Berater“ setzten Ostdeutsche gern im Westen ein. Denn sie konnten sich dort wie Fische im Wasser bewegen – beherrschten sie doch Sprache, Kultur und Lebensweise im „Operationsgebiet“. Schon bald wurden auch „Perspektivkader“ geschickt, die in Parteien oder Organisationen langsam aufstiegen. Das wurde dadurch erleichtert, dass „Geheimhaltung“ in der alten Bundesrepublik keine große Rolle spielte. Zwar wurde „die Gefahr aus dem Osten“ beschworen, tatsächlich aber herrschte Sorglosigkeit vor. So ahnte bis ins Frühjahr 1990 in Bonn scheinbar niemand, dass die Stasi praktisch den gesamten Telefonverkehr der Bundesregierung, der wichtigsten Bundesbehörden und von 25.000 Politikern, Managern und Geheimnisträgern mitgeschnitten hatte.³⁷

Das Interesse der Stasi an der Bundesrepublik war umfassend. Zunächst gab es die klassische Spionage, d.h. die Beschaffung geheimer Erkenntnisse zur bundesdeutschen Politik, bei der die Hauptabteilung Aufklärung

³⁶ BStU, MfS, Richtlinie Nr.1/76.

³⁷ Siehe Andreas Schmidt, Hauptabteilung III: Funkaufklärung und Funkabwehr, Berlin 2010. Die Stasi-Generalität verfügte mit den Abhörprotokollen 1990 über erhebliches Drohpotenzial gegenüber der Bundesregierung und machte davon mit Erfolg Gebrauch, siehe Klaus Bästlein, „Meine Akte gehört mir!“ Der Kampf um die Öffnung der Stasi-Unterlagen, in: Deutschland Archiv 44 (2011) 2, S. 72-78, insb. S. 75f.

(HV A) unter Markus Wolf die wichtigste Rolle spielte.³⁸ Daneben agierten andere „Linien“ der Stasi im Westen, während die HV A auch in der DDR tätig war. Eine klare Trennung gab es nicht. So agierten die Spionageabwehr (HA II) und die Fahndung (HA VIII) in der Bundesrepublik, um „Verräter“ (Überläufer) zurückzuholen oder „Menschenhändler“ (Fluchthelfer) auszuschalten. Einen enormen Umfang hatte die Industriespionage, die fast jede Blaupause im Westen beschaffen konnte. Das Problem war nur, dass sich neue Technologien kaum in die DDR-Wirtschaft implementieren ließen, weil das Plansystem zu unflexibel war.³⁹

Auch der Beeinflussung der Politik kam große Bedeutung zu. In West-Berlin verfügte die Stasi über eine Reihe wichtiger Mitarbeiter in den Parteien: Für den Alterspräsident des Abgeordnetenhauses, William Born (FDP), schrieben Offiziere der HV A die Reden; dem Jungpolitiker Dirk Schneider (AL) erteilte die Stasi noch während laufender Sitzungen per Telefon Instruktionen; und Heinrich Lummer (CDU), der sich als Innen senator einen zweifelhaften Ruf erwarb („Heinrich fürs Grobe“), verkehrte gern mit Stasi-Prostituierten am Alexanderplatz, was für Erpressungszwecke mitgeschnitten wurde.⁴⁰ Ihr Meisterstück lieferte die Stasi aber mit der Bestechung von zwei Bundestagsabgeordneten, um am 27. April 1972 die Abwahl Willy Brandts als Bundeskanzler zu verhindern.

Die politische Situation in der Bundesrepublik war damals zum Zerreißen gespannt. Das beruhte auf dem erbitterten Widerstand von CDU/CSU, Vertriebenenverbänden und Rechtsextremisten gegen die Ostverträge. Hinzu kam, dass Willy Brandt für ein anderes Deutschland stand. Alte Nazis und Nationalkonservative betrachteten den 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Kanzler als „Landesverräter“. Wegen seiner unehelichen Herkunft und seines Einsatzes gegen Hitler-Deutschland in norwegischer Uniform wurde er persönlich diffamiert.⁴¹ Hinzu kam, dass

³⁸ Siehe hierzu – auch mit weiteren Literaturnachweisen – die Studie von Georg Herbstritt, *Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie*, Göttingen 2007.

³⁹ Vgl. Bästlein, *Der Fall Mieke*, S. 70.

⁴⁰ Ebd., S. 69f.

⁴¹ Zur Person siehe vor allem Brandts Autobiografie: *Links und frei. Mein Weg 1930-1950*, Hamburg 1982, Neuauflage München 1984. Die beste Biografie stammt von Peter Merseburger, *Willy Brandt. Visionär und Realist*, Stuttgart/München 2002.

Julius Leber (SPD) als Chefredakteur des „Lübecker Volksboten“ den jungen Brandt gefördert hatte. Leber, nach dem heute die Kaserne des Wachbataillons der Bundeswehr in Berlin benannt ist, war von Stauffenberg und seinen Freunden als Reichskanzler vorgesehen, wenn der Staatsstreichversuch am 20. Juli 1944 gelungen wäre. Für die Rechtsextremisten führte so eine direkte Linie vom „Verräter“ Leber zum „Landesverräter“ Brandt.

Die Mehrheit von SPD und FDP war seit der Regierungsbildung im Oktober 1969 immer weiter geschrumpft. Im Herbst 1970 wechselten drei FDP-Abgeordnete zur CDU. Im Februar 1972 folgte der SPD-Abgeordnete Herbert Hupka. Im April 1972 verließ dann erneut ein FDP-Abgeordneter die Fraktion; zwei weitere FDP-Abgeordnete erklärten öffentlich, gegen Brandt zu stimmen. Rechnerisch verfügte die CDU/CSU damit über eine Mehrheit. Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) sah die Chance, durch ein konstruktives Misstrauensvotum Kanzler Brandt zu stürzen und selbst an seine Stelle zu treten. Während der entscheidenden Bundestagsitzung am 27. April 1972 befand sich das Land im Ausnahmezustand. In den Betrieben wurde die Arbeit unterbrochen und in den Schulen fiel der Unterricht aus. Die Menschen folgten der Direktübertragung aus dem Bundestag im Fernsehen.⁴² Eine knappe Mehrheit der Westdeutschen war für die Ostverträge und gegen den Sturz des Kanzlers. Beim Wechsel der FDP-Abgeordneten im Bundestag hatten offenbar auch Geldzahlungen eine Rolle gespielt. Vize-Kanzler Walter Scheel (FDP) hielt der CDU/CSU am 27. April 1972 daher vor: „Wer Regierungsmacht auf diese moralische Grundlage aufbauen will, der baut auf Sand.“ Bei der Bekanntgabe des Abstimmungs-Ergebnisses hielt das Land den Atem an. Es folgte ein unbeschreiblicher Jubel der SPD-Fraktion – und vieler Menschen im Lande.

Am Ende fehlten der CDU/CSU zwei Stimmen. Schon bald kursierten Gerüchte, der CDU-Bundestagsabgeordnete Julius Steiner sei bestochen worden. Steiner war ein Produkt des Geheimdienst-Milieus. Nach dem Kriegsdienst von 1942 bis 1945 arbeitete er für den französischen Geheimdienst und studierte Philosophie, Theologie und Geschichte ohne Abschluss; 1952 wechselte er zum Verfassungsschutz in Baden-Württemberg und 1957 zum BND. Steiner räumte 1973 ein, für seine Stimme 50.000 DM erhalten zu haben. Dabei sah er sich als Doppelagent für den

⁴² Zu den Abläufen am 27. April 1972 vgl. ebd.

Verfassungsschutz und die Stasi, der er über Rivalitäten in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion berichtete. Die zweite fehlende Stimme gehörte dem CSU-Abgeordneten Leo Wagner. Er zählte zu den engsten Vertrauten von Franz-Josef Strauß und gehörte dem Bundestag von 1961 bis 1976 an. Auch er soll der Stasi Interna aus der CDU/CSU-Fraktion berichtet haben. An Leo Wagner wurden für seine Stimme ebenfalls 50.000 DM gezahlt.⁴³

Mit „Persönlichkeiten“ wie Steiner und Wagner hatten CDU und CSU wirklich auf Sand gebaut. Erich Honecker war dagegen sehr stolz auf die Stasi-Aktion. Ausgerechnet bei seinem rumänischen Kollegen Nicolae Ceausescu in Bukarest prahlte er 14 Tage nach der Abstimmung: „... wir haben noch kurz vor der Behandlung des Misstrauensvotums, das durch die CDU/CSU im Bundestag gesellt wurde, bestimmte Maßnahmen getroffen, um die Regierung Brandt zu stützen. Es war also die groteske Lage eingetreten, dass wir als die stärksten Helfer für die Stabilisierung der Regierung Brandt auftreten mussten.“⁴⁴ Auch Markus Wolf, der Chef der DDR-Auslandsspionage, rühmte sich gern, Brandt vor dem Sturz bewahrt zu haben. Dabei sind allerdings gerade seine Memoiren zweifelhaft.⁴⁵

Da die sozialliberale Koalition keine Mehrheit mehr hatte, waren Neuwahlen unvermeidlich. Sie fanden am 19. November 1972 statt. Die SPD wurde mit 45,8 % der Stimmen erstmals stärkste Partei. Die CDU/CSU brachte es auf 44,9 % und die FDP auf 8,4 %; für die NPD stimmten 0,6 % und für die DKP 0,3 %. Dieser Wahlsieg wurde zum letzten großen Erfolg Willy Brandts als Bundeskanzler. Der lange Kampf um die Macht und die Diffamierungen hatten Spuren hinterlassen. Brandt haderte mit sich und der Welt. Er war amts müde. Am Ende spielte wieder die Stasi eine wichtige Rolle. Denn sie hatte Günter Guillaume im Kanzleramt platziert. Er war einer der Perspektivkader der Stasi – und der BND ließ ihn in seiner bekannten Nachlässigkeit gewähren. Die Enttarnung nahm Willy Brandt 1974 zum Anlass für seinen Rücktritt. Was von der Stasi 1972 mit

⁴³ Vgl. hierzu im Einzelnen und mit weiteren Nachweisen Herbstritt, Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, S. 134-138.

⁴⁴ Zitiert nach ebd., S. 138.

⁴⁵ Markus Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997.

großem Aufwand verhindert worden war, hatte sie nun selbst herbeigeführt.⁴⁶

7. Als der Osten doch einmal den Westen überholte: Die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs

Die Frauenbewegung verlangte schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts die Freigabe der Abtreibung in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis (Fristenlösung). 1920 brachte die SPD einen entsprechenden Gesetzesentwurf im Reichstag ein, der aber scheiterte. Für eine Freigabe der Abtreibung setzten sich auch Ärzte, Schriftsteller und Intellektuelle ein. Darunter waren Friedrich Wolf, der Vater des Stasi-Generals Markus Wolf, mit seinem Theaterstück „Cyankali“ und der Nobelpreisträger Albert Einstein. Unter der NS-Herrschaft wurden die Strafbestimmungen aber noch verschärft. Auf „gewerbsmäßige“ Abtreibung stand sogar die Todesstrafe.⁴⁷

Im Osten galten nach 1945 landesrechtliche Vorschriften. Sie enthielten weitgehende Indikationen – auch aus ethischen (Vergewaltigung) und sozialen (Notlage) Gründen. 1950 erging ein DDR-Gesetz. Es beschränkte die Abtreibung auf medizinische Indikationen und ließ eine eugenische Indikation zu („wenn ... ein Elternteil mit schwerer Erbkrankheit belastet ist“). Solche Rückgriffe auf NS-Vorstellungen von der „Erbgesundheit“ gab es auch im Westen. Sie zeigen, wie stark auch die Medizin damals vom Nationalsozialismus geprägt war. Die Zahl illegaler Abtreibungen in der DDR stieg. 1965 folgte ein radikaler Kurswechsel: Ohne Änderung des Gesetzes verfügte das Gesundheitsministerium durch Rundverfügung (!) die Anwendung der ethischen und sozialen Indikation. So wurden auch die Strafbestimmungen der §§ 153 bis 157 des StGB-DDR von 1968 gefasst.⁴⁸

⁴⁶ Siehe Bästlein, Der Fall Mielke, S. 69.

⁴⁷ Siehe Dirk von Behren, Die Geschichte des § 218 StGB, Gießen 2004. Vgl. auch zum Folgenden: Christa Mahrhad, Schwangerschaftsabbruch in der DDR: Gesellschaftliche, ethische und demographische Aspekte, Frankfurt/M. 1987.

⁴⁸ Siehe Michael Schwarz, „Liberaler als bei uns?“ Zwei Fristenregelungen und die Folgen. Reformen des Abtreibungsstrafrechts in Deutschland, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hg.), Das doppelte Deutschland: 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008, S. 183-212.

In der Bundesrepublik entwickelte sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine neue Frauenbewegung. Wieder wurde das Abtreibungsverbot bekämpft. Die Parolen lauteten: „Ob Kinder oder keine, bestimmen wir alleine!“ und: „Mein Bauch gehört mir!“ In der Öffentlichkeit wurde über die Notlage schwangerer Frauen, illegale Abtreibungen und den Abtreibungs-Tourismus Bessergestellter diskutiert. Am 6. Juni 1971 machte die Illustrierte „Stern“ mit dem Titel auf: „Wir haben abgetrieben!“ 374 Frauen bekannten das öffentlich. Unter ihnen befanden sich Prominente wie Senta Berger, Romy Schneider und Carola Stern. Initiatorin der Aktion war die Publizistin Alice Schwarzer. Fortan zählte die Diskussion um die Fristenlösung zu den wichtigsten politischen Themen der Bundesrepublik.

Die SED-Spitze erkannte die Chance, mit einem eigenen Gesetz zur Fristenregelung den Westen zu überholen. Am 23. Dezember 1971 wurde ein solcher Gesetzentwurf präsentiert. Eine Diskussion fand nicht statt; nur die Kirchen äußerten sich ablehnend. In der Volkskammer fiel die Entscheidung am 9. März 1972 per Handzeichen. Zum einzigen Mal bis zum Herbst 1989 geschah das nicht einstimmig. 14 CDU-Abgeordnete stimmten dagegen und acht enthielten sich. Mit der SED hatte es zuvor entsprechende Absprachen gegeben. Die Volkskammer sollte aufgewertet werden. Das gelang. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: „Totenstille in der Volkskammer. Erstmals Neinstimmen im Plenarsaal.“ Peter Jochen Winters vermutete aber richtig, dass dahinter Kalkül steckte. In anderen Redaktionen verfieng die Propaganda aber. So meinte die „Süddeutsche Zeitung“, die Volkskammer sei keine „Zustimmungsmaschine“ mehr.⁴⁹

Nach dem DDR-Gesetz konnten Frauen innerhalb von zwölf Wochen nach Beginn einer Schwangerschaft deren Abbruch vornehmen lassen. Um den durch die Fristenlösung hervorgerufenen Geburtenrückgang zu begrenzen, wurden sozialpolitische Maßnahmen ergriffen. So verringerte sich die Arbeitszeit für Mütter mit mehreren Kindern, die auch mehr Urlaub erhielten. Es wurden Ehegatten-Kredite in Höhe von 5.000 Mark eingeführt, die mit der Geburt von Kindern getilgt werden konnten. Es gab hinreichend Krippen- und Kindergartenplätze. Die Frauenerwerbs-

⁴⁹ Siehe Peter Jochen Winters, „Totenstille in der Volkskammer. Erstmals Neinstimmen im Plenarsaal“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. März 1972; „Regt sich in der Volkskammer das Gewissen?“, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. März 1972.

quote lag daher 1970 bei 72 % und stieg bis 1980 auf 87 %.⁵⁰ Auch hier übertraf die DDR die Bundesrepublik. Das galt zudem für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. Denn die medizinische Überwachung war besser.

Mit der in der DDR beschlossenen Fristenregelung geriet die sozialliberale Koalition in Bonn unter Druck. Im Gegensatz zu einer weitgehenden Indikationslösung, die dem Grundgesetz entsprochen hätte, setzte 1974 auch Bonn auf eine Fristenlösung. Doch das Bundesverfassungsgericht erklärte das Gesetz für verfassungswidrig.⁵¹ 1976 erging dann doch ein Gesetz mit vier weitgehenden Indikationen, zu denen auch eine soziale Indikation zählte. Praktisch entsprach dies der Fristenlösung. Rechtlich war es aber etwas anderes, weil die Abtreibung bei einer sozialen Notlage in der Zwölf-Wochen-Frist nach einer Beratung strafrechtlich nicht mehr erfasst wurde. Nach Herstellung der deutschen Einheit wurde die Fristenlösung nochmals heftig diskutiert. Die Neufassung des § 218 b StGB aus dem Jahr 1995 entspricht der herkömmlichen Fristenregelung mit Beratungspflicht und weiteren Indikationen.⁵² Diese Regelungen haben sich bewährt.

8. Vergangenheit, die nicht vergehen wollte: Vom Umgang der beiden deutschen Staaten mit den NS-Gewaltverbrechen

Die nationalsozialistische Vergangenheit holte die Deutschen auch 1972 immer wieder ein. In besonderer Weise traf das für Strafprozesse wegen NS-Gewaltverbrechen zu. Sie waren in beiden deutschen Staaten ausgesprochen unpopulär, konnten aber mit Rücksicht auf das Ausland nicht einfach beendet werden. Die NS-Vergangenheit stellte zudem das wichtigste Feld deutsch-deutscher Geschichtssagitation dar.⁵³ Dabei war die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in beiden deutschen Staaten bis 1960 fehlgeschlagen. Angeklagt wurden nämlich fast nur Taten im Inland. Die

⁵⁰ Steiner, Von Plan zu Plan, S. 172.

⁵¹ Entscheidung vom 18. Juni 1974, BVerfGE Bd. 39, S. 1ff.

⁵² Entscheidung vom 28. Mai 1993, BVerfGE Bd. 88, S. 203ff.

⁵³ Klaus Bästlein, „Hitlers Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes“. Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte „Selbstreinigung“, in: ders. u.a., Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR, Berlin 2000, S. 53-93.

schwersten Verbrechen waren aber im Ausland und vor allem an Juden verübt worden. Bei den hergebrachten Ermittlungsmustern der deutschen Justiz spielten im Ausland verübte Verbrechen aber keine Rolle.

Das änderte sich ab 1958 mit der Errichtung der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg und der Übernahme der Ermittlungen durch das Referat IX/11 der Staatssicherheit in der DDR.⁵⁴ Die Zentrale Stelle war dabei eine trickreiche Konstruktion. Denn sie stellte nur eine Vorermittlungsstelle dar, die im Gerichtsverfassungs- und Strafprozessrecht nicht vorgesehen ist. Ludwigsburg unterlag daher nicht dem Legalitätsprinzip, d.h. dem Verfolgungszwang. So konnten unliebsame Verfahren ganz legal herausgefiltert und beendet werden. Das galt vor allem für „kleine Befehlsempfänger“ (deutsche Demjanjuks), Soldaten der Wehrmacht und NS-Aktivisten im Dienste der Bundesrepublik.⁵⁵ Ludwigsburg erfüllte diese Aufgabe fast perfekt. Tausende Strafverfahren wurden vereitelt. Es gab in der Zentralen Stelle aber auch Juristen, die ihren Auftrag ernst nahmen. Sie klärten viele Mordaktionen an den europäischen Juden auf. Über 400 wichtige NS-Prozesse gingen darauf zurück.

In der Bundesrepublik fanden 1972 wegen NS-Verbrechen 18 Prozesse statt. 13 betrafen die Vernichtung der europäischen Juden im Ausland.⁵⁶ Zwei Verfahren hatten Verbrechen in Konzentrationslagern zum Gegenstand (Buchenwald, Ebensee).⁵⁷ In einem Prozess ging es um die Tötung von Kranken durch Giftgas (Bernburg, Sonnenstein).⁵⁸ Ein Verfahren betraf eine Jüdin, die untergetauchte Juden denunzierte.⁵⁹ Auch ein

⁵⁴ Ebd., S. 23f.

⁵⁵ Dazu zählten Politiker, die vielen NS-Richter und -Staatsanwälte und die zahlreichen NS-Täter in den Ministerien, dem Bundeskriminalamt, den Landeskriminalämtern, der Kriminal- und der Schutzpolizei, dem Bundesnachrichtendienst, den Verfassungsschutzämtern und vielen anderen Behörden und Institutionen.

⁵⁶ Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, bearbeitet von Christiaan Frederik Rüter u.a., 39 Bde., Amsterdam 1968 ff. – folgend: JuNSV, Nr. 767, 768, 769, 770, 772, 773, 775, 776, 777, 780, 781, 782, 783.

⁵⁷ Ebd., Nr. 766, 779.

⁵⁸ Ebd., Nr. 774.

⁵⁹ Ebd., Nr. 778.

Schreibtischtäter aus Eichmanns Judenreferat musste sich verantworten.⁶⁰ Die Mehrzahl der Verfahren betraf „Aussiedlungen“ von Ghettos im heutigen Polen. Die Juden aus den Ghettos wurden in der Umgebung erschossen oder per Bahn in ein Vernichtungslager transportiert. Die übrigen Verfahren betrafen Erschießungen von Juden, Kommunisten und Zivilisten sowie Gaswagen-Einsätze in Litauen, der Ukraine und im Kaukasus.⁶¹

Die Angeklagten waren vor allem einfache Männer, die meist Unterführerränge der Polizei und SS innehatten. Sie entwickelten oft eine kaum nachvollziehbare Grausamkeit. Doch alle wurden nach 1945 in die bundesdeutsche Gesellschaft integriert – eine ganze Reihe fand sogar wieder im Polizeidienst Verwendung. Die Urteile in diesen Verfahren fielen sehr unterschiedlich aus. Es gab lebenslängliche und hohe zeitige Freiheitsstrafen, aber auch problematische Freisprüche und Verfahrenseinstellungen. Nicht nachvollziehbar war die Gehilfen-Rechtsprechung, die der Bundesgerichtshof durchgesetzt hatte, nach der nur Hitler, Himmler und allenfalls Heydrich Täter des Judenmords sein sollten, während alle anderen nur Beihilfe leisteten, so dass ihre Strafe gemindert werden konnte.

Problematisch war auch der oft unverzichtbare Zeugenbeweis nach 30 Jahren. Eine Strafkammer des Landgerichts Hamburg verstieg sich dazu, „deutsche“ und „jüdische“ Zeugen zu unterscheiden – und die Aussagen Letzterer grundsätzlich für unglaubwürdig zu erklären. Dieselbe Kammer führte in einem Urteil aus, ein Gestapo-Mitarbeiter, der den Judenmord seit 1939 miterlebt hatte, hätte 1942 nicht wissen können, welches Schicksal Ghetto-Bewohnern nach der „Aussiedlung“ zgedacht war. Und wieder dieselbe Kammer machte selbst bei Mordtaten von Einstellungen Gebrauch, weil die Angeklagten nur auf Befehl (!) gehandelt hätten.⁶² Auch die Landgerichte in Lübeck, Verden und Mönchen-Gladbach nahmen durchaus zweifelhafte Beweiswürdigungen vor, um dann im Ergebnis zu Freisprüchen, Einstellungen oder geringen Strafen zu kommen.⁶³

Dagegen verurteilte die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin am 11. April 1972 einen der Mitarbeiter Adolf Eichmanns aus dem Judenre-

⁶⁰ Ebd., Nr. 771.

⁶¹ Ebd., Nr. 769, 773, 776.

⁶² Ebd., Nr. 783, 768, 770, 772.

⁶³ Ebd., Nr. 776, 767, 782.

ferat des Reichssicherheitshauptamtes zu lebenslanger Freiheitsstrafe. Der Angeklagte hatte seine Karriere später als Judenreferent in Italien und Chef der Gestapo-Stelle Padua fortgesetzt. Das Landgericht Berlin ließ sich von der Gehilfen-Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes nicht beirren und verurteilte den Angeklagten in einer mustergültigen Entscheidung als Täter. Auch im Fall der jüdischen Denunziantin blieb das Landgericht Berlin konsequent. Die Angeklagte hatte mit der Gestapo kooperiert, um ihre Eltern zu retten, die 1944 aber gleichwohl deportiert wurden. In mindestens sechs Fällen führten ihre Denunziationen untergetauchter Juden zu deren Tod. Die Angeklagte war deshalb bereits 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nach der Aufhebung dieser Entscheidung konnte ihr wegen Verhandlungsunfähigkeit erst 1972 erneut der Prozess gemacht werden. Das Urteil lautete wieder auf zehn Jahre Freiheitsstrafe.

In der DDR fanden 1972 zwei NS-Prozesse statt. Die geringe Zahl sagt nichts über die Intensität der Verfolgung. Im Verhältnis wurden im Osten nämlich mehr NS-Verfahren durchgeführt als im Westen.⁶⁴ Auch der Prozess vor dem Berliner Stadtgericht 1972 betraf „Aussiedlungen“, wobei der angeklagte Gestapo-Mann zudem an Mordtaten gegen Polen beteiligt war. Anders als im Westen wurde internationales Strafrecht angewandt. Das Gericht würdigte die Beweismittel sorgfältig. Nicht hinzunehmen war die verhängte Todesstrafe.⁶⁵ Das zweite Verfahren vor dem Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) betraf Mordaktionen des in Mogilew (Weißrussland) stationierten Einsatzkommandos, die sich gegen Juden, Partisanen und Zivilisten richteten. Dazu gehörten auch Versuche zur Ermordung Kranker mit Autoabgasen. Hier erkannte das Gericht auf eine lebenslange Freiheitsstrafe. Auch dieses Urteil war hinreichend begründet.⁶⁶

Die beiden Entscheidungen stellten keine Ausnahme unter den seit Anfang der 1960er Jahren in der DDR ergangenen Urteilen wegen NS-Verbrechen dar. Sie hielten auch der Überprüfung durch bundesdeutsche Gerichte nach 1990 durchweg stand.⁶⁷ Das salviert die DDR-Justiz allerdings

⁶⁴ Rüter, Die Strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen, S. 25.

⁶⁵ DDR-Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung ostdeutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, bearbeitet von Christiaan Frederik Rüter u.a., 14 Bde., Amsterdam 2002-2009, folgend: JuNSV, Nr. 1043.

⁶⁶ Ebd. Nr. 1044.

⁶⁷ Siehe Rüter, Die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen, S. 35f.

nicht. Denn auch im Unrechtsstaat kann es Bereiche der Rechtsprechung geben, die nicht zu beanstanden sind. Umgekehrt sind im Rechtsstaat rechtsstaatswidrige Verfahren möglich. Das war z.B. bei der Kommunistenverfolgung sowie den Berufsverboten in der Bundesrepublik der Fall (vgl. nachfolgend Kapitel 9). Die Vorermittlungen der Stasi blieben problematisch, weil dabei geheimpolizeiliche Methoden zum Einsatz kamen. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen in der DDR aber als rein politisch abzutun, weil sie auch zur Agitation instrumentalisiert wurde, greift zu kurz.⁶⁸ NS-Prozesse waren nämlich in Ost und West stets auch Geschichtspolitik.

Der ritualisierte Antifaschismus der SED-Führung löste allerdings keine kritische Auseinandersetzung aus. Sie war auch nicht gewollt. 1972 marschierten am Tag der „Opfer des Faschismus“ 120.000 Menschen in Ost-Berlin zu einer Kundgebung auf. Aber es blieb bei den gestanzten Floskeln der SED.⁶⁹ Ganz anders im Westen: Dort nahm seit den 1960er Jahren die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus zu. Dabei spielten kritische Berichte der Medien eine wichtige Rolle. Durch die Gesellschaft und die Familien ging ein tiefer, oft generationeller Riss. Die Enkel ließen nicht locker. Das führte zu einem tief greifenden Wandel der westdeutschen Gesellschaft. 1981 plädierte nach der Wiederholung des Hollywood-Melodrams „Holocaust“ im Fernsehen erstmals eine Mehrheit der Bundesbürger für die Strafverfolgung von NS-Verbrechen. 40 Jahre nach dem Geschehen war es dafür allerdings in den meisten Fällen zu spät.

Einer, der mit seinem Werk in besonderer Weise zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen beigetragen hatte, war der Schriftsteller Heinrich Böll. Er erhielt dafür 1972 den Literatur-Nobelpreis. Böll war in der Kölner Südstadt als Sohn eines Schrei-

⁶⁸ So jedoch Henry Leide, NS-Verbrechen und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005.

⁶⁹ Die Parolen lauteten: „Im Geiste der Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes: Für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit! Für allseitige Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik! Gegen imperialistische Aggression, Revanchismus und Neofaschismus!“, siehe: Werner Breunig, Berlin Chronik 1972, in: Jürgen Wetzel (Hg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1995, Berlin 1995, S. 203-287, insb. S. 256.

ners aufgewachsen. Die Ablehnung des Nationalsozialismus war in der katholischen Familie selbstverständlich. Er begann 1939 mit dem Studium der Germanistik, wurde aber bald eingezogen und musste den ganzen Krieg mitmachen. Im Frühjahr 1945 tat er das, was richtig war, aber die Ausnahme blieb: Er desertierte mit gefälschten Papieren. Böll engagierte sich auch politisch. 1972 positionierte er sich ebenso entschieden gegen den aufkeimenden Terrorismus wie gegen polizeistaatliche Tendenzen und die Berichterstattung der Springer-Presse.⁷⁰ Er saß zwischen allen Stühlen.

9. Vom Versagen bundesdeutscher Politik und Justiz: Der Radikalenerlass – eine Steilvorlage für die DDR-Propaganda

Am 28. Januar 1972 verabschiedeten die Regierungschefs der Länder und Bundeskanzler Willy Brandt den Radikalenerlass. Danach sollte im öffentlichen Dienst nur beschäftigt werden, „wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt“.⁷¹ Schon die Formulierung erinnerte an die unseligsten Traditionen deutschen Berufsbeamtentums. Die Verfassungsschutzämter hielten nun ihre große Stunde für gekommen: Es wurden überall Spitzel eingesetzt, um „Verfassungsfeinde“ aufzuspüren. Bundesweit gab es 1,4 Millionen „Regelanfragen“, d.h. Personenüberprüfungen. Zu ihrer Beantwortung entstanden riesige Datensammlungen über die nachgeborene Generation und deren politische Auffassungen. Alle standen unter Verdacht.

Die Hysterie jener Zeit ist heute kaum mehr nachvollziehbar. Aus der Studentenbewegung waren nicht nur gefährliche terroristische Vereinigungen wie die „Rote Armee Fraktion“ und die „Bewegung 2. Juni“ hervorgegangen, sondern es entstanden auch eine ganze Reihe – vor allem maoistisch inspirierter – kommunistischer Parteien (KPD, KPD/AO, KPD/ML, KBW, KB, usw.), die sich in erster Linie untereinander be-

⁷⁰ 1974 erschien Bölls bekanntestes Werk „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“, das Volker Schlöndorff verfilmte, in dem er seine Auffassung zu den genannten Themen noch einmal darlegte. Siehe zu seinem Leben und Werk zuletzt Christiane Grefe, Wo ist Böll?, in: Zeit-Magazin vom 2.8.2007.

⁷¹ Ministerialblatt von Nordrhein-Westfalen 1972, S. 324.

kämpften.⁷² Ein weiterer Teil der Studenten probte „den langen Marsch durch die Institutionen“, der meist ein Marsch der Institutionen durch die Studenten wurde. Die bundesdeutsche Politik geriet aber ausgerechnet darüber in Panik. Das Eindringen Linksradikaler in den öffentlichen Dienst galt als größte Gefahr. So nachlässig jahrzehntelang DDR-Agenten und Spionen Tür und Tor geöffnet worden waren, so alarmiert reagierte die bundesdeutsche Politik, als der eigene unangepasste Nachwuchs in den Staatsdienst strebte.

Das Mittel gegen die jungen Leute sollte der Radikalenerlass sein. Mehr als 1.000 Bewerbern, vor allem Lehrern, aber auch Juristen, Lokomotivführern und Postzustellern wurde der Eintritt in den öffentlichen Dienst verwehrt. Gegen 11.000 Mitarbeiter leiteten Bund und Länder Überprüfungen ein, in über 2.000 Fällen kam es zu Disziplinarverfahren und mehr als 100 Mitarbeiter wurden entlassen.⁷³ Manche Konservative erblickten im Radikalenerlass den lang ersehnten Hebel für eine „geistig-moralische Wende“. Gesinnungsschnüffelei griff um sich. Die SED-Propagandisten rieben sich die Hände. Eine bessere Steilvorlage zur Desavouierung der Bundesrepublik war kaum denkbar. Die bald einsetzende Berufsverbots-Kampagne schadete dem Ansehen Westdeutschlands erheblich.

In fast allen europäischen Ländern bildeten sich Komitees gegen die Berufsverbote. Das Wort wurde sogar in viele Sprachen übernommen. Besondere Empörung herrschte in den skandinavischen Ländern, aber auch den Niederlanden und Frankreich. Der Holocaust-Überlebende Alfred Grosser kritisierte, dass willige Helfer des Hitler-Regimes wie Hans Filbinger, Hans Maria Globke oder Theodor Maunz in der Bundesrepublik steile Karrieren machen konnten, während andersdenkende junge Leute Berufsverbot erhielten. Das Russell-Tribunal in London bezeichnete diese Praxis als Verletzung der Menschenrechte. Dabei verlangte niemand, Links- oder Rechtsextremisten als Richter bzw. Staatsanwälte zu beschäftigen – die Maßlosigkeit der westdeutschen Praxis provozierte den Protest.

⁷² Siehe nur Autorenkollektiv, „Wir warn die stärkste der Parteien ...“ Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.

⁷³ Siehe Gerhard Brauntal, Politische Loyalität und öffentlicher Dienst. Der Radikalenerlass von 1972 und die Folgen, Marburg 1992.

Die sozialliberale Koalition war nach wenigen Jahren entsetzt, was sie mit angerichtet hatte. Willy Brandt bezeichnete den Radikalenerlass als „Fehler“. Helmut Schmidt erklärte, es sei mit „Kanonen auf Spatzen geschossen worden“. Die Bundesregierung wandte den Radikalenerlass ab 1976 nicht mehr an. Nach und nach folgten die Länder, zuletzt Bayern 1991. Noch problematischer als das Versagen der Politik war das der Gerichte. So bestätigten die Verwaltungsgerichte fast unisono die politischen Diskriminierungen. Das hergebrachte Beamtenrecht, das im Nationalsozialismus völlig versagt hatte, wurde über die Grundrechte gestellt. Auch die Oberverwaltungsgerichte und das Bundesverwaltungsgericht versagten. Die Urteile dokumentierten eine bedenkliche Nähe vieler Verwaltungsrichter zur Exekutive, die sie kontrollieren sollten.⁷⁴ Sogar das Bundesverfassungsgericht verteidigte die politischen Freiheitsrechte nicht gegen die Staatsräson.⁷⁵

Erst der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte beendete 1995 den Irrweg der bundesdeutschen Justiz. Im Fall einer Lehrerin, die aus dem Schuldienst entlassen worden war, konstatierte der Gerichtshof einen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 (Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Bundesrepublik wurde zur Zahlung von Schadenersatz verurteilt, die Lehrerin wieder eingestellt.⁷⁶ Das Bundesverfassungsgericht hatte ihre Beschwerde nicht einmal zur Entscheidung angenommen und sich damit blamiert. Nun erkannten auch die bundesdeutschen Verwaltungsgerichte das Unrecht politischer Diskriminierungen. Noch 2009 wurde das Land Baden-Württemberg zu Schadenersatz verurteilt, weil es einen Bewerber wegen seines antifaschistischen Engagements nicht als Lehrer eingestellt hatte.⁷⁷

⁷⁴ Bis heute fehlt es an rechtstatsächlichen Untersuchungen über dieses bedrückende Kapitel bundesdeutscher Rechts- und Justizgeschichte.

⁷⁵ Entscheidung vom 22. Mai 1995, BVerfGE, Bd. 39, S. 334ff.

⁷⁶ Urteil vom 26. September 1995, im Internet (mit Link zum englischsprachigen Originaltext) unter: http://www.menschenrechte.ac.at/docs/95_5/95_5_05.htm – (5.11.2011).

⁷⁷ Am 11. April 2007 erklärte der Verwaltungsgerichtshof Mannheim das Berufsverbot gegen Michael Cszakóczy für rechtswidrig; er musste als Lehrer eingestellt werden. Am 28. April 2009 entschied das Landgericht Karlsruhe, dass das Land Baden-Württemberg schuldhaft gehandelt hatte und sprach Cszakóczy Schadenersatz in Höhe von rund 32.000 € zu.

10. Das doppelte Berlin: Eine Metropole im Wartestand

1961 hielt die Welt das letzte Mal wegen Berlin den Atem an. Danach ließ das internationale Interesse nach. Zwar blieb die Doppelstadt in gewissem Sinne das Schaufenster der Systeme. Aber die Mauer verstellte auch insoweit den Blick. Berlin lag seit den 1960er Jahren abseits der Weltpolitik. Das dokumentierte auch die Liste der 1972 empfangenen Staatsgäste: So weilte der ugandische Diktator und Menschenschlächter Idi Amin in West-Berlin und wurde vom Senat ebenso empfangen wie der Außenminister des nordkoreanischen Hungerregimes vom ZK im Ostteil der Stadt. Weiter verzeichnete die Chronik einen Besuch des tschechoslowakischen Alt-Stalinisten und Parteichefs Gustav Husak im Osten und den ersten Aufenthalt von Prinz Charles in West-Berlin – Thronfolger damals wie heute.⁷⁸

Dabei bewegte sich 1972 in Berlin viel, weil die wichtigsten deutschdeutschen Verträge geschlossen wurden. Die Botschafter der vier Alliierten trafen sich vom 23. Oktober bis 5. November 1972 neun Mal im Kammergerichtsgebäude. Es war das wichtigste internationale Ereignis in der Stadt, das aber kaum Beachtung fand. Die Botschafter erörterten den Grundlagenvertrag und den Beitritt der beiden deutschen Staaten zur UNO. Sie bereiteten eine gemeinsame Erklärung vor. Die Alliierten gaben sie am 9. November 1972 in ihren Hauptstädten ab. Dem Beitritt der deutschen Staaten zur UNO wurde zugestimmt, aber die Verantwortung der vier Alliierten für Deutschland betont.⁷⁹ Damit wurde noch einmal vor aller Welt deutlich, wer die oberste Gewalt in Deutschland innehatte.⁸⁰

Seit dem Mauerbau 1961 kam es zu tiefgreifenden ökonomischen Veränderungen. Viele hatten Angst, West-Berlin würde doch aufgegeben. So wechselten Wohn- und Geschäftshäuser für wenig Geld die Eigentümer. Traditionsunternehmen (Siemens, AEG, Nordstern, usw.) verlegten ihre Firmensitze in den Westen und zogen Teile ihrer Fertigung nach. West-Berlin wurde immer mehr von Zuwendungen aus Bonn abhängig. Eine fragwürdige Subventionspolitik setzte ein. Im Westen genähte Mäntel wurden nach West-Berlin gefahren und mit Knöpfen versehen, so dass sie

⁷⁸ Breunig, Berlin Chronik 1972, S. 266.

⁷⁹ Ebd., S. 265-268 und S. 270.

⁸⁰ Vgl. Bästlein, Ein neues Deutschland. Siehe jetzt auch: Armin Mitter, „Die Tragödie ist vorbei“. Die Alliierten in Berlin 1989/90, Berlin 2011.

Berlin-Förderung erhielten. Kaffee-Röstereien, Schokoladen- und Keksfabriken kamen hierher, weil ihre relativ teuren Produkte hoch subventioniert wurden. Es bereitete sich ein Sumpf aus Filz und Korruption vor, der wenige Jahre später Markenzeichen West-Berlins werden sollte.⁸¹

Auch im Ostteil der Stadt kam es zu grundlegenden Wandlungen. Die Industrie verlor langsam den Anschluss an die internationale Entwicklung, so dass sie ab 1990 nur noch abgewickelt werden konnte. Dagegen schritt der Aufbau einer „sozialistischen Metropole“ voran. Praktisch bedeutete das eine radikale Stadtverwüstung, wie sie vom Alex bis in die Leipziger Straße bestaunt werden kann. Was der Krieg verschont hatte, wurde für acht- oder gar zehnspurige Verkehrsschneisen niedergerissen. Gleichzeitig entstanden der Fernsehturm, die Neubebauung am Alexanderplatz und der Karl-Marx-Allee bis hin zu den Hochhäusern an der Leipziger Straße.⁸² 1972 wurden die Springbrunnen zu Füßen des Fernsehturms und die Rathauspassagen fertiggestellt.⁸³ Ulbrichts neues Berlin nahm Gestalt an.

Städtebaulich gab es auch in West-Berlin Veränderungen. So entstand das Kulturforum am Potsdamer Platz. Da Staatsbibliothek, Nationalgalerie und Linden-Oper durch die Mauer abgeschnitten waren, entstand hier mit Neubauten Ersatz für den Westteil der Stadt. Gleichzeitig wurde der südwestliche Halbring der Stadtautobahn wie eine Schneise durch Charlottenburg, Wilmersdorf und Schöneberg geschlagen – in gewissem Sinne das Gegenstück zu Ulbrichts Leipziger Straße. Auch Kreuzberg sollte fast ganz niedergerissen werden. Als letzte Mieter wurden „Gastarbeiter“ aus der Türkei inquartiert. Der Senat setzte den Ausbau der U-Bahn fort. Ein neues Teilstück vom Zwickauer Damm nach Rudow wurde fertiggestellt.⁸⁴

Durch eine ganze Reihe von Vereinbarungen des Senats mit der DDR-Regierung verbesserten sich die Reise- und Besuchsmöglichkeiten von West-Berlinern in Ost-Berlin. Besucherbüros wurden errichtet. Ab Oktober gab es zudem Mehrfachberechtigungsscheine, die in drei Monaten

⁸¹ Winfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948-1990*, München 2009.

⁸² Vgl. nur Franziska Nentwig/Dominik Bartmann (Hg.), *Berlins vergessene Mitte. Stadtkern 1840-2010. Katalog*, Berlin 2010.

⁸³ Breunig, *Berlin Chronik 1972*, S. 226.

⁸⁴ Ebd., S. 247.

acht sofortige Besuche im Osten ermöglichten.⁸⁵ Am 3. Juni wurde auch eine Vereinbarung zum Gebietsaustausch beschlossen, der u.a. Steinstücken und Eiskeller (Spandauer Forst) betraf. Am 30. August folgte die Einweihung einer 200 Meter langen Verbindungsstraße nach Steinstücken.⁸⁶

Das Grenzregime aber blieb unverändert. Am 9. Januar gelang die Flucht von drei Ost-Berlinern durch einen Tunnel in der Nähe des Checkpoint Charlie. Am 27. Juli wurde zwischen Rosenthal und Märkischem Viertel durch Schüsse von DDR-Posten eine Flucht verhindert. Der französische Stadtkommandant protestierte. Am 30. Oktober ertrank nahe der Oberbaumbrücke ein neunjähriges türkisches Kind, das in die Spree gestürzt war. DDR-Posten hinderten die West-Berliner Feuerwehr an der Rettung.⁸⁷

Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg vollzog 1972 die Trennung West-Berlins vom Ostteil der Stadt und Brandenburg. Am 26. März beschloss die Regionalsynode Ost, ein eigenes Bischofsamt einzuführen, wenn sich dafür auch die West-Berliner Regionalsynode entscheiden und Bischof Kurt Scharf einverstanden sein sollte, sein Amt auf West-Berlin zu beschränken. Am 15. Juni stimmte Scharf zu. Drei Tage später beschloss die West-Berliner Synode, ein eigenes Bischofsamt im Osten zu respektieren. Am 4. November wählte die Regionalsynode Ost dann den bisherigen Bischofsamtsverwalter Albrecht Schönherr zu ihrem Bischof.⁸⁸

Berlin musste weiter mit der Mauer leben. Ost-Berlin blieb gegenüber der DDR privilegiert bei der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen. Das hatte Anti-Berliner Ressentiments zur Folge. Die Lebensverhältnisse in der Halbstadt West-Berlin unterschieden sich von denen im Osten der Stadt, aber auch von denen in der Bundesrepublik. Ökonomisch war West-Berlin nur noch als Test-Markt von Interesse. In der westdeutschen Wirtschaft galt eine längere berufliche Tätigkeit in der Stadt sogar als karriereschädlich. Die Universitäten wurden schlechtgeredet. West-Berlin geriet ins Abseits. Das galt auch für Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR“. Denn mit dem SED-Regime wollte – wenn es nicht gerade ums Geschäft

⁸⁵ Ebd., S. 261.

⁸⁶ Ebd., S. 249, 254.

⁸⁷ Ebd., S. 205, 249, 250, 267.

⁸⁸ Ebd., S. 268.

ging – trotz internationaler Anerkennung nach Möglichkeit keiner etwas zu tun haben.

Als geteilte Metropole im Herzen Europas wartete Berlin auf bessere Zeiten. 17 Jahre später war es so weit: Seither erlebte die Stadt einen beispiellosen Wiederaufstieg. Aus Europas Aschenputtel wurde die dynamischste Metropole des Kontinents. Die Jugend der Welt setzt auf diese Stadt. Das hätte sich 1972 in Ost oder West niemand auch nur träumen lassen ...

Jens Schöne

1982 – „Ein schwieriges Jahr“. Die DDR zwischen Hoffnung und Zerrüttung

Vorspiel. Ein Abend im August

Es hätte ein Abend von wahrhaft hohem Symbolgehalt sein können, doch das wusste zu diesem Zeitpunkt natürlich keiner der Beteiligten. Erstmals seit ihrem ebenso legendären wie gewaltumrankten Auftritt vom September 1965 beehrte die britische Band The Rolling Stones am 8. August 1982 wieder die West-Berliner Waldbühne. Von der DDR-Presse als Ausbund kapitalistischer Dekadenz diffamiert, spielten Mick Jagger und seine Mitstreiter an diesem Abend ein friedliches Konzert. In ihrem Vorprogramm: Peter Maffay. Der Künstler mühte sich gerade um einen Imagewechsel vom Schnulzensänger zum Rockstar. Bei den Fans der Rolling Stones kam er damit gar nicht gut an. Zwei Tage zuvor, beim bundesdeutschen Tourneeauftritt in Hannover, war er vom Publikum mit Pfiffen und Wurfgeschossen gnadenlos von der Bühne vertrieben worden. Dieses Schicksal blieb ihm im geteilten Berlin erspart, ebenso leidenschaftlich wie professionell spulte er sein Programm ab. Und dann sang er ihn endlich: einen seiner jüngsten Hits, auf den das Publikum gespannt wartete. Dabei hatte Maffay das Lied gar nicht selbst geschrieben, sondern – und das war bemerkenswert – von einer ostdeutschen Rockformation übernommen. Im Text des Liedes war die Rede davon, dass die Uhr des Lebens manchmal stillzustehen und man mitunter nur im Kreis zu gehen schien. Das durfte durchaus als Metapher für das Leben in der DDR am Beginn der 1980er gelten, ebenso die Feststellung, dass Fernweh krank machen könne. Daher hatte schon die Gruppe Karat in ihrer Heimat damit große Erfolge gefeiert, die Maffay nun in die Bundesrepublik transportierte. Und so sang das West-Berliner Publikum an einem lauen Sommerabend des Jahres 1982 beseelt einen ostdeutschen Text, der durchaus auch hoffnungsfrohe Züge trug. Denn seine Botschaft war letztendlich zuversichtlich: Trotz aller Widrigkeiten sei die Aussicht auf die Zukunft gut. Man müsse nur sieben dunkle Jahre überstehen und schon würde aus der Asche heller Schein erstrahlen. Sieben Jahre später, 1989, nahmen die Bürger der DDR diese Worte für bare Münze und fegten das erstarrte SED-Regime hinweg.

Nun war das zitierte Lied, „Über sieben Brücken musst du gehen“, keineswegs ein Aufruf zur Revolution. Aber sein Text erfasste grundlegende Probleme des DDR-Alltags recht genau und zeigte mit seiner gesamtdeutschen Erfolgsgeschichte, dass hier noch immer vieles verbunden war, was nach Auffassung der politischen Führung in Ost-Berlin seit langem hätte getrennt sein müssen. Nicht nur die Rolling Stones galten 1982 als Dinosaurier, die sich eigentlich längst überlebt hatten. Auch die DDR war geprägt von Ideenlosigkeit, Stillstand und sinnentleerten Ritualen. Doch während die Stones sich mit ihrem aktuellen Album und der laufenden Tournee zumindest zeitweise aus dem Kreislauf von Lethargie und Stagnation befreien konnten, sollte das dem selbst ernannten „Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ nicht mehr gelingen. Seit mehr als zehn Jahren regierte Erich Honecker das Land. Er war mit großen Versprechungen angetreten, und das Volk erwartete einiges von ihm. Davon war 1982 nicht mehr viel geblieben. Dennoch hielt die allein herrschende Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) an ihrem Anspruch fest, die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung erkannt zu haben und daher als einzige in der Lage zu sein, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Aus dieser Grundüberzeugung leitete sie ihren absoluten Machtanspruch ab, die Realität freilich sah trister aus. Längst waren die Partei und ihr Staat im Systemwettstreit mit dem Westen ins Hintertreffen geraten, die Bevölkerung für die eigenen Ziele nur noch bedingt zu motivieren, und überhaupt gab es jenseits propagandistischer Floskeln wenig Veranlassung, hoffnungsfroh in das Morgen zu schauen.

„Time is on my side“ – diesen Song intonierten die Rolling Stones während ihrer Tournee an fast jedem Abend. Ob das auch weiterhin für die DDR gelten würde, musste sich erst noch erweisen. Denn entschieden war noch nichts, der weitere Weg mitnichten alternativlos vorgezeichnet. Noch hatte die SED Zeit, sich für künftige Herausforderungen zu wappnen. Aber würde sie die Zeit nutzen? Auf den ersten Blick sieht es nicht so aus, als wären dahingehend 1982 fundamentale Entscheidungen gefallen. Gleichwohl erfolgten in diesem scheinbar so unspektakulären Jahr etliche Weichenstellungen, die sich bald als entscheidend erweisen würden. Ihnen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Rahmenbedingungen. Zwischen Krieg und Zukunftshoffnung

Die Welt des Jahres 1982 war eine zutiefst bipolare. Diese Feststellung scheint profan, bildete jedoch die wichtigste Grundlage fast allen politischen Handelns. Im Zentrum der Gegensätze standen nach wie vor die beiden Supermächte: die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika. Zwischen beiden Ländern hatte sich im Verlauf der 1970er Jahre – nicht zuletzt als Ergebnis überstandener Krisen – ein Kräftegleichgewicht herauskristallisiert, das zunächst von keiner Seite angetastet wurde und für eine kleine Ewigkeit geschmiedet schien. Entspannung hieß das Gebot der Stunde. Doch schon am Ende des Jahrzehnts zeigte sich in aller Deutlichkeit eine unmittelbare und scharfe Zuspitzung der ohnehin bestehenden Konflikte. Einen ersten Höhepunkt erreichte sie im Dezember 1979, als die Sowjetunion unter fadenscheinigen Gründen in Afghanistan einmarschierte und damit einen Krieg auslöste, der bis weit über ihr Ende hinaus wirkungsmächtig bleiben sollte. Die Reaktionen der USA kamen prompt und setzten der Entspannungspolitik endgültig ein Ende. Für Afghanistan bedeutete das eine massive Unterstützung der antikommunistischen Guerillakämpfer, der Mudschaheddin, für die Welt den Beginn eines neuen Rüstungswettlaufes. Spätestens mit dem 40. Präsidenten der Vereinigten Staaten, mit Ronald Reagan, änderte sich die amerikanische Politik ab dem Beginn der 1980er Jahre grundsätzlich. Nicht mehr friedliche Koexistenz, sondern Konfrontation hieß fortan das Leitmotiv der auswärtigen Politik, die nun eine Politik der Stärke war. Reagan bekannte als überzeugter Antikommunist unmissverständlich, wie die Sowjetunion und mit ihr das gesamte sozialistische Lager nun in die Knie gezwungen werden sollten: „Die zwei Werkzeuge der amerikanischen Politik, ohne die wenige amerikanische Interessen sicher sein werden, sind unsere eigene militärische Stärke und die Vitalität unserer Wirtschaft.“¹ Damit zwang er dem Ostblock wirtschaftliche Anstrengungen auf, denen dieser schlicht nicht gewachsen sein würde. Ein neuer Kalter Krieg zog herauf und das sollte unmittelbare Folgen für die DDR haben. Gleichwohl waren die militärischen Auseinandersetzungen des Jahres 1982 nicht notwendigerweise immer Auseinandersetzungen zwischen zwei unterschiedlichen politischen Systemen. So besetzten im April argentinische Truppen die

¹ Zitiert nach: Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947-1991*, München 2007, S. 416f. Vgl. ebendort für weitere Einzelheiten.

Falklandinseln und beschworen damit einen Krieg gegen Großbritannien herauf, der zwar schon nach drei Monaten mit einem Sieg der britischen Truppen endete, jedoch jedermann verdeutlichte, wie konfliktgeladen und kriegsbereit die Welt 1982 tatsächlich war. Gleiches galt für den Libanonkrieg, den israelische Truppen führten, um die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu zerschlagen. Bewaffnete Auseinandersetzungen gehörten 1982 zu den Mitteln der Weltpolitik und jeder Handelnde musste das bei seinen Entscheidungen berücksichtigen.

In Europa konzentrierte sich die Aufmerksamkeit vor allem auf Polen. Hier hatte sich 1980 die erste unabhängige Gewerkschaft, die Solidarność, gegründet, die schnell Erfolge gegenüber der sozialistischen Diktatur aufweisen konnte und daher im Fokus des Interesses stand. Während die Entwicklung in Polen für viele Einwohner der sozialistischen Staaten mit großen Hoffnungen auf die Zukunft verbunden war, reagierten die politischen Entscheidungsträger der Länder ablehnend bis panisch, fürchteten sie doch ein Übergreifen der Protestbewegung auf das eigene Herrschaftsgebiet. Zwar bekannte sich die Solidarność prinzipiell zum Sozialismus, forderte aber energisch Demokratisierungsprozesse und rüttelte so am allumfassenden Macht- und Gestaltungsanspruch der kommunistischen Partei. Das sorgte bei deren Vertretern im gesamten Ostblock für Unruhe bis hin zu Forderungen, die Sowjetunion müsse in Polen einmarschieren, um den ursprünglichen Zustand mit Waffengewalt wieder herzustellen. Unter dem Eindruck der negativen Folgen des Afghanistankrieges schreckte die Hegemonialmacht vor einem solchen Schritt zwar zurück, ließ allerdings deutlich erkennen, dass das von ihr gestützte Regime nicht anzutasten sei: Im Dezember 1981 verhängte die neu inthronisierte Staatsführung das Kriegsrecht, das 1982 ganzjährig seine Gültigkeit behielt. Die Armee übernahm nun das Heft des Handelns, die Grundrechte wurden noch stärker als bisher beschnitten, Oppositionelle inhaftiert. Was als hoffnungsfrohe Demokratiebewegung begonnen hatte, wurde von der Militärmaschinerie gewaltsam unterdrückt, der Ausgang dieses Prozesses war völlig offen und drohte bei entsprechenden Entwicklungen auch auf die anderen sozialistischen Länder überzuspringen. Die DDR schaute gebannt auf ihren östlichen Nachbarn, der in gewisser Weise zum Sinnbild des sozialistischen Systems wurde: Gefangen zwischen Hoffen und Bangen schien die Zukunft prinzipiell zwar offen, doch die Machthaber zeigten mit aller Brutalität, dass sie jeglichem Angriff auf ihre Position

(und sei er noch so geringfügig) mit harten Mitteln begegnen würden. Vieles schien möglich, aber der Preis dafür konnte durchaus hoch sein.²

Herausforderungen. Das „Neue Deutschland“ berichtet

Wer am 30. März 1982 die aktuelle Ausgabe des „Neuen Deutschland“, des SED-Zentralorgans, in die Hand nahm, konnte auf wenigen Seiten essentielle Eckpunkte der Politik der Monopolpartei rezipieren. So zitierte Seite 3 den Wortlaut eines Toasts, den Erich Honecker am Vortag zu Ehren eines offensichtlich sehr geschätzten Gastes gegeben hatte:

„Lieber Genosse Wojciech Jaruzelski! Liebe polnische Genossen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Gestatten Sie mir, Ihnen, Genosse Jaruzelski, und der von Ihnen geleiteten Partei- und Staatsdelegation der Volksrepublik Polen nochmals unseren herzlichsten Willkommensgruß zu entbieten. Wir werten Ihren offiziellen Freundschaftsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik als erneuten Ausdruck der engen Verbundenheit unserer beiden Bruderländer, die in der sozialistischen Gemeinschaft fest verankert sind. Dabei haben wir vor Augen, daß sich wahre Freundschaft vor allem in komplizierten Situationen bewährt.“

Damit rollte Honecker dem polnischen Militärdiktator wenige Monate nach der Verhängung des Kriegsrechtes nicht nur verbal den roten Teppich aus, sondern verband damit auch eine Botschaft an das eigene Volk: „Imperialistische Kriegstreiber“ und ihre „Erfüllungsgehilfen“ hätten versucht, in der Volksrepublik Polen den Sozialismus zu stürzen und würden zudem „die Lage in der Welt durch ihren Kurs der Konfrontation und der Hochrüstung zuspitzen“. In Zeiten des von der Sowjetunion geführten Afghanistankrieges war dies eine gewagte Logik, doch die Schlussfolgerungen des inzwischen fast 70-jährigen Staatschefs waren unmissverständlich. Die DDR begrüße die Verhängung des Ausnahmezustandes nachdrücklich, weil dadurch in voller Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der polnischen Verfassung die sozialistische Ordnung gerettet worden sei. Nur so konnten die Voraussetzungen

² Vgl. Michael Kubina/Manfred Wilke (Hg.), „Hart und kompromißlos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81, Berlin 1995.

für die Überwindung der Krise geschaffen werden.³ Militärische Gewalt war damit, wie schon viele Male zuvor, als legitimes Mittel der eigenen Machtsicherung festgeschrieben und würde – so der Subtext – bei entsprechenden Entwicklungen auch in der DDR zum Einsatz kommen. Die Leser des „Neuen Deutschland“ hatten diese Botschaft ohne Zweifel erfasst, die Hoffnungen auf demokratische Erneuerungen im eigenen Land mussten vor diesem Hintergrund unweigerlich schwinden.

Blättere der Leser die Zeitung nun um, so konnte er zur Kenntnis nehmen, dass Gefahr nicht nur aus östlicher Richtung drohte (was ungewöhnlich war), sondern auch aus dem Westen (wo schon immer der Feind lauerte). Gegen selbigen galt es, sich auch im Jahr 1982 mit aller Entschiedenheit zu verteidigen. Begründet wurde das mit den üblichen, zum Teil jahrzehntealten und ideologisch überfrachteten Floskeln, die nur zu offensichtlich die Erstarrung des Systems demonstrierten. Neu waren im Frühling 1982 aber zumindest in Teilen jene Mittel, die dazu zum Einsatz kamen. Am 25. März hatte die Volkskammer – wie schon 1962 unter anderen Vorzeichen – ein Gesetz verabschiedet, das Fragen des Wehrdienstes und damit im Zusammenhang stehende Probleme regelte, zugleich winkte die formal höchste Volksvertretung der DDR das „Gesetz über die Staatsgrenze der DDR“ durch. Da beide Gesetze einige Sprengkraft bargen, erschien es den Verantwortlichen in der Parteizeitung um so dringlicher, die eigenen Reihen fest zu schließen und die Notwendigkeit der Regelungen mit allem Nachdruck zu betonen. Zum Teil in verblüffender Gleichförmigkeit mit der Argumentation hinsichtlich des polnischen Kriegsrechts war dabei die Rede von „gefährlichen Aktivitäten revanchistischer Kräfte, die im Widerspruch zum Völkerrecht die Fiktion einer ‚innerdeutschen‘ Grenze aufrechterhalten und die Grenzen des Hitlerreiches wiederherstellen möchten. Das ist eine latente Gefahr für Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent.“ Gleichsam als Akt der Selbstverteidigung und in „Übereinstimmung mit den allgemein anerkannten Prinzipien des Völker-

³ Unsere Freundschaft – eine historische Errungenschaft. Toast von Erich Honecker, in: Neues Deutschland, 30. März 1982, S. 3. Vgl. dazu auch die Protokolle der Sitzungen des SED-Politbüros vom März/April 1982, in denen der Besuch eine prominente Rolle spielte, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1937-1940.

rechts⁴ müsse die DDR ihre Grenzen also mehr denn je sichern und alle dafür notwendigen Maßnahmen ergreifen. Das Grenzgesetz sei damit nicht nur auf der Höhe der Zeit, sondern lediglich eine Reaktion auf jene Angriffe, denen die DDR fortlaufend ausgesetzt sei. Zwei wesentliche Punkte der eng miteinander verknüpften Gesetze suchte der Leser jedoch vergeblich oder musste die rabulistischen Formulierungen schon sehr genau überdenken, um überhaupt erkennen zu können, worum es hier eigentlich ging. Zum einen ermöglichte es das neue Wehrdienstgesetz, jetzt auch Frauen unter bestimmten Bedingungen in die allgemeine Wehrpflicht einzubeziehen. Das war ein klarer Bruch mit den bisherigen Gepflogenheiten und verschärfte die seit einigen Jahren ohnehin stark zunehmenden Militarisierungsbestrebungen der SED. Der zweite Punkt wurde als Bestandteil des Grenzgesetzes hingegen angesprochen: „Die bisherigen Befugnisse der Grenztruppen – so zum Beispiel die Regelungen über die Anwendung bzw. den Ausschluss der Anwendung von Schusswaffen, die nicht mehr und nicht weniger enthalten, als auch andere Staaten für ihre Schutzorgane festgelegt haben – haben sich in der Praxis bewährt und werden in das neue Gesetz übernommen.“⁵ Was auf den ersten Blick wie ein bloßer Verwaltungsakt daherkam, war tatsächlich ein Tabubruch, der den mörderischen Charakter des SED-Regimes direkt offenbarte. Seit 1952 war die innerdeutsche Grenze geschlossen, seit 1961 die Mauer in Berlin errichtet. Seitdem hatte das brutale Grenzregime immer wieder Tote gefordert.⁶ Die Machthaber hatten bisher aber stets darauf verzichtet, den Schießbefehl öffentlich zur Kenntnis zu geben, denn zu sehr kratzte er am humanitären Image, das man sich selbst so gern gab. Doch nun, im März 1982, änderte sich das, erstmals wurde das Töten an der Grenze in einen rechtlichen Rahmen gegossen. In den Kommentaren wurde dies geflissentlich verklausuliert, das Grenzgesetz selbst war hingegen eindeutig: „Die Anwendung der Schußwaffe ist gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt. Sie ist auch gerechtfertigt zur Ergreifung von Personen, die eines

⁴ Sicherer Friede braucht Sicherheit der Grenzen. Grenzgesetz im Einklang mit historischen Erfahrungen, in: Neues Deutschland, 30. März 1982, S. 4.

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. dazu für Berlin: Hans-Hermann Hertle/Maria Nooke (Hg.), Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin 2009.

Verbrechens dringend verdächtig sind.⁷ Nach ostdeutscher Gesetzgebung galt auch nahezu jegliches Bestreben, das Land zu verlassen, als Rechtsbruch. Zwar garantierten seit Mitte der 1970er Jahre die von der DDR unterschriebenen KSZE-Vereinbarungen prinzipiell die freie Wahl des Wohnortes, doch das SED-Regime musste seine Bevölkerung nach wie vor mit allen Mitteln daran hindern, dieses Recht auch in Anspruch zu nehmen. Viel zu groß war ansonsten die Gefahr, dass das Volk der Diktatur den Rücken kehren würde. So war es bis zum Mauerbau gewesen und so war es auch noch am Beginn der 1980er Jahre. Es war dem Regime eben nicht gelungen, in den dazwischen liegenden Jahren ein gesellschaftliches Modell zu etablieren, das auf allgemeine Akzeptanz stieß. Ganz im Gegenteil: Offensichtlich war es 1982 vonnöten, dem Schießbefehl scheinbare Legitimität zu verleihen, um im Systemwettstreit weiter bestehen zu können. Sonstige Angebote reichten dazu augenscheinlich nicht aus. Das wurde auch öffentlich wahrgenommen und kam letztlich einer Bankrotterklärung gleich.

Reaktionen. Proteste gegen die Militarisierung

Die fortschreitende Militarisierung, das neuerliche Wettrüsten und die damit verbundenen Gefahren für die friedliche Koexistenz über die Systemgrenzen hinweg waren 1982 eines der beherrschenden Themen gesellschaftlicher Debatten in Ost und West. Doch während sich die zivilgesellschaftlichen Bestrebungen in den westlichen Demokratien in weitgehend friedlicher Konkurrenz mit überlieferten Strukturen ihren Platz erstritten, erfuhr die quantitativ ohnehin verschwindend kleine Friedensbewegung der DDR von Anfang an die Härte diktatorischer Herrschaftsausübung. Gesellschaftliches Engagement außerhalb jener engen Grenzen, die das System vorschrieb, war allein schon deshalb nicht vorgesehen, weil es die Gefahr in sich barg, unkontrollierbar zu werden und schließlich den alleinigen Machtanspruch der SED infrage zu stellen. Die Entwicklungen in Polen hatten gezeigt, wie schnell so etwas geschehen konnte, das durfte sich nicht wiederholen. Und so offenbarte sich ein weiterer Widerspruch zwischen Selbstzuschreibung und realen Gegebenheiten: Die offizielle DDR inszenierte sich trotz forcierter Militarisierung als energischer

⁷ Gesetz über die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (Grenzgesetz) vom 25. März 1982, § 27 Abs. 2.

Kämpfer für den Frieden – jene unabhängigen Personen oder Gruppen hingegen, die sich ebenfalls diesem Ziel verschrieben hatten, wurden bespitzelt, verfolgt, verhaftet. Es sollte sich dessen ungeachtet bald erweisen, dass hier ein wichtiger Kern einer Oppositionsbewegung entstand, den die Machthaber in den Folgejahren immer weniger in den Griff bekamen.

So weit war es noch nicht, doch die Aktivitäten der Friedens- sowie zunehmend auch Umwelt- und Menschenrechtsbewegung erfuhren einen spürbaren Aufschwung, das Jahr 1982 darf durchaus als erster Höhepunkt ihrer Entwicklung gelten. Sie waren zumeist eng an die evangelische Kirche gebunden und mitnichten ein Frontalangriff auf das bestehende politische System; ein solcher Angriff hätte ohnehin in den Gefängnissen der DDR geendet. Stärker als bisher suchte man nun aber die Öffentlichkeit, das war neu. So artikulierte ein allgemein zugängliches Friedensforum in Dresden anlässlich des Jahrestages der Bombardierung der Stadt am 13. Februar 1945 alternative Vorstellungen. Aus dem Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte war in Jena bereits Mitte Januar 1982 ein „Appell für Abrüstung“ veröffentlicht worden, der in eine Unterschriftensammlung mündete. In mehreren Städten der DDR tauchten im Jahresverlauf Flugblätter gegen das neue Wehrdienstgesetz auf. In Berlin wurde die erste Friedenswerkstatt ausgerichtet, die die landesweite Vernetzung der Initiativen vorantrieb, und der Samisdat, selbst verlegte Flug- und Zeitschriften, erlebte einen spürbaren Aufschwung.⁸

Die wirkungsreichste Aktivität des Jahres 1982 war ohne Zweifel der von Robert Havemann und Rainer Eppelmann im Januar vorgelegte „Berliner Appell“, ein Abrüstungsvorschlag, der sich unter dem Leitmotiv „Frieden schaffen ohne Waffen“ an Politik und Öffentlichkeit in Ost und West wandte und energisch ein Ende der militärischen Blockkonfrontation forderte. Dass in diesem Zusammenhang auch demokratische Grundrechte sowie ein Ende der bipolaren Weltordnung an sich gefordert wurden, stellte eine unmittelbare Kampfansage an die SED-Politik dar, die fortwährend betonte, dass der Friede nur durch ein militärisches Kräftegleich-

⁸ Vgl. ausführlich: Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989*, Berlin 1997, bes. S. 389-418; zudem die zahlreichen Materialien unter: www.jugendopposition.de.

gewicht gesichert werden könne. Und Demokratisierungsprozesse waren im Rahmen der Diktatur ohnehin nicht vorgesehen.⁹

Es waren mitnichten nur Männer, die im Verlauf des Jahres 1982 gegen die Militarisierung der Gesellschaft aufbegehrten. Frauen waren vom neuen Wehrdienstgesetz direkt betroffen, und es waren ihre Söhne, die jetzt rechtlich verpflichtet waren, an der Grenze auf wehrlose Flüchtlinge zu schießen. Entsprechend eindeutig fiel der Protest aus. Neben zahlreichen Einzelaktionen war es vor allem die in Berlin gegründete Gruppe „Frauen für den Frieden“, die hier Akzente setzte. Im Selbstverständnis unabhängig von der Kirche und über die engen Landesgrenzen hinweg vernetzt, richtete die Gruppe im Oktober eine von mehr als 150 Frauen unterschriebene Eingabe an den Staatsrat der DDR, in der sie der Gewalt als Mittel von Konfliktlösungen eine eindeutige Absage erteilte, eine öffentliche Diskussion des Gesetzes über den Wehrdienst forderte und betonte, nicht weiter zur SED-Politik schweigen zu wollen. Nachdem auch die westliche Presse den Aufruf veröffentlicht hatte, kam es in mehreren Städten der DDR zu weiteren Gründungen – die „Frauen für den Frieden“ hatten einen Stein ins Rollen gebracht.

Der Staat reagierte auf die spürbar zunehmenden Aktivitäten der Friedensbewegung mit den stets gleichen Mitteln: Herabwürdigung, Repression, Verfolgung. Zu keinem Zeitpunkt gelang es ihm jenseits des Einsatzes seiner Machtinstrumente, geeignete Strategien zu entwickeln, um den wachsenden Herausforderungen im Interesse der eigenen Herrschaftssicherung effektiv zu begegnen. Auf Eingaben wegen des Wehrdienstgesetzes wurde lediglich beschieden, in den neuen Regelungen äußere „sich auch zugleich die Verwirklichung des in der Verfassung verankerten Grundrechts der Gleichberechtigung der Frau“¹⁰. Havemann, der im April 1982 versterben sollte, war in Grünheide weitgehend isoliert, Eppelmann wurde infolge des „Berliner Appells“ inhaftiert, musste aber schon nach zwei Tagen wieder entlassen werden. In Jena wurde Roland Jahn nach mehreren öffentlichen Aktionen inhaftiert – unmittelbarer Anlass dafür war eine Solidaritätsbekundung mit der polnischen Demokratiebewegung; im Folgejahr, 1983, sollten auch Bärbel Bohley und Ulrike Poppe von den

⁹ Zu Vorgeschichte und Folgen des „Berliner Appells“ siehe etwa die zahlreichen Unterlagen in: StAufarb., Rainer Eppelmann, Nr. 26, 29.

¹⁰ Schreiben des Ministerrates der DDR, Ministerium für Nationale Verteidigung, vom 21.5.1982, in: RHG/FfF-Dok.-II.

„Frauen für den Frieden“ Haftbefehle machen. Neben diesen relativ prominenten Vertretern der sich langsam Herausschälenden Oppositionsbewegung traf es ungezählte, bis heute oftmals namenlos gebliebene Aktivistinnen. Von staatlicher Seite wurden sie als Gegner der bestehenden Ordnung gewertet und entsprechend behandelt. Sie wurden bespitzelt, diskreditiert, inhaftiert, in ihren Lebensentwürfen beschnitten und um Zukunftschancen gebracht.¹¹ Auch dies provozierte weitere Opposition gegen das Regime.

Wie leicht man dabei in die Mühlen der Diktatur geraten und welche weitreichenden Folgen das haben konnte, offenbart ein Schreiben des Staatssekretariats für Berufsausbildung vom Oktober 1982. Auch wenn die darin geforderten Maßnahmen keineswegs immer Anwendung fanden, boten sie im Einzelfall doch eine Handhabe, um unbequeme Nonkonformisten scharf zu disziplinieren. Schon seit Ende der 1970er Jahre war die Wehrkundeerziehung von Jugendlichen in den Schulen und Ausbildungsstätten der DDR etabliert worden. Mit dem neuen Wehrdienstgesetz wurden – auch dies wie schon 1962 – die Anforderungen noch einmal spürbar verschärft. Lehnte ein Bewerber nun die im Rahmen der Berufsausbildung inzwischen obligatorische vormilitärische Ausbildung ab, so verlor er, ohne dass ihm das ausdrücklich mitgeteilt wurde, das „Verfassungsrecht, einen Beruf über das Lehrverhältnis zu erlernen“ und durfte unabhängig von seinen bisherigen Leistungen nur noch als „Hilfsarbeiter“ angestellt werden. Zudem galt fortan: „Es besteht kein gesellschaftliches Interesse, mit ihm vor Ablauf einer Frist von drei Jahren einen Qualifizierungsvertrag für das Erlernen eines Ausbildungsberufes auf dem Wege der Erwachsenenqualifizierung abzuschließen.“¹² Die DDR tat sich seit längerer Zeit mit ihrer Jugend schwer, nun verprellte sie sie mehr denn je. Wer auch immer nicht bereit war, sich den ideologisch begründeten Anforderungen vollständig zu beugen, durfte nicht mehr auf Karriere und sonstiges Fortkommen rechnen. Ausgerechnet die Aktiven wurden dadurch ihrer Zukunft beraubt und hatten fortan wenig Veranlassung, sich weiter

¹¹ Was dies im Einzelnen bedeuten und welche drastischen Auswirkungen es haben konnte, schildert eindringlich: Sandra Pingel-Schliemann, *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, Berlin 2002.

¹² Staatssekretariat für Berufsausbildung, Festlegungen zur Verwirklichung der Pflicht der Lehrlinge, an der vormilitärischen Ausbildung teilzunehmen, Oktober 1982, in: RHG/TH 03/3.

für die DDR zu engagieren. Der Staat begann somit, im wachsenden Maße seine eigenen Opponenten zu produzieren. Denn nicht zuletzt standen hinter jedem drangsalierten Jugendlichen Eltern und weitere Verwandte, die in der Regel wenig Verständnis für derartige Vorgehensweisen hatten.

Dabei hätten Partei- und Staatsführung schon 1982 gewarnt sein können, dass von der Jugend Ungemach in größerem Umfang drohte. Die insgesamt wohl populärste Ausprägung der Friedensinitiativen, ursprünglich aus der Kirche kommend, diesen Rahmen aber schnell sprengend, war ohne Zweifel die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Insbesondere die dazu gefertigten Aufkleber und Aufnäher, die einen Schmied zeigten, der ein Schwert umschmiedete, verbreiteten sich am Beginn des Jahres 1982 überall im Land, vor allem unter den Jugendlichen. Die SED ging dagegen mit großer Brutalität vor, fürchtete sie doch negative Auswirkungen auf ihren Militarisierungskurs. Dies war auch Thema, als sich Mitte März der SED-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, und der sächsische Landesbischof, Johannes Hempel, zum Gespräch trafen. Energetisch forderte Gysi, dass die Kirche der Bewegung ein rasches Ende bereiten müsse, woraufhin ihm Hempel beschied, dass dies schlicht nicht möglich sei, denn sie hätte „diese Bewegung unter den Jugendlichen nicht mehr im Griff“. In eindringlichen Worten warnte der Landesbischof davor, das überharte Vorgehen des Staates fortzusetzen, denn es sei „eher geeignet, die Lage anzuheizen als die Jugendlichen davon abzubringen“. Und er entwarf ein Szenario, das nahezu prophetischen Charakter trug: „Er habe Sorge, daß im Zuge einer zu harten Reaktion der Staatsorgane gegenüber den Jugendlichen ein gewisser Trend von keineswegs religiös oder kirchlich motivierten Jugendlichen[,] im Rahmen der Kirche einen Platz für ihre politische Opposition zu finden oder sich zu schaffen, noch verstärkt werde.“¹³ Hempels Aufruf, die Zeit zu nutzen und nicht willfährig eine Opposition gegen die eigene Politik zu etablieren, ignorierte die SED. Sieben Jahre später sollte der befürchteten Entwicklung dann eine entscheidende Bedeutung zukommen.

Insgesamt war das Jahr 1982 von gegenläufigen Entwicklungen geprägt. Der SED-Staat forcierte eine massive Militarisierung, in der Bevölkerung wuchs die Angst vor deren Auswirkungen. Gerade weil die SED diese

¹³ Information über das Gespräch Staatssekretär Gysi mit Landesbischof Hempel am 12.3.1982 in der Dienststelle des Staatssekretärs (gez. Gysi), in: StAufarb., Rainer Eppelmann, Nr. 260.

Ängste nicht ernst nahm, sondern sie offen kriminalisierte, schuf sie ein Klima, das geradezu zu Opposition gegen ihre Herrschaft herausforderte. Die Ideenlosigkeit, die längst überholten Zukunftskonzepte und die sinnentleerten Rituale führten zu einem gesellschaftlichen Stillstand, in dem sich tatsächlich alles im Kreis zu drehen schien. Zumindest für 1982 lässt sich festhalten, dass die Machthaber ihre Zeit nicht nutzten, um der allgegenwärtigen Stagnation zu begegnen, ganz im Gegenteil. Noch blieb Gelegenheit, dies zu ändern, doch die Spannungen zwischen Herrschaft und Teilen der Gesellschaft waren im Jahresverlauf für jeden erkennbar gestiegen, das Saat Korn für eine politische Opposition größeren Umfangs war gelegt. Der Druck stieg; die Frage war, was die Machthaber dem in den kommenden Jahren entgegenzusetzen haben würden.

„Ein schwieriges Jahr“. Die ökonomische Situation

Erich Honecker hatte am Beginn der 1970er Jahre die Nachfolge Walter Ulbrichts unter anderem mit dem Versprechen angetreten, auf der Grundlage eines schnellen Wachstums der sozialistischen Produktion das Lebensniveau in der DDR kontinuierlich zu erhöhen und die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung immer besser zu befriedigen. Dieses Bestreben zielte nicht allein auf eine Verbesserung der ökonomischen Rahmenbedingungen ab, sondern sollte die Loyalität des eigenen Volkes sichern.

„Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nannte sich diese Strategie, und zunächst schien sie durchaus zu verfangen. Aber der Aufwärtstrend währte nicht lange. Bereits Mitte des Jahrzehnts war es im industriellen Sektor zu zahlreichen Verwerfungen gekommen, die mittel- bis langfristig notwendigerweise zu negativen Folgen führen mussten: Die Höhe der Investitionen ging zurück, sie wurden zunehmend vom produktiven in den konsumtiven Bereich umgelenkt (insbesondere in das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm) und ihre Effektivität brach insgesamt ein. Innovationen waren unter diesen Bedingungen ebenso schwierig umzusetzen wie dringend notwendige Instandsetzungsmaßnahmen; ein Modernisierungstau war das unausweichliche Resultat. Die Planwirtschaft zeigte sich zudem abermals nicht flexibel genug, im Rahmen der Möglichkeiten zeitnah auf die Herausforderungen zu reagieren; rasant steigende Kosten für militärische Belange taten ihr Übriges. Das Handelsdefizit gegenüber dem Westen stieg kontinuierlich an – und damit auch die Verschuldung der

DDR. Die Ölkrise und steigende Weltmarktpreise verschärften die Probleme zusätzlich.¹⁴ Die späten 1970er und frühen 1980er Jahre waren aus ökonomischem Blickwinkel weltweit schwierige Zeiten. Doch den sozialistischen Ländern, allen voran der Sowjetunion, gelang es zu keinem Zeitpunkt, geeignete Strategien zu entwickeln, um dem erfolgreich zu begegnen.

Gleichwohl schien die DDR des Jahres 1982 von derartigen Erscheinungen nur am Rande betroffen. Die Medien berichteten von den fortwährenden ökonomischen Erfolgen und Honecker betonte in seiner Ansprache zum neuen Jahr, das Land entwickle sich „immer mehr als modernes sozialistisches Industrieland, das seinen vorderen Platz in der Welt von heute behauptet und ausbaut.“¹⁵ Dabei wusste es der Generalsekretär besser, nahm die Realität aber nicht zur Kenntnis. Denn die negativen Auswirkungen der verfehlten Wirtschaftspolitik waren kaum mehr zu übersehen. Hatte es im Jahrzehnt zuvor tatsächlich eine gewisse Aufbruchsstimmung gegeben, so war dies nun endgültig vorbei. Ernüchterung machte sich breit und die Bevölkerung richtete sich so gut es ging in der Mangelwirtschaft ein. Selbst der Machtapparat hatte inzwischen zur Kenntnis genommen, wie verzweifelt die Lage tatsächlich war. So stellte das Ministerium für Staatssicherheit als Ergebnis mehrerer Geheimstudien zur wirtschaftlichen Lage schon im Januar 1982 unzweideutig fest: „Es muß davon ausgegangen werden, daß die DDR aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, mit ökonomischen Mitteln eine grundlegende Veränderung der eingetretenen Situation herbeizuführen.“ Noch im ersten Quartal des Jahres drohe, so die Schlussfolgerung, eine Zahlungsunfähigkeit des Landes.¹⁶

Bisher war in derart prekären Situationen – wenn auch mit abnehmender Tendenz – stets die Sowjetunion eingesprungen und hatte ausgeholfen.

¹⁴ André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 165-184.

¹⁵ Allen Bürgern ein friedliches und erfolgreiches neues Jahr. Von Erich Honecker, Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, in: *Neues Deutschland*, 31. Dezember 1981, S. 1. Die Mär von der DDR als führender Industrienation sollte sich erstaunlicherweise bis 1989 halten.

¹⁶ Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Breschnew 1974 bis 1982*, Berlin 2006, S. 50f.

Aber auch das kam nun nicht mehr infrage, denn der „große Bruder“ kämpfte selbst mit massiven wirtschaftlichen Problemen und war durch das eskalierende Wettrüsten gezwungen, immer größere finanzielle Beträge in den militärischen Sektor zu pumpen. Daher musste Honecker schon 1981 zur Kenntnis nehmen, dass die zugesagten Rohöllieferungen gekürzt werden würden, 1982 schließlich spitzte sich die Lage dramatisch zu. Bei einem Treffen mit dem bereits todkranken sowjetischen Partei- und Staatschef Leonid Breschnew wurde am 11. August Tacheles geredet: Die DDR sollte künftig nicht nur auf Hilfslieferungen verzichten, sondern sich stattdessen an der „Verwirklichung des Lebensmittelprogramms der UdSSR“ beteiligen; mit einer Erhöhung der Rohstofflieferungen sei in Zukunft auch nicht mehr zu rechnen. Entgeistert entgegnete Honecker: „Das Jahr 1982 ist, wie du weißt, auch für uns ein schwieriges Jahr.“¹⁷ Er wusste sehr wohl, wie prekär die wirtschaftliche Situation seines Landes war.

Wollte die DDR ihre ökonomischen Probleme lösen, konnte sie also nicht mehr auf Hilfe aus Moskau hoffen, sondern musste sich auf ihre eigenen Möglichkeiten besinnen. Dabei waren enge Grenzen gesetzt. Die schnellste und einfachste Lösung wäre es gewesen, die Verbraucherpreise zu erhöhen. Das war seit dem 17. Juni 1953 allerdings ein politisches Tabu, zu sehr fürchtete die SED-Führung negative Reaktionen der Bevölkerung. Gleiches galt für mögliche Lohnkürzungen. Potenziell hochwertige Konsumgüter wie Autos, Fernseher usw. blieben daher zwar weiterhin unverhältnismäßig teuer, doch insbesondere die Lebensmittelpreise wurden nicht angetastet. Durch eine überzogene Industrialisierung der agrarischen Produktion und weitere strukturelle Fehlentscheidungen hatte sich die Herstellung von Nahrungsgütern inzwischen gleichwohl verteuert und die Erträge blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Anders als im industriellen Sektor versuchten die politischen Entscheidungsträger, hier nun gegenzusteuern und bereiteten eine ausgedehnte Agrarpreisreform vor. Deren Sinnhaftigkeit wurde von Praktikern bezweifelt, man schien sich wieder einmal im Kreis zu drehen. Die Vorbereitung der Reform zeigte zugleich, wie tief die gesellschaftlichen Erosionsprozesse inzwischen gegriffen hatten. Nicht nur renitente Jugendliche, bürgerliche Nonkonformisten oder religiös geprägte Einwohner hatten schon 1982 den

¹⁷ Ebd., S. 238. Breschnew verstarb am 10. November 1982, im Amt folgte ihm Juri Andropow.

Glauben an die welthistorische Mission des Sozialismus und ihrer Ausprägung in der DDR verloren, die Ernüchterung ging viel tiefer: „Vorliegenden Hinweisen zufolge zeigen sich bei einigen Funktionären der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Erscheinungen von Resignation vor den komplizierten Aufgaben, Lamentiererei und Panikmacherei.“¹⁸ Noch schlimmer wog der Befund, dass ökonomische Entscheidungsträger „Probleme, Widersprüche und Konflikte als systemimmanent und somit unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen als unlösbar ansehen.“¹⁸ Klarer ließ sich die Absage an die DDR kaum noch formulieren, und sie wurde von Funktionären getroffen, die ihre Karriere oftmals auch dem Wohlwollen der Monopolpartei verdankten. Deren Kredit war 1982 augenscheinlich bereits in signifikantem Maße aufgebraucht, ihre Macht ruhte auf einem immer schmaleren Grat.

Im industriellen Sektor sah es kaum besser aus, zudem wurde hier auf die dringend notwendigen Reformen fast vollständig verzichtet. Aufgrund der sichtbaren Krisensymptome im gesamten Ostblock, insbesondere in Polen, zogen allein im ersten Halbjahr 1982 etwa 40 % der westlichen Gläubiger ihre kurzfristigen Einlagen aus der DDR ab.¹⁹ Das verschärfte die Devisenknappheit markant; der DDR fiel es immer schwerer, ihren internationalen Verpflichtungen und nationalen Notwendigkeiten nachzukommen. Längst hatte sich eine quasi-kapitalistische Schattenwirtschaft entwickelt, die die Unzulänglichkeiten der Planökonomie auszugleichen versuchte. Vom Industriekombinat über den Handwerker bis hin zum einfachen Bürger wurde getauscht, gehandelt, geschachert. Wer immer knappe Waren oder Dienstleistungen anzubieten hatte, profitierte von diesem Phänomen; wer darauf nicht zugreifen konnte, dem blieben nur die tristen Segnungen der Honeckerschen Politik. Diese Schattenwirtschaft widersprach zwar allen Grundlagen und Idealen der sozialistischen Weltanschauung, war aber längst eine Notwendigkeit geworden, um das System weiter aufrechtzuerhalten. 1982 stand die DDR ökonomisch am Rande des Zusammenbruchs, und es sollte ironischerweise der massiv gegebeltete Klassenfeind sein, der sie weiter am Leben hielt: Das Ziel stabiler Verhältnisse in Mitteleuropa vor Augen, bürgte die Bundesregierung 1983

¹⁸ Bezirksverwaltung (BV) für Staatssicherheit Potsdam, Leiterinformation über die Lage in der Landwirtschaft 1/82 vom 28. Januar 1982, in: BStU, BV Potsdam, AKG 1318.

¹⁹ Steiner, Von Plan zu Plan, S. 225.

und 1984 für zwei Milliardenkredite und schuf so die Voraussetzungen, dass die dringend benötigten Devisen wieder fließen konnten.

Die DDR hatte 1982 die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten zu überstehen, offiziell jedoch war davon weiterhin nichts zu vernehmen. Honecker sollte auch in seiner Ansprache am Jahresende wieder betonen, dass der eingeschlagene Weg richtig und die Erfolge zahlreich seien. Der Bürger vor Ort freilich erlebte anderes. Wie tief die Verwerfungen im ökonomischen Sektor tatsächlich waren, zeigt anschaulich der Fall des Betonwerks Rathenow (Bezirk Potsdam), der zugleich auch als Symbol für die gesamte DDR des Jahres 1982 gelten darf. Der Betrieb war neben anderem für die Bereitstellung von Betonteilen für den industriellen Wohnungsbau zuständig. Dem kam er auch nach – im Rahmen des Möglichen und mit den allorts üblichen Unzulänglichkeiten, die ihrerseits ein weiteres geplantes Vorgehen verhinderten. Und so informierte ein Inoffizieller Mitarbeiter die Staatssicherheit im November 1982 davon, dass im Potsdamer Kreis Belzig wichtige Wohnungsbauvorhaben – das Kernstück der SED-Sozialpolitik – zu scheitern drohten. Das lag nicht in erster Linie daran, dass zahlreiche Bauteile „in schlechter Qualität geliefert“ wurden und reklamiert werden mussten (was der Fall war), das eigentliche Problem ging im wahrsten Sinne des Wortes tiefer. Zwar seien, so stellte der Informant fest, so viele Teile für die Obergeschosse geliefert worden, dass „die Baustelle mit Platten überlagert sei“. Bauen könne man gleichwohl nicht, denn: „Vom Kellergeschoss fehlen Teile, dadurch kann dieses nicht fertiggestellt werden.“²⁰ Und eine Besserung der Situation sei nicht zu erwarten.

Mangels eines Fundamentes ging es über der Erde nicht weiter. Den meisten Einwohnern der DDR dürfte dieses Gefühl auch in ihrem Alltag nicht fremd gewesen sein.

²⁰ Information zu Baumaßnahmen im Bereich des ZBE Landbau Belzig vom 5. November 1982, in: BStU, BV Potsdam, Abt. XVIII, 1059.

Der Schein von Normalität. Alltägliche Probleme und gesamtdeutsche Fragen

Jahr für Jahr hielt die ostdeutsche Schriftstellerin Christa Wolf am 27. September ihre jeweiligen Begegnungen, Beobachtungen und Schlussfolgerungen in einem Tagebuch fest. Für den 27. September 1982 notierte sie: „Die achtziger Jahre sind nicht die siebziger Jahre – das soll sich ja keiner einbilden. [...] Wir lachen unfroh. Nicht die Spur einer Konzeption mehr, sagen wir. Auch nicht die Vortäuschung davon. Nur: durch die Pleite kommen! Schlimmer könnte doch ein Land kaum zugrunde gerichtet werden.“ Diese Worte trafen die umfassende Lethargie, den Stillstand, die das Jahr 1982 in der DDR prägten, sehr präzise. Zudem benannte Wolf auch Ursachen und Folgen dieses Phänomens: „Eben dies, die bleiern graue Resignation, das bequeme Sich-Gehen-Lassen, hat ja die allermeisten Leute erfaßt, die normalerweise schöpferisch sein könnten: Wer eine Generation lang daran gehindert wird, gibt es schließlich auf. Oder geht weg. Mehltau legt sich über alle und alles.“²¹

Die gesellschaftliche Utopie der SED hatte den Praxistest nicht bestanden und ihre Strahlkraft verloren. 1982 kulminierte vieles, das sich in den Vorjahren angedeutet hatte: Die Schlangen vor den Geschäften wurden endgültig zum Bestandteil des alltäglichen Lebens, die Regale waren oftmals leer, erstklassige Fleisch- und Wurstwaren kaum noch zu bekommen und für den Erwerb hochwertiger Konsumgüter brauchte man zwingend die allzeit hilfreichen Beziehungen. Und auch die halfen nur in einem bestimmten Rahmen – auf ein neues Auto etwa musste der Durchschnittsbürger mittlerweile mehr als ein Jahrzehnt warten und ein eigenes Telefon blieb ein Luxusartikel. Der Kern vieler größerer Städte befand sich in einem Zustand fortschreitenden Verfalls und auch die Dörfer – in denen es weniger verheerend aussah – hatten schon bessere Zeiten gesehen. Niemand musste hungern oder unter einer Brücke schlafen, Gegenwart und Zukunft freilich schienen eindeutig trostlos, eine Änderung der verfahrenen Situation war nicht in Sicht. Der in Hamburg erscheinende SPIEGEL zitierte im Juni eine Magdeburger Punkerin, die den um sich

²¹ Christa Wolf, Ein Tag im Jahr 1960-2000, München 2003, S. 322.

greifenden Fatalismus auf den Punkt brachte: „Hier fliegt sowieso bald alles in die Luft, da will ich wenigstens vorher noch etwas Spaß haben.“²²

Doch das Leben ging weiter, und insbesondere zwischen den beiden deutschen Staaten kam es zu erstaunlichen Annäherungen. Da sich das Verhältnis zur Sowjetunion abgekühlt hatte, suchten die politisch Verantwortlichen der DDR auf diesem Wege nach weiterer internationaler Anerkennung – und nach wirtschaftlichen Hilfen. Dafür waren sie im Gegenzug bereit, in einem äußerst überschaubaren Rahmen humanitäre Erleichterungen zu gewähren. Erstmals fanden sich 1982 daher Abgeordnete von Bundestag und Volkskammer zu einem offiziellen Treffen zusammen. Oskar Lafontaine machte Honecker in Ost-Berlin seine Aufwartung. Zur Beerdigung Breschnews traf sich Honecker im November dann gar mit dem Bundespräsidenten Karl Carstens. Die Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger in die Bundesrepublik wegen dringender Familienangelegenheiten wurden ausgeweitet. DDR-Flüchtlinge, die das Land bis Ende 1980 verlassen hatten, wurden aus der Staatsbürgerschaft entlassen, was ihnen die Möglichkeit eröffnete, zeitlich begrenzt und ohne Angst vor Strafverfolgung wieder einzureisen. Die Transitautobahn von West-Berlin nach Hamburg wurde eröffnet und Bewohner der westlichen Halbstadt durften sich nun bei ihren Tagesbesuchen bis um 2:00 Uhr des folgenden Morgens in Ost-Berlin aufhalten. Seit März 1972 war diese Besuchsmöglichkeit mehr als 30 Millionen Mal genutzt worden, allerdings war seit der Erhöhung des Zwangsumtausches auf einheitlich 25 DM pro Tag seit 1980 ein drastischer Rückgang um bis zu 46 % zu verzeichnen.²³ Trotz der insgesamt deutlich verhärteten Fronten zwischen den politischen Systemen in Europa und weltweit blieb das Jahr 1982 für die innerdeutschen Beziehungen durchaus fruchtbar. Daran änderte sich trotz gegenteiliger Erwartungen auch nichts, als am 1. Oktober in Bonn der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt durch den konservativen CDU-Politiker Helmut Kohl abgelöst wurde.

²² Auf die Sahne. Bei ihrer Jugendarbeit hat die SED neue Schwierigkeiten: mit Punker-Gruppen, in: DER SPIEGEL 24/1982, 14. Juni 1982, S. 59-61, Zitat S. 61.

²³ Zahlenangaben nach: Hans J. Reichhardt (Hg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1983, (West-) Berlin 1983, S. 241. Siehe die dortige Chronik, S. 201-272, zu den Berliner Ereignissen des Jahres 1982.

Auch wenn die DDR 1982 eine bleierne Zeit erlebte, so gab es doch hin und wieder Lichtblicke. Nach offiziellen Angaben wurde im Jahresverlauf nahezu ein Viertel aller Baumaßnahmen im Wohnungsbau vorgenommen und so 187.053 Wohnungen fertiggestellt; seit 1970 hatte sich zudem das Ausmaß an diesbezüglichen Baureparaturen nahezu verdoppelt.²⁴ All dies konnte nicht über die zerfallenden Stadtkerne und die marode Altbausubstanz hinwegtäuschen, aber gerade wegen der dortigen Verhältnisse bedeutete es insbesondere für junge Familien oder ältere Menschen einen großen Fortschritt, in ein Neubaugebiet am Stadtrand ziehen und dort über verlässlich fließendes Wasser und eine eigene Toilette verfügen zu können.

Neben dem Wohnungssektor trieben Partei- und Staatsführung die Restaurierung prestigeträchtiger Objekte voran, und auch da konnten sie Erfolge aufweisen. Wie schon in den Vorjahren (und stärker noch in kommenden Zeiten) setzten sie dabei vor allem auf Ost-Berlin. Die Hauptstadt des selbst ernannten Arbeiter- und Bauernstaates sollte erstrahlen, zumal die meisten Touristen aus westlichen Gefilden vor allem hierher kamen. Und so konnte die DDR-Presse im Verlauf des Jahres nicht nur den vorläufigen Abschluss des ersten Sanierungsabschnittes an der bis dahin schwer beschädigten und völlig vernachlässigten Nikolaikirche vermelden, sondern auch die Vollendung der Restaurierungsarbeiten am Französischen Dom auf dem Gendarmenmarkt. Zudem wurden 1982 auch moderne Bauvorhaben abgeschlossen, etwa das Hochhaus der Charité, der Fernbahnhof Lichtenberg und die S-Bahn-Verbindung zwischen dem Neubaugebiet Marzahn und dem Stadtzentrum inklusive sechs neuer Bahnhöfe.

Unterhalb des von Christa Wolf diagnostizierten Mehлтаus, der sich über alles zu legen schien, schritt das Leben auch 1982 fort. Kathrin Saß gewann als erste ostdeutsche Darstellerin auf der Berlinale den Silbernen Bären als beste Schauspielerin; Ronald Reagan geißelte im Juni bei seinem ersten Besuch in West-Berlin die Mauer; ebendort tobten harte Auseinandersetzungen um etwa 140 besetzte Häuser; gleich mehrere entführte polnische Flugzeuge landeten im westlichen Teil der Stadt; der BFC Dynamo gewann zum vierten Mal in Folge die DDR-Fußballmeisterschaft, musste sich im Pokalfinale hingegen erstaunlicherweise Dynamo Dresden

²⁴ Angaben nach: Statistisches Jahrbuch der DDR 1983, (Ost-) Berlin 1983, S. 159-164.

beugen; Marita Koch, Bernd Drogan und die Friedensfahrtmannschaft wurden zu Sportlern des Jahres gewählt (in der Bundesrepublik: Ulrike Meyfarth, Michael Groß und die 4-mal-400-Meter-Staffel); Hans-Otto Bräutigam wurde Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR und Erich Honecker zu seinem 70. Geburtstag Ehrenbürger von Ost-Berlin. Den emotionalen Höhepunkt für Deutsche in Ost und West aber bot eine junge Frau mit einer weißen Gitarre: Am 24. April gewann die gerade einmal 17-jährige Nicole den Grand Prix Eurovision de la Chanson. Ihr Lied „Ein bißchen Frieden“ passte so gar nicht in die realpolitischen Gegebenheiten des Jahres 1982 und hatte vielleicht gerade deswegen so durchschlagenden Erfolg.

Aber auch das blieb 1982 deutschlandpolitische Realität und konstituierend für den SED-Staat: Am 4. Juni, gegen 23:00 Uhr, überquert der 27-jährige, in West-Berlin lebende Lothar Fritz Freie auf einem Gleisgewirr unweit der Bornholmer Straße die Grenze zum Ostteil der Stadt. Die Gründe dafür sind bis heute unbekannt. Freie wird von einem Postenpaar der DDR-Grenztruppen zur Umkehr aufgefordert. Er befolgt diesen Befehl, begegnet auf dem Rückweg allerdings einem zweiten Postenpaar, das ihn nach der Abgabe von Warnschüssen mit gezielten Feuerstößen niederstreckt. Am 6. Juni stirbt Freie im Krankenhaus der Volkspolizei in Berlin-Mitte an den Folgen dieser Begebenheit. Sein Tod wird verschleiert, sein Leichnam stillschweigend eingeäschert und seine Urne heimlich vergraben. Erst dann wird die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin informiert.²⁵

Das 1961 vom SED-Regime in Berlin errichtete und seitdem ständig fortentwickelte Grenzregime forderte – ebenso wie die innerdeutsche Grenze – auch mehr als zwanzig Jahre später noch immer Todesopfer. Dass es mit Freie einen West-Berliner traf, war die Ausnahme, denn der eigentliche Zweck der lebenszerstörenden Barriere zielte nach wie vor in die entgegengesetzte Richtung. Sie sollte die DDR-Bevölkerung domestizieren. Doch das gelang keineswegs im gewünschten Umfang. Die Zahl derjenigen, die das Land dauerhaft verlassen wollten, blieb weiterhin hoch. Trotz Mauer, Schießbefehl, beruflicher Benachteiligungen und zahlloser weiterer Schikanen stellten insbesondere junge Einwohner immer wieder Anträge auf Übersiedlung in die Bundesrepublik, mehr als 15.000 sollten auf

²⁵ Ausführliche Schilderung des Falls in: Hertle/Nooke, Todesopfer an der Berliner Mauer, S. 398-401.

diesem Wege im Jahr 1982 die DDR verlassen.²⁶ Dieses Phänomen blieb ein wesentliches Grundproblem für die Machthaber, dem sie nur mit Gewalt zu begegnen wussten. Ob ein solches Agieren für die dauerhafte Sicherung der eigenen Herrschaft ausreichen würde, war noch nicht endgültig entschieden. Aber das Jahr hatte gezeigt, dass einiges im Argen lag und dringender Handlungsbedarf bestand. Die Zeit lief.

Nachspiel. Der Zukunft zugewandt?

Das Jahr 1982 war für die DDR nur auf den ersten Blick unspektakulär. Wenn man genauer hinsah, konnte man einiges an signifikanten Veränderungen entdecken. Eine Opposition begann sich langsam herauszuschälen, die – wie die „Frauen für den Frieden“ – allmählich darüber nachdachte, das vermeintlich schützende Dach der Kirche zu verlassen und sich einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ blieb ebenfalls nicht mehr auf den kirchlichen Raum beschränkt und hatte insbesondere unter Jugendlichen überall im Land Begeisterung geweckt. Dies war offensichtlich auch Landesbischof Hempel nicht ganz geheuer, der daher eindringlich vor den Langzeitfolgen solcher Entwicklungen warnte. Freilich hörte ihm vonseiten der SED niemand zu. Im Gegenteil, der Staat reagierte mit entschiedener Härte und verprellte so die Heranwachsenden, die ohnehin zunehmende Zweifel an einer glänzenden Zukunft hegen mussten. Statt Bewegungsdrang und Fernweh zu befriedigen, setzte die DDR der eigenen Bevölkerung noch immer sehr enge, letztlich tödliche Grenzen. Der Alltag war zudem gerade 1982 geprägt von Mangelwirtschaft, Stagnation und Perspektivlosigkeit. Selbst unter jenen Funktionären, die das System bisher getragen hatten, mehrten sich die Bedenken, ob der eingeschlagene Weg zum Erfolg führen könne.

Keinerlei Zweifel hegte hingegen die politische Führung des Landes. Noch immer zutiefst überzeugt, aufgrund einer „wissenschaftlichen“ Weltanschauung allein dazu befähigt zu sein, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln, machte sie weiter wie bisher. Dabei gelang es ihr zu keinem Zeitpunkt, geeignete Strategien im Sinne der eigenen, der langfristigen Machtsicherung zu entfalten. Stattdessen verkündete sie die ständig glei-

²⁶ Bettina Effner/Helge Heidemeyer, Die Flucht in Zahlen, in: dies. (Hg.), Flucht im geteilten Deutschland. Erinnerungsstätte Notaufnahmehager Marienfelde, Berlin 2005, S. 27-31.

chen Parolen und übe sich in den ständig gleichen Ritualen, die schon lange ihre Begeisterungsfähigkeit verloren hatten. Wer sollte sich damit noch identifizieren? Zugleich erhöhte die Partei im Verlauf des Jahres den Druck auf die Bevölkerung, sich trotz aller Widersinnigkeit stärker für ihre Politik zu engagieren; das Wehrdienstgesetz war dafür nur das markanteste Beispiel. Wer immer sich den Anforderungen widersetzte, musste mit harschen Konsequenzen rechnen. Überhaupt hatten Honecker und Genossen kaum eine Möglichkeit ausgelassen, darauf zu verweisen, dass demokratische Bemühungen wie in Polen unter keinen Umständen auf Akzeptanz treffen würden. Jeder Herausforderung an die faktisch absolute Macht der Monopolpartei würde letztlich mit Gewalt begegnet werden. Ein solches Kalkül konnte aufgehen, solange in Moskau Hardliner wie Leonid Breschnew regierten, die bereit und in der Lage waren, im Ernstfall sowjetische Panzer rollen zu lassen. Doch was würde geschehen, wenn dies nicht mehr der Fall war?

Im Ergebnis fällt auf, dass 1982 bereits vieles angelegt war, das sieben Jahre später zur Friedlichen Revolution führen sollte. Noch aber gab es augenscheinlich einen Rest an Hoffnung. Noch hofften Teile der Systemträger, das Ruder herumreißen zu können. Noch hoffte die Friedensbewegung, im vorgegebenen politischen Rahmen etwas erreichen zu können. Noch hoffte die Bevölkerung, dass die Krise vorübergehen werde. Ohne Zweifel waren Herrschaft und Gesellschaft in der DDR des Jahres 1982 schwer zerrüttet, das Leben stand still, man schien sich nur noch im Kreis zu drehen. Insofern war die eingangs angeführte Zustandsbeschreibung korrekt, Karat und Peter Maffay bildeten die Realität treffsicher ab. Doch noch war nicht entschieden, wie es weitergehen würde. Das mussten die folgenden Jahre zeigen. Wenn es Partei und Staat gelänge, die allumfassende Ideenlosigkeit, den Stillstand und die Lethargie zu überwinden, dann konnten sie sich tatsächlich Hoffnungen auf die Zukunft machen. Wenn.

Dass die Spielräume dafür bereits eng waren, hatte das Jahr 1982 wiederholt gezeigt. Und es schlug sich auch in der Notiz eines Technologen aus dem Chemiefaserwerk Premnitz (Bezirk Potsdam) nieder. Am letzten Arbeitstag des Jahres blickte er mit seinen Kollegen voraus. Das Ergebnis war eindeutig und dürfte die Empfindungen der meisten DDR-Bürger wiedergegeben haben: „Und dann die Frage: Was steht vor der Tür und

sieht rabenschwarz aus? Alle wußten es und alle waren sich einig: Das neue Jahr. Ernüchterung. Na, denn Prost 1983.²⁷

²⁷ Jeannette Madarász-Lebenhagen (Hg.), Alltag im ostdeutschen Premnitz. Mit den Kalenderblättern (1982-1984) von Hubertus Biebl, Berlin 2012, S. 27.

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	- Abteilung
ABV	- Abschnittsbevollmächtigter
AKG	- Auswertungs- und Kontrollgruppe
AL	- Alternative Liste
Aufl.	- Auflage
BArch	- Bundesarchiv
B-Ausg.	- Berliner Ausgabe
Bd.	- Band
BFC	- Berliner Fußball Club
BG	- Bezirksgericht
Bl.	- Blatt
BND	- Bundesnachrichtendienst
BStU	- Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	- Bezirksverwaltung
BVerfGE	- Bundesverfassungsgerichtsentscheid
BzG	- Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
CDU	- Christlich-Demokratische Union
CSSR	- Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	- Christlich-Soziale Union
DDR	- Deutsche Demokratische Republik
DEFA	- Deutsche Film-AG
ders.	- derselbe
DKP	- Deutsche Kommunistische Partei
DM	- Deutsche Mark
Dok.	- Dokument
Ebd.	- Ebenda
EVG	- Europäische Vertragsgemeinschaft
FDJ	- Freie Deutsche Jugend
FDP	- Freie Demokratische Partei
GBL	- Gesetzblatt
Gestapo	- Geheime Staatspolizei
GST	- Gesellschaft für Sport und Technik
GVG	- Gerichtsverfassungsgesetz
HA	- Hauptabteilung
Hg.	- Herausgeber

HO	- Handelsorganisation
HV A	- Hauptverwaltung Aufklärung
HVA	- Hauptverwaltung Ausbildung des MfI
HVDVP	- Hauptverwaltung der Deutschen Volkspolizei
insbes.	- insbesondere
JGG	- Jugendgerichtsgesetz
JuNSV	- Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen
K-Gruppen	- Maoistische Gruppen, die aus der Neuen Linken hervorgingen
KBW	- Kommunistischer Bund Westdeutschlands
KPD	- Kommunistische Partei Deutschlands
KPD/AO	- Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbauorganisation
KPD/ML	- Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
KPdSU	- Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	- Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVP	- Kasernierte Volkspolizei
LDPD	- Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LKW	- Lastkraftwagen
LPG	- Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MfI	- Ministerium des Innern
MfS	- Ministerium für Staatssicherheit
MPi	- Maschinenpistole
NATO	- North Atlantic Treaty Organization
ND	- Neues Deutschland
NDPD	- Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NS	- Nationalsozialismus
NSDAP	- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	- Nationale Volksarmee
PKW	- Personenkraftwagen
PLO	- Palästinensische Befreiungsorganisation
RHG/FfF	- Robert-Havemann-Gesellschaft/Frauen für den Frieden

RHG/TH	- Robert-Havemann-Gesellschaft/Thematische Materialsammlungen
RIAS	- Rundfunksender im amerikanischen Sektor
SAPMO-BArch	- Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	- Sowjetische Besatzungszone
SED	- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SKK	- Sowjetische Kontrollkommission
SPD	- Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	- Schutzstaffel der NSDAP
StA	- Staatsanwaltschaft
StAufarb.	- Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
StPO	- Strafprozessordnung
UdSSR	- Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	- United Nations Organization
VdgB	- Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEG	- Volkseigenes Gut
Vgl.	- Vergleiche
UfJ	- Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
U-Haftanstalt	- Untersuchungshaftanstalt
USA	- United States of America
VVB	- Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVN	- Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
wiss.-techn.	- wissenschaftlich-technisch
WM	- Weltmeisterschaft
ZAIG	- Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZBE	- Zwischenbetriebliche Einrichtung
ZK	- Zentralkomitee
ZKK	- Zentrale Kontrollkommission
ZKSK	- Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle
ZPKK	- Zentrale Parteikontrollkommission

Zu den Autoren

Dr. Klaus Bästlein geb. 1956; Jurist und Historiker; 1984 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (GDW); 1990 wissenschaftlicher Angestellter der Justizbehörde Hamburg; 1994 Angestellter der Senatsverwaltung für Justiz in Berlin; 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der GDW in Projekten mit der FU Berlin und der Universität Karlsruhe; seit 2008 Referent für politisch-historische Aufarbeitung beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Elena Demke

geb. 1968; Historikerin; seit 1999 Referentin für politische Bildung beim Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Veröffentlichungen zur Didaktik der politischen Bildung und zu Fotos als historischen Quellen, u.a. Die Friedliche Revolution 1989/1990. Quellen – Fragen – Kontexte. Werkstatt DDR-Geschichte für die Schule 3, Berlin 2009.

Dr. Jens Schöne

geb. 1970; Historiker; nach landwirtschaftlicher Ausbildung Studium der Neueren und Neuesten Geschichte sowie Anglistik und Amerikanistik; 2004 Promotion; seit 2007 Stellvertreter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen; Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR, u.a. Ende einer Utopie. Der Mauerbau in Berlin 1961, Berlin 2011.

Dr. Falco Werkentin

geb. 1944; Soziologe; mittlere Reife in 1961 in Berlin-Weißensee; Abitur 1966 in Berlin-Moabit; Studium der Soziologie an der FU Berlin; langjähriger Redakteur der Zeitschrift „Bürgerrechte und Polizei (CILIP)“; seit Mitte der 70er Jahre diverse Forschungsprojekte und Publikationen zur bundesdeutschen Polizeigeschichte und zur Politik innerer Sicherheit; seit 1991 Arbeiten zur DDR-Strafjustiz; bis 2007 Stellvertreter des Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Publikationsverzeichnis

In der Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten sind bisher erschienen:

Bd. 1: *Siegfried Mampel*, Der Untergrundkampf des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen in West-Berlin. 4., neubearbeitete u. wesentlich erweiterte Aufl., 1999

Bd. 2: *Gunter Holzweißig*, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS, 1995

Bd. 3: *Roland Brauckmann*, Amnesty International als Feindobjekt der DDR, 1996

Bd. 4: *Jutta Braun, Nils Klawitter, Falco Werkentin*, Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR. 4., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 5: *Hans-Eberhard Zahn*, Haftbedingungen und Geständnisproduktion in den Untersuchungs-Haftanstalten des MfS. 6., unveränderte Aufl., 2011

Bd. 6: *Ilko-Sascha Kowalczyk*, Die Niederschlagung der Opposition an der Veterinärmedizinischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin in der Krise 1956/57. Dokumentation einer Pressekonferenz des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1957. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 7: *Jan Foitzik*, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit; *Wolfgang Buschfort*, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 8: *Siegfried Berger*, „Ich nehme das Urteil nicht an“. Ein Berliner Streikführer des 17. Juni vor dem Sowjetischen Militärtribunal. 4., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 9: *Jenny Niederstadt*, „Erbitten Anweisung!“. Die West-Berliner SEW und ihre Tageszeitung „Die Wahrheit“ auf SED-Kurs, 1999

Bd. 10: *Siegfried Mampel*, Entführungsfall Dr. Walter Linse. Menschenraub und Justizmord als Mittel des Staatsterrors. 3., unveränderte Aufl., 2006

Bd. 12: *Klaus Bästlein, Annette Rosskopf, Falco Werkentin*, Beiträge zur juristischen Zeitgeschichte der DDR. 4., aktualisierte Aufl., 2009

Bd. 13: *Detlef Kühn*, Das Gesamtdeutsche Institut im Visier der Staatssicherheit. 2001. 2., stark überarbeitete Aufl., 2008, nur als Download erhältlich

Bd. 14: *Wolfgang Buschfort, Philipp-Christian Wachs, Falco Werkentin*, Vorträge zur deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 15: *Falco Werkentin (Hg.)*, Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 16: *Jens Schöne, Falco Werkentin*, 17. Juni 1953. Orte und Ereignisse in Ost-Berlin. 3., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 17: *Gerd Utech*, Prägende Jahre in Potsdam und Sibirien 1945-1955. Ein Zeitzeugenbericht. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 18: *Michael Heghmanns, Wolff Heintschel von Heinegg*, Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau, 2003

Bd. 19: *Jens Schöne*, Erosion der Macht. Die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin. 2., durchgesehene Aufl., 2008

Bd. 20: *Andrea Huterer (Hg.)*, Sobirai weschtschi! Pack deine Sachen! Jugendjahre im Gulag. Erinnerungen von Bodo Platt. 3., unveränderte Aufl., 2011

Bd. 21: *Johannes Weberling, Giselher Spitzer (Hg.)*, Virtuelle Rekonstruktion „vorvernichteter“ Stasi-Unterlagen. Technologische Machbarkeit und Finanzierbarkeit – Folgerungen für Wissenschaft, Kriminaltechnik und Publizistik. 2., durchgesehene Aufl., 2007

Bd. 22: *Jens Schöne*, Stabilität und Niedergang. Ost-Berlin im Jahr 1987. 5., unveränderte Aufl., 2010

Bd. 23: *Jörg Rudolph, Frank Drauschke, Alexander Sachse*, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950-1953, 2007

Bd. 24: *Heinz Schwollius*, Aus der Todeszelle in die Hölle von Bautzen. 2., unveränderte Aufl., 2008

Bd. 25: *Christoph Wunnicke*, Wandel, Stagnation, Aufbruch. Ost-Berlin im Jahr 1988, 3., unveränderte Aufl., 2011

Bd. 26: *Martin Gutzeit (Hg.)*, Auf dem Weg zur Friedlichen Revolution? Ost-Berlin in den Jahren 1987/88. 4., unveränderte Aufl., 2011

Bd. 27: *Klaus Bästlein*, Vom NS-Täter zum Opfer des Stalinismus: Dr. Walter Linse. Ein deutscher Jurist im 20. Jahrhundert, 2008

Bd. 28: *Falco Werkentin (Hg.)*, Selbstbehauptung, Widerstand und Verfolgung: „Die sozialistische Jugend Deutschlands – Die FALKEN“ in Berlin 1945 bis 1961. Ausstellungskatalog, 2008

Bd. 29: *Jens Schöne (Hg.)*, Revolution. Die DDR im Jahr 1989, 2., unveränderte Aufl., 2011

Bd. 30: *Roland Bude*, Workuta. Strafe für politische Opposition in der SBZ/DDR, 2010

Bd. 31: *Klaus Bästlein (Hg.)*, Die Einheit. Juristische Hintergründe und Probleme. Deutschland im Jahr 1990, 2011

Bd. 32: *Armin Mitter*, „Die Tragödie ist vorbei“. Die Alliierten in Berlin 1989/90, 2011